

中国报导



CHINA-
REPORT

NUMMER 21/22/1975

中国报导

CHINA- REPORT

INHALTSVERZEICHNIS

- Seite 5 Jerome Ch'en
TWO VISITS TO SZECHUAN
August 1973 und August 1974
- Seite 12 Gerhard Clemenz, Norwich
DIE VOLKSKOMMUNEN -
RÜCKGRAT DER CHINESISCHEN WIRTSCHAFT
- Seite 26 Gespräch mit dem japanischen Liberaldemokratischen Politiker
und Minister a.D. HIDEJI KAWASAKI
vom 28. Juli 1975
- Seite 27 Harry Sichrovsky, Außenpolitischer Redakteur des ORF
DOMINOTHEORIE-PHANTOM ODER REALITÄT ?
Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Chinaforschung
Palais Pallfy, 18. Juni 1975
- Seite 32 Univ.Prof. Saburo Matsumoto, Tokio
CHINAS POLITIK GEGENÜBER SÜDOSTASIEN
NACH DER KULTURREVOLUTION - die zukünftigen Aussichten
- Seite 33 Helmut Opletal, Peking
BRIEFE AUS PEKING
- Seite 34 Wei Ping, Peking
DER NATIONALE VOLKSKONGRESS IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA
- Seite 35 CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR CHINA-FORSCHUNG

Tuchlauben 8/1, 1010 Wien, Tel.: 63 04 76

EHRENPRÄSIDENT:

Dr. Alfred MALETA
Zweiter Präsident des Nationalrates
Präsident der Politischen Akademie

VORSTAND:

Vorsitzende:
DDr. Bruno PITTERMANN
Vizekanzler a.D.
Präsident der Sozialistischen Internationale

Stellv. Vorsitzender:

Dr. Franz MADL
Vorsitzender des Instituts für Übersee der Österreichischen Jungarbeiterbewegung

Generalsekretär:

Dr. Gerd KAMINSKI
Lehrbeauftragter an der Universität Wien

VORSTANDSMITGLIEDER:

Karl BLECHA
Abgeordneter zum Nationalrat, Direktor des
Instituts für empirische Sozialforschung

Helmuth BRAUN
Landtagsabgeordneter, Zentralsekretär der
Gewerkschaft der Privatangestellten

Dr. Peter FITZ
Asienreferent der handelspolitischen Abteilung
der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer

DDr. Franz J. HASLINGER
Generalkonsul von Costa Rica
Vorsitzender des China-Ausschusses der
Österreichischen Industriellenvereinigung

Johann HATZL
Landtagsabgeordneter
Verbandsobmann der SJ Österreichs

Magister Josef HÖCHTL
Bundesobmann der Jungen ÖVP

Dr. Franz KARASEK
ao. Gesandter und bev. Minister
Abgeordneter zum Nationalrat
Außenpolitischer Sprecher der ÖVP

DDr. Fritz KÖNIG
Abgeordneter zum Nationalrat

Prof. Dr. Eduard MAYER
Vizepräsident der Politischen Akademie
Lehrbeauftragter an der Hochschule f. Sozial- u.
Wirtschaftswissenschaften Linz

Professor Vivien PICK,
Lektorin für die chinesische Sprache an der Uni-
versität Wien und der Diplomatischen Akademie

Peter SCHIEDER
Amtsführender Stadtrat, Mitglied der Wiener
Landesregierung

KURATORIUM:

Präsident:
Leopold GRATZ
Bürgermeister von Wien

Vizepräsidenten:

Dr. Bruno BÜCHWIESER
Präsident der Österreichischen Jungarbeiter-
bewegung

Ing. Wilhelm HRDLITSCHKA
Präsident der Kammer für Arbeiter und Ange-
stellte für Wien und des Österreichischen Arbei-
terkammertages

Minister a.D. Dr. Alois MOCK

Kuratoriumsmitglieder:

Dr. Dietmar BACHMANN
Landtagsabgeordneter, Tirol

Dr. Franz BAUER
Abgeordneter zum Nationalrat, Landesparteiob-
mann d. ÖVP Wien

Dr. Wolfgang BLENK
Abgeordneter zum Nationalrat

Walter HEINZINGER
Bundesrat

Josef KLEMEN
Stellv. Generalsekretär des ÖAAB

Adalbert R. KOPEJTKO
Leiter der Zweigstelle des ÖCF in Innsbruck

Dr. Herb J. PINDUR
Sektionschef im Bundesministerium für
Gesundheit u. Umweltschutz

Dr. Stephan RADINGER
Abgeordneter zum Nationalrat

Dr. Herbert SALCHER
Landeshauptmann-Stellvertreter, Tirol

Dr. Herbert SCHOELLER
Gesellschafter des Bankhauses Schoeller & Co.

Red. Harry SICHROVSKY
ORF

Dipl.-Volkswirt Herbert TIEBER
Landesparteisekretär der SPÖ, Tirol

Univ.-Prof. Dr. h.c. mult. Alfred VERDROSS

Dr. Walter WAIZER
Direktor, Tyrolit-Schleifmittelwerke

Dr. Norbert WITTMANN
Kulturstadtrat, Wr. Neustadt

Univ.-Prof. Dr. Karl ZEMANEK

Rechnungsprüfer:

Alois HIESS, Klaus SAMLICKI

Das von der Gesellschaft betriebene
ÖSTERREICHISCHE CHINA-FORSCHUNGS-
INSTITUT:

Wissenschaftliche Leitung:

Dr. Gerd KAMINSKI
Else UNTERRIEDER

Zwei Besuche in Szechuan

Auf Grund der Tatsache, daß ich in Chengtu, der Provinzhauptstadt, geboren war und daß die meisten meiner Verwandten in Chengtu und Chungking leben, erhielt ich 1973 eine Besuchserlaubnis, welche mir 1974, ebenfalls im August, neuerlich erteilt wurde. Die Art jedoch, in der diese Genehmigung erteilt wurde, zeigte mir, daß China 1974 politisch selbstsicherer geworden war. Daß die Zahl der eingeladenen Besucher aus dem Westen abgenommen hatte, bedeutete noch keine Veränderung der Lage, denn zur gleichen Zeit wurden viele Gäste der Dritten Welt willkommen geheißen. Im ersten Jahr fuhr meine Frau und ich zuerst nach Peking, um elf Tage auf die Genehmigung des Staatsrates zur Einreise nach Szechuan zu warten.

Im folgenden Jahr überraschte mich der Vertreter des chinesischen Reisebüros, der mich zu betreuen hatte, mit der direkten Frage: »Würden Sie lieber zuerst nach Chengtu oder Chungking fahren?« In Shenchun bekam ich ein Visum zur direkten Weiterfahrt nach Chengtu. Nicht nur das, sogar die Zollbeamten waren freundlicher als im ersten Jahr, obwohl ich diesmal als Ausländer kam, während meine aus San Franzisko stammende Frau und ich 1973 als Auslandschinesen behandelt worden waren. Ein weiterer Unterschied war, daß wir 1973 als Gäste gekommen waren, 1974 aber die Reisekosten selbst trugen.

Man hat in China eine besondere Zuneigung für heimkehrende Landeskinder, wie sehr sie auch »Verlorene Söhne« sein mögen. Die Gastfreundschaft meiner Familie und jener, die mich zu betreuen hatten, war überwältigend. Um ein Beispiel zu geben: Ich wollte einen alten Freund von mir, der, seitdem ich Chengtu verlassen hatte, bei der Post arbeitet, unbedingt aufsuchen, zumal ich letztes Jahr zu spät erfahren hatte, wo er sich befand. Das einzige, worauf ich mich stützen konnte, war sein Name und die Postverwaltung einer Stadt mit mehreren Millionen Einwohnern. Die allgegenwärtige »Organisation« (tsuchih, nicht unbedingt identisch mit der Partei) fand heraus, daß sich der Mann auf Urlaub in einer anderen Stadt befand. Ein Automobil wurde in diese Stadt geschickt und in jedem Hotel nachgefragt, aber ergebnislos. Der Fahrer kam zurück, neue Erkundigungen wurden eingezogen, und es stellte sich heraus, daß mein Freund sich wohl in der betreffenden Stadt befand, aber bei seinem Schwager wohnte. Wiederum wurde hingefahren, mein Freund trotz der späten Stunde aus dem Bett geholt und nach Chengtu gebracht, um mich zu sehen. Für die

Organisation hatte es einige Tage mühevoller Arbeit bedeutet, für meinen Freund und mich war es das erste Treffen seit unserem Abschluß der Mittelschule vor 37 Jahren! Ich war für die Gründlichkeit und das Verständnis, mit welcher die Organisation arbeitete, dankbar und stellte fest, daß der »Große Bruder« nicht dauernd aufpaßt.

Meine Familie war vor der Revolution eher reformistisch, denn mein Vater war ein überzeugter Befürworter einer Ausbildung für beide Geschlechter und mischte sich nie in die Eheschließungen seiner Kinder, was wir ihm mit Zuneigung und Respekt dankten. Er verwendete seine Ersparnisse für die medizinische Ausbildung meines älteren Bruders, bis dieser mittels Stipendien in Harvard und Berlin weiterstudieren konnte. Er und mein Bruder unterstützten auch mein Studium, bis ich ein Stipendium in London erhielt. Als er beschloß, meine ältere Schwester zur Schule zu schicken, kamen die Verwandten — und sogar sehr entfernte Verwandte —, um gegen seine Entscheidung mit dem Argument Einwand zu erheben, daß das Risiko einer Entführung durch einen Fremdling für ein unbeaufsichtigtes junges Mädchen zu groß sei; die Schande, die dadurch für die ganze Sippe entstehen könnte, wäre untragbar. Mein Vater antwortete belustigt: »Wenn ich meine Tochter zu Hause behalte, besteht immer noch das Risiko, daß sie mit dem Koch davonläuft. Ist es nicht viel besser, ihr die Gelegenheit zu geben mit jemandem ihres Kreises davonzulaufen?«

Unsere Erziehung und die aus ihr sich ergebende geistige Beweglichkeit ermöglichte es meinen Geschwistern und mir, als brauchbare Mitglieder der neuen Gesellschaft nach der Befreiung ihren Platz zu finden.

Seit 27 Jahren — ich hatte 1947 China verlassen — hatte ich meine Familie — 32 Mitglieder mit ihren Ehegatten und Kindern — nicht mehr gesehen. Wir hatten in der Zwischenzeit sporadisch miteinander korrespondiert, um mit den Geschehnissen auf dem laufenden zu bleiben. Mein Besuch im Jahre 1973 war verständlicherweise sehr gefühlsgeladen: die Sehnsucht verwandelte sich in Traurigkeit, der Anblick zerfurchter Gesichter, geschwächter Gesundheit und ergrauter Haare ließ die Tränen ungeachtet der Gegenwart des Flugplatzpersonals und der Beamten strömen.

Mein zweiter Besuch war weniger sentimental, die Freude des Wiedersehens überwog das Bedauern über die Jahrzehnte der Trennung. Bei beiden Besuchen war eine der erfreulichsten Feststellungen die noch nie

dagewesene Harmonie zwischen den vier verschiedenen Zweigen der Familie. Das frühere Gezänk zwischen den Schwägerinnen und dem Rest der Familie, zwischen Stiefbrüdern und Stiefschwestern, das in der Vergangenheit einen selbstverständlichen Bestandteil des chinesischen Familienlebens darstellte,¹ war einem neuen, politischen Bewußtsein (in China mit ethischem und sozialem Bewußtsein gleichzusetzen) aller gewichen. Die familiären Bindungen werden durch das Ausschalten von Statusbewußtsein, Autorität und Hochmut gestärkt, und die Beziehungen zwischen den Generationen sind dadurch freier als je zuvor.

Jack Service, ebenfalls aus Szechuan, hat beobachtet, daß sich die Chinesen viel weniger als früher streiten, und das ist auch mein Eindruck.

Das tägliche Leben

Der Tag scheint in China früher als anderswo zu beginnen. Das Gästehaus in Chengtu, in der Nähe der früheren Missionsuniversität, die heute die Medizinische Fakultät von Szechuan ist, wird um sechs Uhr früh durch einen Lautsprecher, der Nachrichten und politische Informationen verkündet, geweckt.

Der Tag endet auch früher, denn um etwa elf Uhr abends sind die Straßen sogar im Hochsommer schon leer. Aber was ist China? Gibt es einen generellen Lebensstil außer Fleiß und Genügsamkeit? Gibt es eine gemeinsame Sprache außerhalb der Schrift? Sicherlich gibt es ein nationales Regierungssystem und eine Partei, die sich auf eine allgemein anerkannte Ideologie stützt. Darüber hinaus ist die Verschiedenheit und die Vielfalt unvorstellbar.

Die Architektur im Norden des Landes ist auf Grund der Unbilden der Witterung massiv, mit starken Wänden und Dächern, was den öffentlichen Bauten und den Wohnhäusern eine gewisse Behäbigkeit verleiht. Die Häuser in Szechuan wirken einfacher und leichter. Ohne reich bemalten Überbau erscheinen sogar die Tempel und andere öffentliche Gebäude schmucklos, was mir persönlich besser gefällt und was sicherlich leichter zu renovieren ist. Sie mögen bescheiden sein, sie sind aber hübscher. Sie fügen sich besser in den sozialistischen Hintergrund ein. Sie stehen, verglichen mit der kaiserlichen Pracht der Verbotenen Stadt, nicht in so einem scharfen Kontrast zur strengen Schönheit von Maos früheren Wohnsitzen in Changsha und Yenan. Die

Tempel von Szechuan werden mir immer schön erscheinen und meine Sehnsucht stillen, im Grün der Riesentannen, der anmutigen Pflaumenbäume und Bambusstauden oder der duftenden Kassia.

Überall sieht man Gummibäume und eilig errichtete Häuser aus roten Ziegeln. Die Parole in Szechuan wie in ganz China lautet: »Bestelle deine Felder, bevor du dein Haus bestellst!« Das Gesetz bestimmt, daß jeder Mensch in den Städten Anspruch auf 4 Quadratmeter hat. Private Toiletten und Badezimmer sind selten. Entweder benützt man eine öffentliche Anlage in der Nähe oder begnügt sich mit einem Kübel zu Hause. Dies gilt sogar für die medizinische Fakultät.

Die Lebensmittel kauft man im Getreideladen und auf dem Gemüsemarkt, die staatlich sind und daher kontrollierte Preise haben; sie sind billiger, bieten aber wenig Auswahl. Für jene, die höhere Ansprüche an die Gaumenfreuden stellen, gibt es Bauernmärkte in der Nähe oder am Stadtrand. Die Bauern verkaufen hier die Produkte ihrer eigenen Äcker zu einem höheren Preis (oft 100% höher), dafür kann man genußvoll auswählen und findet meist frischere und bessere Ware. Die Grundnahrungsmittel (Getreide, Schweinefleisch, Zucker, Öl usw.) sind rationiert. Viele andere Gegenstände, wie Fahrräder, Nähmaschinen, Baumwollstoffe, sind eigentlich auch rationiert.

In der Ebene von West-Szechuan belastet die Kontingentierung von Fahrrädern die Bevölkerung natürlich mehr als diejenige einer bergigen Stadt wie Chungking. Dennoch sieht man mehr neue Räder auf dem Land. Die Bauern haben Vorrang für die Zuteilung von Fahrrädern, genau wie die Fabriksarbeiter die Priorität für die Zuteilung von nahrhaften Lebensmitteln wie Bohnen und Bohnenprodukten haben. Auf dem Land haben die Bauern den Vorteil von mehr Wohnraum und mehr und frischeren Nahrungsmitteln. Das Land hat dem Interesse von Arbeitern und Bauern zu dienen, es soll die Unterschiede zwischen Stadt und Land verringern helfen.

Im allgemeinen geben die Leute etwa 3 bis 5% ihres Einkommens für Miete aus, 50 bis 70% für Lebensmittel und den Rest für Kleidung und anderes. Trotz der unterschiedlichen Gehälter ist der grundlegende Lebensstandard in den höheren und niedrigeren Einkommensgruppen etwa gleich. Dies resultiert in einer beträchtlichen Konzentration ungenutzter Kaufkraft, die potentiell inflationär ist. Da die Regierung aber die Preise nicht auf Kosten der Egalität

und der Stabilität freigeben kann und da überdies das Angebot einer großen Reihe von Gütern keineswegs ausreichend ist, kann eine Regelung nur durch die quantitative Kontrolle erfolgen.

Vermutlich ist die Rationierung in Szechuan umfangreicher als etwa in Hupei und Hunan, trotz des Reichtums dieser Provinz. Eine Erklärung dieses Paradoxons wäre vermutlich eher in der Bevölkerungsstruktur und in der Politik als in der Wirtschaft zu finden.

Nach einem harten Arbeitstag erfrischt man sich in einem Teehaus der Kommune, einer Brigade-Bar oder einem Stadtrestaurant, wo die Teetassen stundenlang immer wieder nachgefüllt werden oder ein Glas Wein mit Stückchen getrockneter Bohnenmilch oder gekochten und gesalzenen Erdnüssen getrunken wird. Sowohl in Chengtu wie in Chungking gibt es eine Anzahl von Parks, wo die Familien spazieren gehen und die Kinder spielen. Es gibt auch viele Kinos und Theater, die außer dem üblichen Repertoire der Revolutionsoperen — aus der Geschichte von Peking oder Szechuan — sowie den Schauspielen der Revolution Stücke oder Revuen mit tibetanischem Einschlag bringen. Ich finde die Opern von Szechuan und die tibetanischnen Lieder und Tänze frischer und unterhaltsamer, vermutlich weil sie humorvoll sind und die Handlung nicht so leicht durchschaubar ist.

Es fällt mir schwer, an der heute in China gebotenen Kunst Gefallen zu finden. Die allgemeine Beliebtheit, deren sich Bilder herziger Katzen und Pandabären erfreut, oder die mühevollen Stickereien mit den ewigen Kranichen und Kiefern, Bergen und Strohdachhütten, Drachen und Phönixen und sogar taoistische Unvergänglichkeiten, die keinerlei Beziehung zum Sozialismus oder zur Revolution haben, stellen mich vor ein Rätsel.

Meine Gespräche mit Künstlern weisen darauf hin, daß die politischen Kriterien zur Einschätzung eines Kunstwerkes viel klarer sind als die künstlerischen. China befindet sich noch auf der Suche nach einer eigenen sozialistischen Ästhetik. Dabei müssen die chinesischen Künstler, so scheint mir, sich früher oder später darüber klarwerden, wie überlebt die vom kaiserlichen Hof und dem Adel des achtzehnten Jahrhunderts bestimmte Kunst ist, und sie der einfachen Schönheit der bäuerlichen Kunst gegenüberstellen. Die jetzige Verachtung dieser Kunst und die Bewunderung einerseits der aristokratischen und andererseits einer billigen

¹ Siehe Margary Wolf, »Das Haus von Lim«.

Kaufhauskunst in China ist ein Widerspruch in sich selbst. Dieser Widerspruch muß aufgelöst werden. Bis dahin wird die Forderung nach »Lieblichkeit« erhalten bleiben und echte Kreativität unterdrücken.

China erlebte eine plötzliche starke Geburtenzunahme etwa sieben oder acht Jahre nach dem Westen. Sie begann nicht mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, sondern mit der Befreiung und dem 1953 erlassenen Heiratsgesetz. Diese Kinder haben jetzt ihr Heiratsalter erreicht und setzen schon eigene Kinder in die Welt. Eine verbesserte Gesundheitspolitik hat das Bevölkerungsproblem zusätzlich verstärkt. In Abwesenheit einer festen und mutigen politischen Führung scheint die demographische Lage in Szechuan schlechter als sonst in China zu sein. Offiziellen Berichten zufolge soll die Gesamtbevölkerung der Provinz 80 Millionen ausmachen, die von Chengtu knapp 2 und von Chungking 4,5 Millionen. Dies scheint zu tief gegriffen, und meine Schätzungen liegen etwa bei 100, 3 und 6 Millionen.

Erst 1956 gelang es China, hauptsächlich durch die Bemühungen Tschu En-lais, von den demographischen Prinzipien des orthodoxen Marxismus loszukommen. Aber sogar dann wurden die Familienplaner oft von den Leuten in den Städten wie auf dem Land beschimpft und fortgejagt, mit dem Vorwurf, daß es eine Unverschämtheit sei, sich in derartige Privatangelegenheiten zu mischen. Dann kam das Jahr 1958, in dem Wege der Analysen und Experimente gesucht wurden. Eine Frau wurde ausfindig gemacht, der 1949 eine Metallspirale eingesetzt worden war; der Arzt, der den Eingriff vorgenommen hatte, war noch am Leben. Mit seiner Hilfe wurde die Spirale wieder herausgenommen (es handelte sich um eine japanische Legierung), gemessen und zuerst aus derselben Legierung und später aus rostfreiem Stahl reproduziert. Sie hat den Nachteil, daß sie sich bei körperlich arbeitenden Frauen leicht verschiebt und damit unwirksam wird. Sie wurde deshalb nicht allgemein verwendet. 1961 wurden empfängnisverhütende Pillen vom chinesischen Geschäftsträger aus London geschickt, analysiert und danach hergestellt. Sie werden in Flaschen verteilt und nicht in Kartonkärtchen, auf denen die Wochentage vermerkt sind. So vergessen die Frauen oft, sie zu nehmen, Kinder spielen damit und schlucken sie. Wie die Spirale sind sie nicht so populär, wie sie es sein sollten. Man liest und hört in China von anderen Experimenten auf diesem Gebiet, zum Beispiel von einer Monatsspirale in Briefmarkengröße, aber bisher wird auch sie we-

gen ihrer Nebenerscheinungen nicht gerne genommen.

In Szechuan wurde die Familienplanung erstmals durch die mageren Jahre Anfang der sechziger Jahre unterbrochen und dann wieder durch die Kulturrevolution. In ihrer Folge halfen die neuen Einrichtungen der Barfußärzte und Studentensiedler den Gedanken der Familienplanung populärer zu machen; seit 1971 wird ihre Arbeit verstärkt. In der Hung-kuang-(Rote-Glut)-Brigade in P'ih sien bei Chengtu betrug die Bevölkerungszunahme 1972 2,4%, in der Wu-kuei-(Fünf-Kassia)-Brigade in Hsintu, ebenfalls in der Nähe von Chengtu gelegen, 2,8%. Der ungünstigste Fall, den ich erlebte, war die Chin-kan(Diamant)-Brigade bei Chunking, in welcher die Rate 4,1% betrug, sie wurde aber 1972 auf 3,4% reduziert. 1973 sagte mir der Brigadeführer, daß sie 1973 auf eine weitere Reduzierung auf 3%, 1974 und 1975 auf 2,5 und 1,5% hofften. Im Sommer 1974 erzählten sie mir, daß sie 1973 522 Geburten und in den ersten sechs Monaten von 1974 259 Geburten verzeichnet hatten. Dies würde eine Wachstumsrate von nur 1,2 oder 1,3% einer Gesamtpopulation der Brigade von 4314 Menschen bedeuten. Die Erklärung dieses auffallenden Rückgangs ist – neben der ideologischen Arbeit und der kürzlichen Anti-Lin-Piao- und Anti-Konfuzius-Kampagne – die Sterilisierung von 99 Männern und 68 Frauen der 632 Ehepaare im Reproduktionsalter; 40 Frauen nehmen regelmäßig die Pille und 283 tragen eine Spirale. Besonders ermutigend ist die Tatsache, daß die Leute früher erst nach dem fünften oder sechsten Kind in eine Sterilisierung einwilligten, heute aber schon nach dem zweiten. Merkwürdigerweise sind die Brigadeführer jedoch über die zukünftige demographische Entwicklung ihrer Brigade besorgt. Andererseits haben sie sich nicht der Mühe unterzogen, zu untersuchen, wie viele Brigademitglieder weggeheiratet haben, wie viele eingeheiratet haben und wie viele Babies ihren Großeltern in der Brigade zur Pflege von draußen übergeben worden sind.

Ein wichtiger Schritt, den die Brigadeführung unternahm, war die Veränderung des Systems der Getreideverteilung. Bis 1973 hatte jedes Brigademitglied im Alter ab drei Jahren eine volle Quote von 620 Kätti (1 Kätti = etwa 600 Gramm, d. Ü.) Getreide pro Jahr erhalten. In Wirklichkeit bedeutete das die Unterstützung kinderreicher Familien durch diejenigen mit weniger Kindern. Von der Frage der Gerechtigkeit ganz abgesehen, unterstützte diese Maßnahme das Bevölkerungswachstum. Das neue

System sieht eine Viertelquote für Kinder zwischen 1 und 3 Jahren, eine halbe für 3- bis 5jährige und dreiviertel für Kinder zwischen 5 und 7 Jahren vor; ab 7 Jahren erhalten alle eine volle Quote.

Wirtschaftlicher Fortschritt

1974 war ein wichtiges Jahr für die Landwirtschaft von Szetschuan.¹ Seit zwölf Jahren waren die Ernten ausgezeichnet gewesen. Während meiner beiden Aufenthalte habe ich drei Brigaden – die Rote Glut, die Fünf Kassias (beide bei Chamdo²) und die Diamant – in der Nähe von Tschungking³ wiederholt besucht. Die Rote Glut und die Fünf Kassias liegen in der Ebene von West-Szetschuan. Ihre durch das Tuchiangyen-Bewässerungsprojekt in Kuanhsien (das schon 221 a. C.,⁴ vor der Vereinigung Chinas in Betrieb war) gesicherte Wasserversorgung ermöglicht vor allem den Reisbau, aber auch Weizen, Raps und Tabak. Sie züchten Schweine und die Fünf Kassias halten auch Bienen. Sie sind etwa gleich groß: Die Rote Glut hat 1500 Mitglieder auf 2200 mou⁵ und die Fünf Kassias 1940 auf 2026 mou. Ihre schwarze Erde ist fruchtbar. Für die Diamantbrigade ist die Situation völlig anders. Die 2992 mou steinig, bergigen Landes ernähren 4314 Mitglieder. Dank ihrer Nachbarschaft zu einer Großstadt, dem Fleiß der Leute und der Erfindungsgabe ihrer Leitung verdienen sie aus dem Verkauf bestimmter Produkte: Gemüse, Milch für eine Eiscremefabrik in der Nähe, Tee, Seide, Pilze und Holz. Daneben bauen sie das für den Eigenbedarf notwendige Getreide.

Im Hinblick auf die erhöhte Produktion von Weizen und Frühreis (Spätreisangaben sind erst im September erhältlich), aber auch von Raps, Tabak und Hanf, erscheint die niedrige Getreideernte der Roten Glut kaum glaubhaft zu sein. Als Teilerklärung könnten die Hagelstürme und Unwetter im Frühling und im August und auch die Tatsache dienen, daß die Brigade zuviel Bargeld erspart hat (300.000 yuan gegenüber 63.000 der Fünf Kassias), anstatt so wie die Fünf Kassias entsprechend Investitionsgüter anzuschaffen. Das hohe Bareinkommen der Diamant ergibt sich

¹ Szechuan, Setschuan, Szechwan, Sichuan (=Vier Ströme«), größte Provinz der Volksrepublik China.

² Changtu, Changdu, Ch'ang-tu: Stadt in Osttibet am Mekong, Handelszentrum an der Fernverkehrsstraße Szetschuan-Tibet.

³ Chungking, Zhong qing, P'ahsien: Stadt in der Provinz Szetschuan.

⁴ hier ante Christum = vor Christi.

⁵ Chinesisches Flächenmaß, 15 mou = etwa 1 Hektar.

Vergleich der drei Brigaden – Rote Glut, Fünf Kassias, Diamant

		1972	1973	1974
Weizen (in Kätti ⁶ /mou)	RG	—	408	446
	FK	601	615	647
	D	—	306	401
Frühreis (in Kätti/mou)	RG	—	620	650
	FK	—	722	750
	D (im Anfangsstadium, noch wenig)			
Getreide (in Kätti/mou)	RG	1300	1300	1300
	FK	1801	2017	2050
	D	1261	1254	1600
Einkommen (per Kopf/yuan ⁷)	RG	99,90	102,00	—
	FK	112,00	120,00	—
	D	134,21	157,60	—

offensichtlich aus dem Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten an andere Brigaden.

Im Winter 1973/74 errichteten alle drei Brigaden eine Reihe von Bauten und nahmen Neuerungen vor, die einen Besucher, der schon vorher dagewesen war, besonders beeindruckten. In der Roten Glut wurden die strohgedeckten Hütten der Brigadebüros durch feste Häuser mit Dachziegeln ersetzt. Für die Herstellung von Ziegeln und Dachziegeln hatten die Bauern die Lehmerde benutzt und die dadurch entstehenden Gruben zu Fischteichen umgewandelt. Außerdem bauten sie einen zwei Kilometer langen Abflußgraben — unter Aufgabe von etwa 20 mou bebauten Landes —, um 700 mou vor Überschwemmungen zu bewahren. Da alle Frauen der Brigaden produktive Arbeit leisten und die alte Generation langsam ausstirbt, wurden Tageskindergärten zur Notwendigkeit; es wurden zwei gebaut, die 136 Kinder betreuen.

Als ich die Rote Glut 1973 besuchte, gab es kein Sumpfgas für Heizung oder Licht. 1974 hatte eine große Anzahl von Familien Zementbehälter direkt unter ihre privaten Schweineställe gebaut, um Methangas zu gewinnen.

Auf diese Art sparen sie Holz und Schilfrohr für die Industrie, erfreuen sich sauberer Küchen und erhöhen den Düngerertrag durch Fermentierung um 30%. Da vor allem die Frauen die Nutznießer dieser Einrichtung sind, waren sie in erster Linie die Architekten der Sumpfgasprojekte.

⁶ Sprich kätti: ostasiatisches Gewicht, etwa ein Pfund; ein catty = ein jing (chinesisches Gewicht) = rund ein halbes Kilo.

⁷ Währungseinheit in der Volksrepublik China: 1 (Renminbi-)Yuan (RMBY) = 10 Tsyao (Tsjiao, Yao) = 100 Fen (Fyng) = 9,30 S.

⁸ Der chinesische Zimtbaum.

⁹ Tschentu, Chengtu, Tschöngtu, Tschengdu, Chengu: Hauptstadt der Provinz Szetschuan.

Auch andere Brigaden machten sich diese Technik zu eigen, ganz besonders im Norden der Provinz. Der Brigadeführer, der jetzt Mitglied des Revolutionären Provinzkomitees ist, zeigte mir stolz seinen 11 m³ großen Tank, dessen Gasdruck mittels Wasserdruck reguliert wird, um eine gleichmäßige Methanversorgung zu sichern. Die mit Sumpfgas beleuchteten Zimmer sind so hell, daß ihre Bewohner bis tief in die Nacht hinein lesen oder arbeiten können; Kochen oder das Erhitzen von Wasser für eine Tasse Tee ist um vieles leichter geworden. Der bedauernde Mensch mußte allerdings seinen Tank viermal neu bauen, da er undicht gewesen war.

In der Fünf-Kassia-Brigade (gerade als ich dort war, blühte ein Kassia-baum,⁸ der wunderbar duftete) waren die Neuerungen sogar noch bedeutender.

Eine Reihe strohgedeckter Häuser vor dem Brigadehauptquartier war einer großen Futtermittelverarbeitungsanlage gewichen, die mit elektrisch betriebenen Maschinen zur Verarbeitung von Lebensmitteln und Tierfutter ausgestattet ist. Ihre Leistungsfähigkeit ist so hoch (allein 50.000 Kättis Reis werden täglich poliert), daß sie die umliegenden Brigaden gegen Bezahlung mitbenützen. Seit April dieses Jahres wird der elektrische Strom von Tschengtu⁹ geliefert, so daß sich die Brigade ihren ursprünglichen Plan, den Strom mit einem kleinen Generator selbst zu erzeugen, ersparen konnte. Die im Mai in Hsintu fertiggestellte Fabrik für Kunstdünger versorgt die Brigade jährlich mit zusätzlichen 10 Kättis pro mou gutem Dünger. Weiters entsandte die Brigade 300 ihrer Mitglieder, um am Bewässerungsprojekt von Tuchiangyen mitzuarbeiten. Der dort fließende Strom wird jetzt durch einen Damm umgeleitet und

erhöht das bewässerte Gebiet auf 12 Millionen mou.

Die Führung von Diamant legt einen besonderen Ideenreichtum an den Tag.

Beim ersten Besuch beeindruckte mich ihr zweistöckiger steinerner Schweinestall, der sich noch im Bau befand. Ein Jahr darauf lebten dort hundert Schweine, die Ferkel im Oberstock und die Alten unten. Der Stall hat ein ausgeklügeltes Abflußsystem, um ihn sauberzuhalten. Der Mist wird in zwei riesige Außentanks gespült, um wiederum Sumpfgas herzustellen. Das Anbauprogramm wurde auf hochwertiges Gemüse wie Frühlingzwiebeln, Pfefferkorn und andere Delikatessen umgestellt. Da sich die Brigade im Bergland befindet, werden die Anbaumöglichkeiten durch niedrige Abend- und Morgentemperaturen vermindert, und Frühreis und etliche Gemüse- und Obstsorten werden später reif. Außerdem wird der Reis von einer bestimmten Mottenart befallen.

Durch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden gelingt es heute, Frühreis (nur etwas über 300 mou) zu pflanzen, und zum Abendessen, welches die Brigadenleitung für mich gab, wurden am 1. September verschiedenerlei Gemüse gereicht, was vorher zu einem so frühen Datum unmöglich gewesen wäre. Gegen die Mottenplage wurde 1973 noch mit zwei Fluorlampen auf den Feldern experimentiert; ein Jahr später hatten sie 58 solcher Lampen. Unterhalb der Lampen sind Wasserschüsseln angebracht, in denen die Schädlinge ertrinken. Sie hoffen, sie auf diese Art in fünf Jahren auszurotten. Die aus Stein gebauten Kuhställe, die ein Jahr zuvor erst halb fertig waren, sind fertiggestellt. In ihrem Schatten ist die Temperatur bedeutend niedriger als in der gleißenden Sommerhitze draußen, und die Kühe geben jede täglich nun 3 bis 6 Kättis mehr Milch als früher. Die Lagerung von Lebensmitteln ist ein fast unlösbares Problem in China. Die Diamantbrigade hat unter einem der vielen Hügel einen Keller gegraben, in dem sie Kartoffeln und Süßkartoffeln ein Jahr, Tomaten drei Monate lang lagern kann.

Was für die Landwirtschaft von Szetschuan gilt, läßt sich nicht unbedingt auf die industrielle Produktion übertragen. Die Anti-Lin-Piao- und Anti-Konfuzius-Kampagnen, die im April und Mai 1974 ihren Höhepunkt erreichten, scheinen die städtischen Industrien stark beeinträchtigt zu haben. Im Juni oder Juli versuchten die Fabriken immer noch, die Rekorde des vorigen Jahres nachzuholen. Dieser Eindruck wurde mir in der Röhren-

fabrik in Tschengtu vermittelt, die eine der fortschrittlichsten Industrieanlagen der Provinz darstellt.

Die Industrie hat jedoch einen äußerst wichtigen Anteil an der Wirtschaft der Provinz. Ihre niedrige Wachstumsrate beeinträchtigt zum Teil den Fortschritt, der durch die Landwirtschaft erzielt wurde. Im Hinblick auf den Bevölkerungszuwachs und die politische Unsicherheit ist es nicht verwunderlich, daß diese reiche Provinz die im Selbstvertrauen gehegten Erwartungen nicht erfüllt hat. Die Kluft zwischen zunehmender Kaufkraft und unzureichendem Warenangebot wird durch Warteschlangen vor einigen Läden und Geschäften hinreichend demonstriert.

Eine gute Nachricht gibt es allerdings aus der industriellen Wirtschaft: die zunehmende Verwendung von Erdgas. Die Fabrik, die nahtlos gezogene Röhren herstellt, benützt es seit 1970, andere Großbetriebe folgten. Das vermindert die Brennstoffkosten um 15%. In Tschengtu sieht man viele Autobusse mit großen Tanks auf dem Dach, die Erdgas für die Fahrten eines ganzen Tages enthalten. Ab diesem Herbst (1974) werden auch die Arbeiterwohnanlagen mit Erdgas geheizt, und in fünf Jahren soll ganz Tschengtu und Tschungking mit Erdgas zum Kochen versorgt werden.

Lin Piao und Konfuzius¹⁰

Ich habe schon auf die Schwächen der politischen Führung in Szetschuan seit der Kulturrevolution als Hauptgrund für den langsameren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt hingewiesen.¹¹ Diese Schwäche kann am besten durch die jüngsten Anti-Lin-Piao- und Anti-Konfuzius-Kampagne gezeigt werden. Bis Ende 1973 war die Kampagne noch auf die Studentenschaft beschränkt. Während meines ersten Besuches hatte ich durch gebildete Leute von Lins Worten und Taten in Peking, Jenan¹² und Tschengtu gehört.

Seit Beginn 1974 nahm die Kampagne die Dimension einer Massenbewegung an, die Arbeiter und Bauern erfaßte. Dadurch unterscheidet sie sich von früheren Angriffen auf Konfuzius wie in den Jahren um 1900 und 1920.

¹⁰ Latinisierte Form für Kung-fu-tse, Konfuzius, Kung-fudse, Kung-tzu, »Meister Kung« (551? bis 479?): chinesischer Philosoph und Staatsmann, schuf eine besonders auf Ahnenverehrung, Familienordnung, Gehorsam und Tradition gegründete Sitten- und Soziallehre (Konfuzianismus), die in China bis 1912 (Republik) als eine Art Staatsreligion galt. Konfuzius genöß öffentliche Verehrung.

¹¹ Und zwar im ersten Teil des Berichts, im Märzheft.

Es lag mir bei diesem Besuch vor allem daran, die Methoden der Kampagne und weniger deren Inhalt kennenzulernen. Durch die Leute, die mich betreuten, kam ich zu Diskussionen mit Gelehrten, Arbeitern und Bauern.

Meine erste Diskussion fand am 23. August in einem Gemeinschaftsraum der Nationalen Universität von Szetschuan in der Gegenwart von fünf Historikern statt, welche ehrlich zugestanden, daß sie hinter so fortschrittlichen Lehrstühlen wie an den Universitäten von Peking, Futan und Sun Yat-sen¹³ nachhinkten. Auf dem Boden ihrer Universität wurde die Kampagne in den Lehrsälen durchgeführt, wobei der Unterricht rund um die Kampagne organisiert war, so daß das Studium der marxistischen und maoistischen Klassiker, der wirtschaftlichen Probleme des Sozialismus und von Lin Piao und Konfuzius miteinander verbunden werden konnte.

Die Kritik der Philosophie von Konfuzius wurde parallel zur Neueinschätzung der Legalisten entwickelt. Ein besonderes Interesse wurde zwei Legalisten von Szetschuan, von denen keiner ursprünglich der Provinz entstammte, entgegengebracht: Chu-ko Liang (181 bis 234) und Kaiserin Wu.¹⁴ Die Professoren und Studenten halfen außerhalb der Universität die Kampagne in Fabriken, Kommunen und Einheiten der Armee zu organisieren, um ihr abstraktes Wissen mit gelebten Erfahrungen zu koppeln. So entwickelte sich aus der rein akademischen Arbeit der Historiker dieser und anderer Universitäten die Popularisierung geschichtlicher Kenntnisse sowie praktische politische Arbeit in der Bevölkerung.

Mit Hilfe der Gelehrten hatten die Arbeiter der Röhrenfabrik, in der ich meine zweite Diskussion hatte, soeben das Studium des Aufsatzes von Han Fei¹⁵ »Die fünf Schädlinge des Staates« beendet. Ihre Kommentare zu diesem legalistischen Schriftstück wurden im »Tschengtu Täglich« (Tschengtu Jih-pao) veröffentlicht. Unter der Leitung der Partei organisierten die Arbeiter Studiengruppen, um Lin und Konfuzius zu kritisieren und die Legalisten neu zu bewerten. Hierzu benützten sie ihre Freizeit entweder an Dienstagen, Mittwochen und Donnerstagen oder an Dienstagen, Donnerstagen und Samstagen. Diese Diskussionen konnten entweder die gesamte Fabrik (über 10.000), eine Werkstätte oder nur eine Schicht einbeziehen. Die Hauptarbeit wurde jedoch in Zehnergruppen geleistet, die auf Grund der Anordnung der Partei ihre Studienprogramme selbst entwarfen. Je-

de Diskussionsrunde dauerte zwischen 30 Minuten und zwei Stunden und bezog nicht nur die Arbeiter, sondern auch deren Familien ein. In vier bis fünf Monaten lasen und analysierten sie Werke von Konfuzius und dessen Schülern sowie deren Kritiker. Sie gaben den historischen Rollen des ersten Kaisers der Ts'in-Dynastie¹⁶, des Staatsmannes Wang An-Shih¹⁷ und anderer legalistischer Staatsmänner neue Interpretationen, und sie besprachen die Klassiker von Marx und Mao. Damit drangen die emanzipierten Arbeiter in die Welt der Philosophen ein.

Sie wurden ärgerlich, wenn sie auf Aussagen wie »Menschen können nur zum Gehorchen, nicht zum Verstehen gebracht werden« und »Der kleine Mann wird vom Profit motiviert« stießen. Einer der alten Arbeiter fragte mich:

»Wenn wir arbeiten, interessiert uns die Produktion und wie wir die Leistung der vorhergegangenen Schicht überbieten können. Wie kann irgend jemand sagen, daß wir uns nur für die Dinge des täglichen Bedarfs interessieren (oder vielleicht für die Autos und Hi-fi-Anlagen, wenn diese eines Tages auch in China erhältlich sind)?« Das ist eine Beleidigung für uns!«

Ausgehend von Ideen des Konfuzius wie »sich selbst bescheiden« und »die alten Gebräuche wieder einführen« und der »Beständigkeit des Mandats, das vom Himmel kommt«, richteten die Arbeiter ihren Angriff auf Lin Piao und die russischen Revisionisten, insbesondere auf solche Anhänger Lins

¹² Jenan (= Fusche), Jenan: Stadt im Hochland von Schensi am Jen Ho.

¹³ Benannt nach Sun Yat-sen, eigentlich Sun Wen (1866 bis 1925), Revolutionär und Staatsmann, erster Präsident der Chinesischen Republik (1912).

¹⁴ Wu Hou, Kaiserin (684 bis 705) der Tang-Dynastie (618 bis 907). Sie leitete den Sieg der antiaristokratischen Beamtenpartei ein. An das Amtswesen der Han-Dynastie (206 vor Christus bis 220 nach Christus) anknüpfend, den veränderten Verhältnissen angepaßt, entstand der konfuzianische Bürokratismus, der bis zur Revolution von 1911 bestehen blieb.

¹⁵ Han Fei-tse, Han Fei-tzu (gestorben 233 vor Christus), faßte Recht und Macht als Grundlagen der Regierungskunst auf. Seine Schriften gehören zu den wichtigsten und folgenreichsten der alten chinesischen Philosophie. Sie sind die Hauptwerke der Legalisten.

¹⁶ Ts'in-Dynastie, Ch'in-Dynastie (255 bis 206). 221 vor Christus wurde China zum erstenmal unter dem ersten Kaiser von Ts'in, Shih Huang Ti (221 bis 209), geeinigt. Vereinheitlichung der Maße, des Geldes, der Wagenspurbreiten, der Schrift und der Sprache im Amtsverkehr, erbaute die große chinesische Mauer gegen die Hunnen. Hinrichtungen der in der Opposition stehenden Konfuzianer, Verbrennung und Verbot ihrer Schriften. (Bücherverbrennung.)

¹⁷ Wang An-Shih, genannt Wang Chieh-fu (1021 bis 1086), Staatsmann, Dichter und Essayist, Kanzler der Sung-Dynastie (960 bis 1127), führte politische und soziale Reformen durch. Beschränkung des Militärs, Schaffung einer Volksmiliz, Einführung von Krediten für Kleinbauern.

wie Liang Hsing-ch'u und Ch'en Jen-ch'i in Szetschuan. Sie zeigten eine vehemente Ablehnung der russischen Experten (die schon vor Jahren China verlassen hatten. Anmerkung der Übersetzerin), erklärten die Gründe für die großen Wandzeitungen, die sie anbrachten, um Widersprüche oder Probleme unter den Belegschaften oder zwischen verschiedenen Lösungsmöglichkeiten für diese Probleme aufzuzeigen, ihre Absicht, die Menschen umzuerziehen und ihre falschen Einstellungen zu korrigieren sowie ihre Kritik an ihren Führern auszuüben, die mutlos oder bequem sind. Eben wegen dieses Zögerns der Führerschaft während des ersten Halbjahres hatte sich die Produktion der Fabrik verlangsamt, und die Arbeiter brauchten eine Weile, bis sie die Führerschaft änderten. Zu diesem Zeitpunkt bekannten die Führer:

»Wir mußten lernen, den Massen zu vertrauen. Dies ist der einzige Weg, um Einigkeit zu erreichen und unser politisches Bewußtsein zu stärken. Glaub mir, es war nicht angenehm, seinen Namen auf einer großen Wandzeitung zu sehen. Es ist aber eine gute Sache, offen alles durchzusprechen. Natürlich gab es auch Leute, die die Wandzeitungen in verantwortungsloser Weise geschrieben haben. Diesen Leuten muß durch die Führung und durch die Massen geholfen werden.«

Die Teilnahme der Bauern an der Anti-Lin-Piao- und Anti-Konfuzius-Kampagne ist einmalig und bedeutungsvoll, zumal viele Bauern immer noch in Epigrammen¹⁸ denken, die eine Kristallisierung überholter konfuzianischer Weisheit sind. Diese Bauern sind immer noch Konfuzianer in der Sozialisierung ihrer Kinder und Anhänger des alten Lebensstils. Ihre Vorstellungen über richtige Hochzeiten oder Begräbnisse mit dem übertriebenen Austausch von Geschenken und ebenso übertriebenen Festlichkeiten, ihre Haltung den Frauen und der Aufteilung der Hausarbeit gegenüber und ihre Bemühungen, die elterliche Autorität zu bewahren, all dies trug bewußt oder unbewußt zur Erhaltung der konfuzianischen Traditionen bei. Diese müssen kritisiert werden, wenn eine Befreiung im vollen Sinne erreicht werden soll.

In der Diamantbrigade wurde mir gesagt, daß der Kommune die Aufgabe der Organisation der Kampagne obliegt. Sobald das Programm beschlossen ist, übernehmen die Brigaden und die Produktionsmannschaften die Verantwortung zur Mobilisierung

der Bevölkerung. Massenversammlungen der Brigaden und der Mannschaften wurden in einem Hof oder Wohnhaus gehalten, und am 10. Febr. 1974 wurde mit dem Studium des Leitartikels der »Volkstageszeitung« begonnen.

Sie stellten alte populäre Bücher wie die »Dreifarakter Klassiker«, »Klassiker der Sohnesehrfurcht« und »Steigerung des Wissens« aus, die sogar ich als Junge studiert hatte. Die Sender von Kommunen und Brigaden senden täglich Diskussionen und Journalprogramme der Kampagne.

Die Lehrer und Studentensiedler der Brigade und Kommune helfen natürlich bei der Lenkung derartiger Diskussionen. In diesen werden Theorien – wenn auch auf einem niedrigeren Niveau als bei den Arbeiterzusammenkünften – erklärt und kritisiert und die praktischen Gesichtspunkte, die meistens in einem Zusammenhang mit der persönlichen Lage der armen Bauern stehen, erörtert. Anlässlich einer Versammlung der Diamantbrigade wurde ein früherer Landbesitzer und Kuomintang-Dorfbeamter¹⁹ scharf von einer Frau aus dem Kader kritisiert, weil er seinen Söhnen zeigte, wo sich der Familienbesitz befunden hatte; weil er eine alte Lederpeitsche, die einst zum Gebrauch auf dem Rücken armer Bauern diente, zu Hause aufgehoben hatte und weil er Krankheit vortäuschte, um sich vor der Arbeit zu drücken. Als ihre Vorwürfe unerträglich wurden, nahm einer der Söhne einen Stock und schlug damit die Kaderfrau. Vater und Sohn werden jetzt durch Arbeit unter Aufsicht reformiert. Es ist schwer zu glauben, daß es ein Vierteljahrhundert nach der Befreiung immer noch Grundbesitzer dieser Art gibt, die in den Träumen der Vergangenheit leben.

Auf meinem Rückweg von der Diamantbrigade nach Tschungking überholte mein Wagen einen offenen Lastwagen, in dem drei Grundbesitzer in blauen Arbeitsanzügen mit gesenkten Köpfen und am Rücken zusammengebundenen Händen saßen. Sie wurden von einigen Volksmilizionären in grünen Uniformen bewacht, und die Schriftbänder am Lastwagen gaben Auskunft darüber, wer sie waren. In der Fünf-Kassia-Brigade hatte ein Mitglied einer Produktionseinheit »wegbreitendes Geld« (mai-lu ch'ien) gedruckt, um für einen Verstorbenen den

Weg in die andere Welt zu erkaufen und eine Anzahl von Trommlern und Trompetern für eine Begräbnisprozession bestellt. Sein Aberglaube wurde, wie erwartet, auf einer der Brigadenversammlungen kritisiert, und die Brigade organisierte zur selben Zeit eine moderne Trauerfeier, um des toten Mitgliedes der Jugendliga zu gedenken, das an Leukämie gestorben war, und um die Bevölkerung von der Überlegenheit und der Vernunft moderner Begräbnisse zu überzeugen.

Jugenderziehung

Es ist schwierig festzustellen, bis zu welchem Grad die Geschehnisse in den Städten während der Anti-Lin-Piao- und Anti-Konfuzius-Kampagnen von einem bestimmten Typus junger Leute provoziert worden waren, aber die Erziehung der Jugend, besonders der sensibleren, intelligenteren und daher vermutlich unruhigeren, ist nach wie vor eine problematische und mühevoll angelegene Angelegenheit.

Die Masse der chinesischen Jugendlichen ist wie die meisten jungen Leute anderswo. Sie sind Konformisten in bezug auf die sozialen und politischen Normen der Gesellschaft, in der sie leben: Probleme entstehen nur unter den Nonkonformisten, die meistens sensibler und unzufriedener sind. Diese Probleme werden in China durch unverrückbare und starre Normen verschlimmert.

Man kann die gebildete Jugend in China am Ende ihrer Mittelschulzeit in drei Kategorien einteilen, und zwar in diejenigen, die direkt auf die Universität oder an eine höhere Schule gehen, jene, die arbeiten oder sich auf dem Land niederlassen, und schließlich solche, die aus Gesundheits-, Familien- oder anderen Gründen nichts dergleichen tun.

Die erste Gruppe stellt kein physisches, intellektuelles oder ethisches (gleichbedeutend mit sozial oder politisch) Problem dar. Die Verteilung junger Leute auf dem Land ist jetzt viel besser organisiert, indem man alle aus einer Schule Kommenden in demselben Bezirk unter der Aufsicht eines Lehrers ansiedelt. Sie sind auf diese Weise sozial zufriedener und psychologisch stabiler. Auch die Eltern, die oft ein ernstes Hindernis für diese Landaufenthalte waren, finden sich besser mit dem neuen Arrangement ab. Außerdem ist die Propaganda, welche die Eltern überzeugen soll, ihre Kinder aufs Land gehen zu lassen, überall in Tschengtu, im Tschungking wie in Kuangtschou²⁰ (Kanton) gegenwärtig.

¹⁹ Kuomintang, »Staatsvolkspartei«, seit 1912. Von Sun Yat-sen gegründet, unter Tschiang Kai-schek 1928 Regierungspartei Chinas. 1949 Abspaltung eines revolutionären Komitees (Marschall Li Tschin-sen). Seit Verlust des Festlandes auf Taiwan (Formosa) beschränkt.

¹⁸ »Aufschrift«, Spottgedicht, Sinngedicht.

Als ich in Chamdo war, organisierte die Bevölkerung der Stadt eine riesige Versammlung, um den Jungen einen glorreichen Abschied für ihren Landaufenthalt zu geben. Entscheidend ist vermutlich, daß sich auf dem Land ein neues Karrieremodell ausgebildet hat, dem die Stadtjugend folgt. Dieses neue Modell scheint sie schneller in die Jugendliga und später in die Partei zu bringen, als es in der Stadt üblich ist.

In einer wirtschaftlich egalitären Gesellschaft arbeitet man für politische Würden.

Die dritte Kategorie Jugendlicher, jene, die wegen wirklicher oder eingebildeter Krankheit oder als einzige Söhne ihrer Familien oder wegen irgendeines anderen Grundes in der Stadt geblieben sind, nennt man »Gesellschafts-Jugend« (she-hui ch'ing-nien). Sie haben keine Aussicht auf eine höhere Bildung oder eine regelmäßige Arbeit und bilden daher ein soziales Problem, wie alle Jugendlichen ähnlicher Art in allen großen Städten. Zusammen mit ein paar Jugendlichen, die vom Land zurückgekommen sind, machen sie in Zeiten der Spannung Schwierigkeiten, wie zum Beispiel auf der Höhe einer Kampagne, wenn sie auftauchen, um von der Situation zu profitieren: sie vertreten extrem radikale Standpunkte in der Hoffnung, politisches Kapital für sich herauszuschlagen, oder um sich an den Leuten, die sie hassen, zu rächen. Die im April und Mai 1974 in Tschengtu und Tschungking entstandenen Schwierigkeiten waren teilweise von dieser Art Leute verursacht worden.

Die Erziehung der Jugend, die sich zugegebenerweise noch in ganz China in Wandlung befindet, hat viele Mängel. Zu den Erfolgen zählen die Zulassung von Jungen und Mädchen aus Proletarier-, Bauern- und Soldatenfamilien zu höherer Bildung, die Beseitigung irrationaler Lehr- und Verwaltungsmethoden, die Betonung der drei Aspekte (physisch, ethisch und intellektuell) der Disziplin. Andererseits liefern das niedrige akademische Niveau und die übertriebene Demokratie in den Hörsälen Grund zur Besorgnis. Die gutausgebildete ältere Generation von Gelehrten der Natur- und Gesellschaftswissenschaften nimmt rapide ab; die nächste Generation der 40- bis 50jährigen ist nicht in der Lage, sich von dem russischen Einfluß, der sie wohl sachkundig und kompetent werden ließ, sie aber in

ihren kritischen und analytischen Fähigkeiten schwächte, so schnell frei zu machen.

Die junge Generation der 20- bis 30-jährigen wurde in ihrer Ausbildung durch die Kulturrevolution und deren Nachwehen zu sehr unterbrochen. Vom rein akademischen Standpunkt wird es etwa zehn Jahre brauchen, bis die Mängel behoben sein werden.

Stellen wir abschließend fest: China ist, seitdem es von den Sorgen um die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Behausung und medizinische Versorgung befreit ist, ein Land voller Optimismus und Selbstvertrauen, welche in keiner Weise durch das stark übertriebene »Nachfolgeproblem« Maos und Tschu En-lais²¹ verwässert werden. Die Atmosphäre der harten Arbeit und Zielstrebigkeit ist gleichzeitig entspannt, voller Sicherheit und Fröhlichkeit.

Die ideologische Einheit, das hohe Maß an sozialer Gerechtigkeit, das schnelle wirtschaftliche Wachstum und die zunehmende politische Bewußtseinsbildung sichern China eine vielversprechende sozialistische Zukunft.

Immer noch mit ererbten Mängeln und Schwächen ringend, ist China keinesfalls ein Paradies auf Erden; ebensowenig beansprucht es, ein allgemeingültiges Modell für den Rest der Welt zu sein. Doch das, was dort geschieht, verdient unsere Aufmerksamkeit und unsere Bewunderung.

Übersetzung Freda Meissner-Blau

Dieser Artikel erscheint zugleich in "Arbeit und Wirtschaft".

²⁰ Kanton, Canton, Guangzhou, Kuangchou, Kuangtschou: Hauptstadt der südchinesischen Provinz Kuangtung am Perlfuß.

²¹ Chou En-lai, offiziell übertragen: Zhou Enlai (sprich: dschou anlai), geboren 1898 in Shaohsing (Provinz Tschekiang), studierte unter anderem in Paris, Göttingen, Berlin, 1921 Mitbegründer der Kommunistischen Partei Chinas. 1949 Ministerpräsident (Vorsitzender des Staatsrates). 1949 bis 1958 zugleich Außenminister. Während der Kulturrevolution 1966 bis 1967 weitere Festigung seiner politischen Stellung. Seit 1969 Mitglied des fünfköpfigen ständigen Ausschusses des Politbüros der Partei, seitdem vertritt er China bei allen außenpolitischen Angelegenheiten.

Lieber Leser !

Wegen Änderungen im Druckverfahren des "China-Report" war eine uneinheitliche Schriftgestaltung dieser Nummer leider nicht vermeidbar, von denen das nächste Heft nicht mehr betroffen sein wird. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Die Redaktion

Gerhard Clemenz, Norwich

DIE VOLKSKOMMUNEN – RÜCKGRAT DER CHINESISCHEN WIRTSCHAFT

Die Welt sieht sich derzeit mit einer beängstigenden Knappheit an Nahrungsmitteln konfrontiert, und nicht wenige Experten sagen für die absehbare Zukunft Hungerkatastrophen voraus, deren Ausmaß unsere derzeitige Vorstellungskraft übersteigt und zu einer ernststen Bedrohung menschlichen Lebens auf der Erde werden könnte. Am ärgsten betroffen sind die Länder der dritten Welt, derzeit insbesondere Indien und Bangla Desh sowie mehrere afrikanische Staaten, aber auch in anderen Regionen wie Lateinamerika oder Ostasien besteht kaum Grund zu Optimismus bezüglich der Lebensmittelversorgung. Dies um so weniger, als die Überschuß produzierenden Länder, an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten von Amerika, mehr oder weniger offen von der Möglichkeit sprechen, Nahrungsmittel als politische Waffe zu benutzen. Abgesehen davon sind auch ihre Reserven nicht unerschöpflich. Leider sprechen viele Anzeichen dafür, daß die meisten Entwicklungsländer weniger denn je imstande sind, die Lücke zwischen Nahrungsmittelproduktion und Bevölkerungswachstum zu schließen.

In dieser Situation erweckt naheliegenderweise jener Staat unsere Aufmerksamkeit, der allem Anschein nach das Problem der ausreichenden Ernährung seiner Bevölkerung von allen Entwicklungsländern am befriedigendsten gelöst hat: die Volksrepublik China. Dieses Interesse wird durch folgende Punkte verstärkt:

a) Die VR China ist der volkreichste Staat der Welt und stellt mehr als $\frac{1}{4}$ der Gesamtbevölkerung der Erde. Seine Fähigkeit, mit dem Ernährungsproblem fertig zu werden, hat einen mehr als nennenswerten Einfluß auf die Weltnahrungslage.

b) Die VR China befand und befindet sich in einer Situation, die in vieler Hinsicht mit der zahlreicher Länder der dritten Welt vergleichbar ist. Ihre Erfolge (oder Mißerfolge) mögen stimulierend (oder entmutigend) auf andere Staaten wirken, der „chinesische Weg“ scheint für viele Entwicklungsländer eine mögliche Alternative.

c) Schließlich dürfte das weitere Schicksal der dritten (und damit auch der übrigen) Welt in großem Ausmaß davon abhängen, wieweit die VR China in Zukunft imstande sein wird, nicht nur moralisches, ideologisches und, in Grenzen, militärisches Gegengewicht zu den Supermächten zu bilden, sondern auch wirtschaftliches, mit anderen Worten, wieweit sie die eigene (bereits realisierte) Stärke und Unabhängigkeit in den Dienst der gemeinsamen Sache aller unterentwickelten Länder stellen kann (und will).

Von entscheidender Bedeutung für die bisherigen und zukünftigen Erfolge Chinas auf wirtschaftlichem (damit aber auch auf politischem) Gebiet sind ohne Zweifel die Volkskommunen, jene beeindruckende chinesische Schöpfung, die neue Maßstäbe in der Entwicklung rückständiger Länder gesetzt hat. „Die Landwirtschaft ist die Grundlage, die Industrie der führende Faktor“, entscheidende Organisationseinheit der Landwirtschaft aber ist die Volkskommune, die damit zur Grundlage der Wirtschaft wird. Sie ist das Ergebnis einer jahrelangen Entwicklung, die von Erfolgen und Rückschlägen, von guten und schlechten Erfahrungen und vom harten Kampf zwischen den zwei Linien geprägt war, und sie hat ihr endgültiges Stadium sicherlich noch nicht erreicht. Die Entwicklung geht weiter... Sie begann 1949, als Vorsitzender Mao am 1. Oktober in Peking die Volksrepublik China ausrief und damit das Signal zur Umgestaltung eines der ärmsten und am meisten ausgeplünderten Länder der Welt gab. Wohl hatte die KPCh bereits zuvor in den von ihr befreiten Gebieten mit Reformen begonnen, doch nun galt es, diese in großem Maßstab im ganzen Land in Angriff zu nehmen. Der erste Schritt war die Landreform von 1949–1952.

Bis dahin war mehr als 50% des Landes in der Hand der Grundherren, welche nur 4% der Bevölkerung ausmachten. Weitere 6% wurden als reiche Bauern klassifiziert und besaßen an die 20% Land, während die 20% mittleren Bauern nur 15% des Landes in Besitz hatten. Die restlichen 70% der Landbevölkerung, arme Bauern und Landarbeiter, mußten sich mit 10% des bebaubaren Landes begnügen. Diese ungleiche Landverteilung war nicht nur die Ursache berechtigter sozialer Unzufriedenheit, sondern verhinderte auch Fortschritte in der Produktivität, da die eigentlichen Produzenten keine Möglichkeit der Akkumulation hatten: Sofern sie selbst Land besaßen, war es zu klein und konnte sie kaum selbst ernähren, sofern sie welches in Pacht hatten, mußten sie 50% und mehr an die Grundherren abliefern. Im Durchschnitt kamen auf einen Bauern nur 1,6 ha Ackerland, während etwa in Dänemark eine Familie ca. 16 ha bebaut.

Das am 2. Juni 1950 verkündete Gesetz zur Landreform, basierend auf einem Grundsatzprogramm der KPCh aus dem Jahre 1947 sah die Neuverteilung von Boden und Kapital (Werkzeuge und Nutztiere) der Grundherren sowie Überschußkapital der reichen Bauern unter den armen und mittleren Bauern, aber auch unter früheren Grundherren und Angehörigen politischer Gegner vor. Rund 50 Mill. ha, also etwa die Hälfte des bebauten Bodens, wurden unter mehr als 300 Mill. Landbewohner verteilt.

Diese Landreform stand in ihrer Art und Zielsetzung in Übereinstimmung mit der damaligen Wirtschaftspolitik, deren Hauptanliegen die Rehabilitierung der Volkswirtschaft war. Tatsächlich gelang es am Ende dieser Phase, 1952, in allen Produktionszweigen die Höchstergebnisse aus der Zeit vor der Befreiung von 1949 zu erreichen, ja zu überbieten. Die Landwirtschaft steigerte ihren Ertrag von 108 Mill. t des Jahres 1949 auf über 140 Mill. t und übertraf damit die Rekorde von 1936.

Allerdings konnte die nunmehr geschaffene, auf vorwiegend kleinbäuerlichen Betrieben beruhende Struktur der Landwirtschaft keine dauerhafte Lösung

darstellen. Schwierige klimatische Bedingungen in vielen Gebieten Chinas, vor allem die ungleichmäßige Niederschlagsverteilung, machten ausgedehnte Flußregulierungs- und Bewässerungsprojekte notwendig, welche die Möglichkeiten der Kleinbetriebe bei weitem überstiegen. Deren Fähigkeit zur Kapitalakkumulation war äußerst beschränkt, zumal die 1949 zugeteilte Grundausrüstung bescheiden war, man muß sich nur in Erinnerung rufen, daß der gesamte Nutzviehbestand lediglich an die 50 Mill. betrug. Schließlich waren Ungleichheiten zwar wesentlich gemildert, aber keineswegs beseitigt worden, die reichen und mittleren Bauern befanden sich nach wie vor ebenso in einer bevorzugten Position wie ehemaligen Grundherren, sofern sie nicht endgültig vertrieben worden waren, letztere vor allem wegen ihres immer noch bestehenden Bildungsprivilegs sowie mancher, die Reform überdauernder alter Autoritätsstrukturen in den Dörfern.

Zur Vorbereitung einer neuen Phase in der Entwicklung der Landwirtschaft wurden Propaganda- und mobile Hilstrupps gebildet, die vor allem die Organisation von örtlichen Nachbarschaftshilfen förderten, welche 5 bis 15 Familien umfassen konnten und zunächst saisonal beschränkt waren. Viele dieser Gruppen wurden schließlich zu dauerhaften Einrichtungen, welche dazu übergingen, Werkzeuge und Nutztiere gemeinsam zu halten und ihre Mitglieder gemäß ihrem eingebrachten Anteil an „Kapital“ zu entlohnen.

1952 existierten bereits über 8 Mill. solcher saisonaler oder permanenter Gruppen für Nachbarschaftshilfe und umfaßten rund 45 Mill. von insgesamt 113 Mill. ländlicher Familien.

1953 trat der erste Fünfjahresplan in Kraft, der vor allem eine Forcierung der Schwerindustrie vorsah, der mehr als 50% der staatlichen Investitionen zugeordnet waren, während die Landwirtschaft lediglich 6,2% erhalten sollte (von den Bauern selbst vorgenommene Investitionen nicht einbezogen).

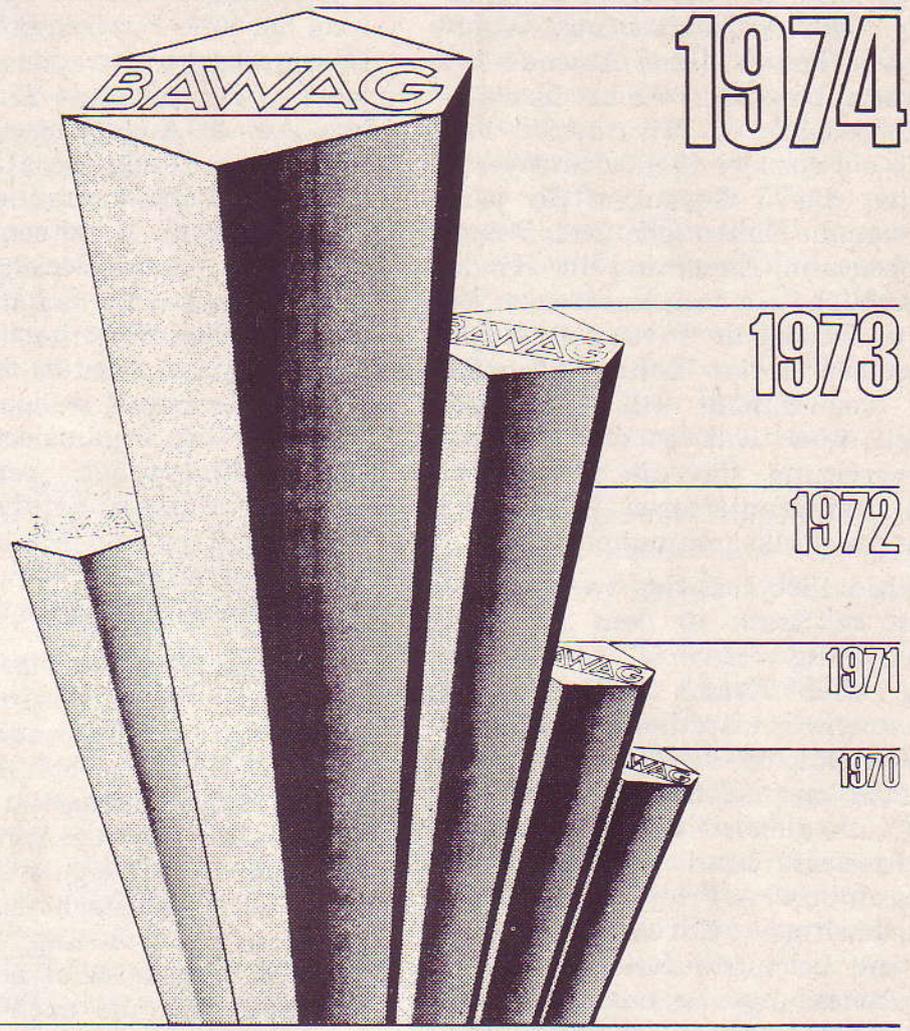
Zur gleichen Zeit sollte die Kollektivierung der Landwirtschaft vorangetrie-

ben werden, machte aber nur zögernde Fortschritte, ja man sprach offen von der Gefahr einer Rückkehr zum kapitalistischen Weg. Noch 1955 beschrieb ein Bericht die Klassenstruktur auf dem Land folgendermaßen: Frühere Grundherren: 3,5%, Alte reiche Bauern: 4,5%, Neue reiche Bauern: 2%, Alte Mittelbauern: 20%, Neue Mittelbauern: 50%, Arme Bauern: 20%.

Um einer unerwünschten Entwicklung zuvorzukommen und größere Produktionseinheiten zu schaffen, die man für besser geeignet hielt, die Landwirtschaft langfristig zu modernisieren, begann man 1953 bis Mitte 1955 mit der Schaffung von landwirtschaftlichen Produktionsgruppen (LPG) des niederen Typs. Diese gingen teilweise aus den Nachbarschaftshilfen hervor und umfaßten 20 bis 40 Haushalte, welche „Kapital“ in den Gemeinschaftsbesitz einbrachten, während die Felder in individuellem Eigentum verblieben. Die Produktion wurde gemeinsam versteuert, ebenso wurde der für Investitionen und Wohlfahrtsausgaben vorgesehene Anteil gemeinsam festgelegt. Der Rest wurde je nach geleisteter Arbeit und eingebrachten Produktionsmitteln verteilt. 1955 gab es bereits 633.000 LPGs niedriger Ordnung, in denen fast 17 Mill. Familien organisiert waren, aber auch noch über 7 Mill. Nachbarschaftshilfen, in denen 60 Mill. Familien erfaßt waren.

1955 gab der Vorsitzende Mao nach einer Inspektionsreise mit einer machtvollen Rede am 31. Juli das Startzeichen zu einer entscheidenden Veränderung der landwirtschaftlichen Struktur. In seinen Ausführungen „Zur Frage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses in der Landwirtschaft“ verhalf er der fortschrittlichen Linie, welche die Umwandlung in sozialistische Produktionsverhältnisse als Vorbedingung der Mechanisierung ansah und nicht umgekehrt, zum Durchbruch. Bis zum Ende des Jahres 1957 waren mit 115 von 120 Mill. Haushalten mehr als 90% der bäuerlichen Bevölkerung in über 700.000 LPGs höherer Ordnung organisiert, die zu diesem Zeitpunkt bereits alle früheren Formen genossenschaftlicher Zusammenschlüsse abgelöst hatten.

504/75



BILANZ 1974



Bilanzsumme	20,4 Mrd. S + 18,4%
Schillinggesamtumsatz ...	1.147,7 Mrd. S + 20,6%
Ausleihungen	12,4 Mrd. S + 18,7%
Spareinlagen	4,6 Mrd. S + 17,8%
Sonstige Einlagen	14,6 Mrd. S + 18,6%
Barliquidität	72,9%

BANK FÜR ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Diese LPGs bestanden aus 100 bis 300 Haushalten (durchschnittlich 160) und bebauten etwa 150 bis 200 ha Land. Sämtliche Produktionsmittel einschließlich des Bodens wurden in Gemeineigentum übergeführt, und die Entlohnung erfolgte nur nach Arbeitsleistung. Wohnhäuser sowie Gärten, deren Ausmaß 10% der Gesamtanbaufläche nicht übersteigen durfte, blieben in Privatbesitz. Ferner wurde ein soziales Sicherheitssystem eingerichtet, das 5 Garantien für jedes Mitglied vorsah: Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnraum, Erziehung der Kinder und schließlich ein angemessenes Begräbnis im Todesfall. So einschneidend die Veränderung der Landwirtschaftsstruktur, verwirklicht in erstaunlich kurzer Zeit, auch war, so war sie doch nur Vorbereitung für die Erreichung eines viel ambitionierteren Zieles: der Schaffung der Volkskommunen.

Im Jahre 1958 trat der zweite Fünfjahresplan in Kraft, in dem in einem „Großen Sprung vorwärts“ „unter Anspannung aller Kräfte mehr, besser, schneller und wirtschaftlicher der Sozialismus verwirklicht“ werden sollte. Mittel dazu war das „Gehen auf zwei Beinen“, d. h. „die gleichzeitige Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, wobei der Schwerindustrie Priorität zukommt, die gleichzeitige Entwicklung von Schwer- und Leichtindustrie, die gleichzeitige Entwicklung von nationaler und lokaler Industrie, die gleichzeitige Entwicklung von Großbetrieben und mittleren und kleinen Produktionseinheiten, und die gleichzeitige Anwendung von modernen und traditionellen Produktionsmethoden.“

Angesichts der Kapitalknappheit und der nach wie vor unvollkommenen Infrastruktur, vor allem was das Transportsystem betrifft, war man bei der Realisierung der ehrgeizigen Vorhaben vor allem auf die bestmögliche Nutzung jenes Faktors angewiesen, der überall in reichem Ausmaß zur Verfügung stand: der Arbeitskraft auf dem Land. Nicht zuletzt für die Mobilisierung der Menschenmassen wurden die in ihrer Art bis dahin unbekanntenen Volkskommunen gegründet. In der Provinz Honan wurden bereits 1957 Experimente mit großen

landwirtschaftlichen Kollektiven durchgeführt, die sich vor allem bei der Durchführung großer Bewässerungsanlagen bewährten. Die Konstituierung der ersten Kommune, welche „Sputnik“ genannt wurde, angesichts der späteren Entwicklung der sino-russischen Beziehungen ein Hintertreppwitz der Weltgeschichte, wurde am 7. August 1958 bekanntgegeben. Am 29. August beschloß das ZK der KPCh eine Resolution „Über die Begründung von Volkskommunen auf dem Lande“, nachdem Vorsitzender Mao schon vorher in einem Bericht über eine Inspektionsreise die Schaffung von Kommunen befürwortet hatte. Innerhalb weniger Monate wurden die 740.000 LPGs höherer Ordnung, in denen mehr als 120 Mill. Familien organisiert waren, in über 26.000 Kommunen umgewandelt, in denen „Industrie, Landwirtschaft, Handel, Erziehung und Militärwesen vereint und die politische Verwaltung mit der Kommuneleitung verschmolzen wurden“.

Bei gigantischen Massenbewegungen, wie sie der Große Sprung vorwärts darstellte, ist mit Umstellungsschwierigkeiten und Reibungsverlusten zu rechnen, und es ist durchaus zu vermuten, daß man sie überwinden hätte können, wären nicht zwei Ereignisse eingetreten, die außerhalb des Entscheidungsbereichs der chinesischen Führung lagen und das Land in eine äußerst schwierige Situation brachten, die auch für die weitere Entwicklung der Kommunen von Bedeutung war.

a) In den Jahren 1959–61 bewirkten schwere Naturkatastrophen einen Rückgang der Ernteergebnisse unter das des Jahres 1957, nachdem 1958 mit über 185 Mill. t eine eindrucksvolle Leistung erzielt werden konnte.

b) 1960 wurden innerhalb weniger Wochen sämtliche russischen Experten unter Mitnahme aller Pläne und Blaupausen abgezogen, die Lieferung von Industrie- und Kapitalgütern wurde eingestellt, und die Rückzahlung aller Kredite gefordert.

Es spricht für die Disziplin und Leistungsfähigkeit des chinesischen Volkes und seiner Führung, daß diese Schwierigkeiten gemeistert werden konnten. Es

gelang, Hungerkatastrophen zu verhindern, auch wenn Unterernährung verbreitet war, und die Preise stabil zu halten. Die Kommunen hatten dabei schon so bald nach ihrer Gründung eine ernsthafte Feuerprobe zu bestehen, und man kann sagen, sie taten es mit Erfolg.

Trotzdem erschien es notwendig, einige Reformen durchzuführen, und die wesentlichen Beschlüsse dafür wurden auf der neunten Plenumsitzung des achten Parteikongresses der KPCh im Januar 1961 gefaßt. So hatten sich die Kommunen als zu groß erwiesen, und die 24.000 ursprünglichen wurden in über 70.000 neue Einheiten umorganisiert, während gleichzeitig den Brigaden und Arbeitsgruppen mehr Kompetenzen zugewiesen wurden.

In dieser Zeit gelang es aber auch im Kampf zwischen den zwei Linien der Gruppe um Liu Shao Shi unter Ausnutzung der heiklen wirtschaftlichen Situation, vorübergehend eine sehr starke Position zu erreichen und verschiedene Veränderungen herbeizuführen, die in klarem Gegensatz zur Politik des Vorsitzenden Mao und seiner Anhänger stand. Unter anderem kam es zur Wiedereinführung von Profitkriterien, von individuellen materiellen Anreizen, zur Vergrößerung der Privatgärten auf dem Land, wo die Bewegung des „san zi yi bao“ um sich griff, kurzum, man war im Begriffe, „die Farbe zu wechseln“ und den „kapitalistischen Weg“ zu gehen. Wohl erholte sich die Wirtschaft in zunehmendem Maße von den Rückschlägen der drei „schwarzen“ Jahre, und bis 1964 hatte man nicht nur die Schulden an die Sowjetunion in der Höhe von 1,5 Mrd. Rubel zurückgezahlt (davon 1 Mrd. Kriegsanleihe für den Koreakrieg), sondern auch in allen Bereichen die Leistungen des Jahres 1957 bei weitem überboten. Doch schien es notwendig, die kapitalistischen Tendenzen energisch zu bekämpfen und zum sozialistischen Weg zurückzufinden, wollte man nicht riskieren, daß der Widerspruch zwischen Unterbau und Überbau zu unlösbaren Problemen führte.

So kam es zunächst zu den vier „Säuberungskampagnen“ auf dem Lande, die sich gegen Korruption und Vettern-

wirtschaft sowie gegen den privaten Grundbesitz bzw. dessen Überhandnehmen richteten, und bei denen sich bereits die wichtige Rolle der Volksbefreiungsarmee abzeichnete. Folgerichtig lautete auch das Motto, unter dem diese Bewegung später auf die Städte übergriff „Lernt von der VBA“. Der „Kampf zwischen den zwei Linien“ kulminierte schließlich in der „Großen proletarischen Kulturrevolution“, die 1966 in Peking ihren Anfang nahm. Vorsitzender Mao persönlich griff in die Geschehnisse ein, als er am 5. August 1966 sein berühmt gewordenes Poster „Bombardiert die Hauptquartiere“ veröffentlichte, und drei Tage später faßte das ZK der KPCh einen wichtigen Beschluß, in dem die Ziele der Kulturrevolution in 16 Punkten festgehalten wurden.

Die folgenden Auseinandersetzungen endeten schließlich mit dem Sieg der Linie des Vorsitzenden Mao und der Entmachtung von Liu Shao Shi und seiner Gefolgsleute. Der neunte Kongreß der KPCh setzte im April 1969 den formalen Schlußpunkt unter die Kulturrevolution. Einige der Ergebnisse waren: Die Gründung von Revolutionskomitees, in denen die „Dreierverbindung“ von Vertretern der Partei, der breiten Massen und der VBA verwirklicht wurde und welche die Leitung in allen Bereichen und auf allen Ebenen übernahmen; die Abschaffung von Profitkriterien und materiellen Anreizen und die Betonung der Bedeutung des politischen Bewußtseins für die Produktion; die Aufwertung der körperlichen Arbeit, die auch für die Kader für einen bestimmten Zeitraum jedes Jahres obligatorisch wurde; die Reform von Erziehung und Ausbildung, welche verkürzt und praxisnäher gestaltet wurde; die Ablösung der traditionellen Kunst zugunsten einer zeitgemäßen, revolutionären, welche geeignet ist, einen Beitrag zur Bewußtseinsbildung der breiten Massen zu leisten; schließlich die Einschränkung der Privatgärten in den Kommunen, welche seither nur mehr 5–7% des gesamten Ackerlandes ausmachen dürfen oder, wie in der Musterbrigade von Dadschai, gänzlich abgeschafft sind.

Seither ist die Volksrepublik China vor allem außenpolitisch aktiv geworden

und sah ihre Bemühungen durch die Aufnahme in die UNO gekrönt, wo sie seit 1971 jene Rolle spielt, die ihr auf Grund ihrer weltpolitischen Bedeutung zukommt. Innenpolitisch konnte ein Putschversuch von Lin Biao rechtzeitig entdeckt und vereitelt werden. Der zehnte Kongreß der KPCh im August 1973 beschloß unter anderem ein neues Parteistatut sowie die Durchführung der gegenwärtigen Anti-Lin-Biao- und Anti-Konfuzius-Kampagne, durch welche das Bewußtsein der Massen weiter gefördert und die Einheit der Partei gestärkt werden soll.

Wir wenden uns nunmehr dem grundlegenden Organisationsschema der Kommunen zu, welches sich in den letzten Jahren als ziemlich stabil erwiesen hat, wenn auch zu beachten ist, daß es hinsichtlich seiner konkreten Ausformungen zu erheblichen Unterschieden kommt, soweit es Größe, Kompetenzverteilung zwischen den verschiedenen Ebenen sowie Mechanisierungsgrad und Leistungsfähigkeit betrifft.

Die Arbeits- oder Produktionsgruppe ist in den meisten Fällen seit 1962 die grundlegende Rechnungseinheit. Aufgrund unserer Informationen ist zu vermuten, daß es in ganz China etwa drei Millionen solcher Gruppen gibt, deren Durchschnittsgröße 40 bis 50 Haushalte beträgt. Dieser Wert wird auch für die Zeit vor 1962 genannt, und da die Gruppen häufig mit kleineren Dörfern oder anderen, bereits vorhandenen Formationen übereinstimmen, ist nicht anzunehmen, daß ihre Zahl allzu stark verändert wurde.

Die Arbeitsgruppe, welche in mancher Hinsicht der früheren LPG niederen Typs entspricht, ist jedenfalls die Einheit, in der die tagtägliche Arbeit organisiert ist. Sie verfügt über die „vier Konstanten“, d. h. das unveräußerliche Produktionskapital: die Arbeitskräfte, die Tiere, die landwirtschaftlichen Geräte einfacher Art (Karren, „Mini-Traktoren“ usw.) und das zur Kultivierung zugeteilte Land. Werkzeuge werden von den Bauern selbst gekauft und verbleiben in deren Besitz, wodurch sie natürlich auch für die Arbeit in den kleinen Privatgärten zur Verfügung stehen.

Die Gruppe diskutiert und vergibt auch die für die Einkommensverteilung maßgeblichen Arbeitspunkte und sie trägt ihre Verluste selbst und behält den Großteil ihres Gewinns. Die Gruppenleitung wird in regelmäßigen Abständen gewählt und hat die laufenden Verwaltungsarbeiten in ihrem Bereich zu leisten.

Die Produktionsbrigade ist die unmittelbar übergeordnete Einheit und umfaßt im allgemeinen 5 bis 10 Arbeitsgruppen bzw. 100 bis 300 Haushalte (erhebliche Abweichungen sind möglich) und entspricht damit ungefähr den alten LPGs höherer Ordnung.

In manchen Kommunen sind die Brigaden die grundlegende Rechnungseinheit, so daß auf sie übertragen werden kann, was eben über die Gruppen gesagt worden ist. Meistens obliegt ihnen aber nur die Kontrolle der Gruppen und die Ausarbeitung von deren Produktionsplänen.

Die Brigaden sind zumeist im Besitze der technisch fortgeschritteneren Produktionsmittel, wie großer Traktoren, Lastautos, landwirtschaftlicher Maschinen usw., und sie unterhalten auch die entsprechenden Reparatur- und Wartungsstationen. Oft richten sie auch kleinere Fabriken, meist für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte oder zur Kunstdüngererzeugung ein. Sie führen Bewässerungsprojekte durch, welche den Rahmen der Gruppen sprengen, und sie stellen Arbeitsgruppen für Aufforstungen oder für die Fischzucht auf. Auch Gewächshäuser, Hühnerfarmen oder Kaufläden werden oft von den Brigaden betrieben, und die berühmte Brigade von Dadschai hat sogar ein eigenes Spital. In praktisch allen Brigaden gibt es Sanitätsstationen, in denen die sogenannten Barfußärzte tätig sind, welche im Produktionsprozeß weitgehend integriert sind und im Bedarfsfalle zur Verfügung stehen. Auch Kindergärten und Grundschulen sind häufig auf Brigadeebene organisiert. Seit der Kulturrevolution wird die Brigade von einem Revolutionskomitee geleitet, in dem die Dreierverbindung verwirklicht ist und in das die Gruppen ihre Delegierten entsenden. Die Produktionspläne werden von den

Brigaden nach Konsultation der Gruppen über die Kommune an die Bezirksplanungsbehörde weitergegeben, von der sie begutachtet und nach Diskussion und eventueller Abänderung genehmigt werden.

Die Kommune kann zwischen 10 und 30 Brigaden umfassen. Derzeit dürfte es etwa 50.000 geben, wobei die Einwohnerzahl zwischen 10.000 und 75.000 schwanken kann, und dementsprechend unterschiedlich sind auch die Flächen, die sie umfassen.

Sie hat die Funktionen der kleinsten Einheit der alten Bezirksverwaltung übernommen: Registrierung von Geburten, Todesfällen und Heiraten, Schlichtung ziviler Streitigkeiten sowie das Kommando über die Ortsmiliz (Polizei, Gerichte und Einziehung zum Wehrdienst unterstehen den Kreisbehörden, eine allgemeine Wehrpflicht bei der Volksbefreiungsarmee gibt es aber, zumindest de facto, nicht). Das Revolutionskomitee ist mit seinem Stab von zehn bis zwanzig Mitgliedern verantwortlich für die äußeren Finanz- und Handelsbeziehungen der Brigaden, für die Unterstützung und Koordinierung der Brigadepläne, für die Gestaltung von Investitionsplänen und die Leitung von Unternehmungen, die einen größeren Maßstab erfordern als die LPGs, für den Unterhalt von Schulen und Krankenhäusern, für die Analyse der praktischen Erfahrungen, die Verbreitung besserer Techniken usw. Dieses von J. Robinson 1963 gezeichnete Bild trifft auch heute noch im wesentlichen zu. Der Bau von Kraftwerken und die Einrichtung von Kaufläden obliegt ebenfalls in den meisten Fällen den Kommunen. Sie ist vor allem für die Mittelschulen zuständig, wobei aber die Lehrkräfte vom Staat bezahlt werden.

Das Revolutionskomitee wird von den Vertretern der Brigaden für zwei Jahre gewählt und tritt zweimal im Jahr zusammen. Es bestimmt aus seiner Mitte einen Ausschuß, welcher das laufende Management wahrnimmt und einmal in der Woche zusammentritt.

Die Kommune untersteht dem Revolutionskomitee des Kreises, der nächstgrößeren Einheit des chinesischen

Staatsaufbaues. Diese betreiben größere Fabriken, Kraftwerke und andere Unternehmungen und führen Bewässerungsprojekte in größerem Rahmen durch. Die übergeordneten Einheiten sind die 22 Provinzen (einschließlich Taiwan), drei regierungsunmittelbaren Städte (Peking, Shanghai, Tientsin) sowie die fünf autonomen Bezirke (Innere Mongolei, Ninghsia, Kwanghsi, Sinkiang, Tibet), welche unmittelbar der Zentralregierung unterstehen, da die geografischen Regionen wie Nordost-China (Mandschurei), Zentralchina usw. keine administrative Bedeutung mehr haben.

Generell ist beim Aufbau des chinesischen Staatswesens, der von der Arbeitsgruppe in der Kommune (bzw. dem Straßenkomitee in den Städten) bis zur Zentralregierung zahlreiche Stufen umfaßt, folgendes Prinzip verwirklicht: Der Einheit einer bestimmten Ebene obliegt die Überwachung und Koordinierung der Tätigkeiten der ihr unterstellten Einheiten, für welche sie auch die Pläne ausarbeitet, sowie die Durchführung von Projekten und Dienstleistungen, welche die Möglichkeiten der Untergruppen überschreiten. Dabei sind ihre Aktionen mit den Planungen einer übergeordneten Einheit in Übereinstimmung zu bringen. Dadurch soll erreicht werden, daß sowohl die Vorteile einer größtmöglichen Dezentralisation als auch einer rationalen Planung genutzt werden.

Ein wichtiger Teilaspekt der Kommune ist ihre Finanzstruktur. Das Einzelmitglied einer Kommune hat verschiedene Einnahmequellen, deren wichtigste der Anteil am Einkommen der Gruppe ist. Dieser wird nach dem Arbeitspunktesystem berechnet, wobei es verschiedene Varianten gibt. Für jeden Arbeitstag können zwischen 6 und 10 Arbeitspunkte vergeben werden, welche aufaddiert werden und am Ende der Produktionsperiode über den Anteil am Gruppeneinkommen entscheiden. Die Arbeitsbeurteilung jedes einzelnen erfolgt fallweise, wöchentlich, monatlich oder jährlich, nach ausführlicher Diskussion in der Gruppe. Ein Teil der Entlohnung erfolgt in Naturalien, vor allem Lebensmittel, der Rest in Bargeld. Weitere Einnahmequellen sind der Ertrag der Privatgärten sowie

der privaten Tierhaltung (viele Familien halten zwei oder drei Schweine oder ein paar Hühner, welche sie am Ende des Jahres zu festgesetzten Preisen verkaufen können). Schließlich gibt es die Möglichkeit, in Brigade- oder kommuneeigenen Betrieben, soweit vorhanden, fallweise oder ständig zu arbeiten, oder, je nach geographischer Lage, in nahegelegenen Städten oder Industrieansiedlungen Beschäftigung zu finden. Um das Entstehen zu großer Einkommensunterschiede zu verhindern, wird dabei oftmals ein Teil des Lohns an die Gruppe überwiesen und steigert so nicht nur das individuelle, sondern auch das kollektive Einkommen.

Das Haupteinkommen der Gruppen stellen die Ernten dar. Diese werden, sofern sie zum Verkauf bestimmt sind, fast gänzlich dem Einkaufsamt der Regierung übergeben. Die abzuliefernden Quoten werden vorher festgelegt, wobei das Ergebnis von drei Jahren, meist je eines mit durchschnittlichem, besonders gutem und besonders schlechtem Ertrag als Berechnungsgrundlage dient. Im Einzelfall kann dabei recht unterschiedlich verfahren werden, so können Quoten über mehrere Jahre fix gehalten werden, oder aber man berücksichtigt technische Verbesserungen und Inbetriebnahme neuer Bewässerungsanlagen usw. Überall aber wird Wert darauf gelegt, daß die ausreichende Versorgung der Gruppe selbst gesichert ist (Mißernten gehen auf Kosten des Inlandverbrauches) und daß die Gruppen ausführlich konsultiert werden, so daß sie faktisch selbst bestimmen, wieviel sie abliefern können. Wird das Plansoll übererfüllt, so kann der Mehrertrag an den Staat verkauft werden, wobei ein Prämienzuschlag gewährt wird, häufig werden die Gruppen aber auch aufgefordert, Vorräte anzulegen. Tatsächlich gibt es gemäß den Richtlinien des Vorsitzenden Mao, auf Katastrophen und den Kriegsfall vorbereitet zu sein, Vorratslager auf allen Ebenen, von der Einzelfamilie bis zur Provinz, und sie werden bereits als groß genug eingeschätzt, die Ernährung der Bevölkerung für ein Jahr zu garantieren.

Bei Kommunen, die in der Nähe von großen Städten gelegen sind, kommt es meist auch zu direkten Lieferverträgen,

wobei aber die Preise vom Staat vorgegeben sind. Privatmärkte haben seit der Kulturrevolution stark an Bedeutung verloren und unterliegen strengen Kontrollen und Restriktionen. Die Obergrenzen der Preise sind fixiert, und der Ankauf von Gütern zum Zwecke des Weiterverkaufs auf privater Ebene ist verboten.

Über die Verteilung des Bruttoeinkommens bestimmt die Gruppe in Übereinstimmung mit den Plänen der Brigade und Kommune. Zunächst sind Abzüge zu machen, die in vier Gruppen zusammengefaßt werden können:

1) Landwirtschaftssteuer: Diese stammt aus der Zeit der Landreform, als sich die Grundstücke noch in Privatbesitz befanden. Die Angaben über das Steuersystem sind widersprüchlich, und es dürfte tatsächlich erhebliche regionale Unterschiede in seiner Handhabung geben. Sie betrug ursprünglich 11–13% des Ertrags im Basisjahr, blieb aber seither dem absoluten Betrag nach unverändert und beträgt aufgrund der Produktivitätssteigerungen heute im Durchschnitt 4–6%. Verschiedenen Quellen zufolge werden nur hochwertige Nahrungsmittel versteuert, während Getreide (unverarbeitet) steuerfrei ist, andere sprechen davon, daß die Steuern auf Kommuneebene eingehoben werden und sämtliche Einkünfte umfassen, und es gibt auch Berichte, daß sie alljährlich berechnet wird und 5% des Ertrags umfaßt, Einstimmigkeit herrscht jedoch darüber, daß ihr Anteil am Staatsbudget mit ca. 10% gering ist (während der Anteil der Landwirtschaft am Bruttonationalprodukt mit 25% immer noch hoch ist, und sie gar 50% zum Export beiträgt).

2) Kosten: Diese umfassen Saat, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, aber auch Reparaturen an Maschinen und die Inanspruchnahme verschiedener Dienstleistungen, welche von Brigade oder Kommune zur Verfügung gestellt werden. Zieht die Gruppe (oder Brigade) Nutzen aus Einrichtungen anderer Gruppen (oder Brigaden), wie etwa aus Bewässerungskanälen oder Kraftwerkstationen, so sind verschiedene Formen der Kompensation möglich, und die diesbezüglichen Vereinbarungen werden in-

dividuell getroffen. Der Kostenanteil dürfte im Durchschnitt etwa 30% betragen.

3) Der Akkumulationsfonds: Er gehört dem Team, darf aber für Großprojekte nur verwendet werden, wenn die Kommune ihre Zustimmung gibt. 10 bis 15% scheint eine plausible Schätzung für seinen Anteil zu sein.

4) Der Wohlfahrtsfonds: Er beträgt 1 bis 2% des Bruttoeinkommens und dient zur Unterstützung nicht mehr erwerbsfähiger Mitglieder, alleinstehender alter Leute und trägt zur Deckung der Kosten für Kliniken und Schulen bei.

Mitunter werden auch von den Brigaden oder Kommunen Umlagen eingehoben, doch fallen diese möglicherweise unter Punkt 2) oder 3). Insgesamt dürfte im Durchschnitt ein Anteil am Bruttoeinkommen von 50–60% zur Verteilung unter die Gruppenmitglieder verbleiben.

Brigaden und Kommunen beziehen ihr Einkommen vor allem aus ihren Unternehmen, wobei sie entweder die Produkte ihrer Fabriken und Dienstleistungsbetriebe nach außen, zumeist an staatliche Einkaufsstellen, verkaufen oder den Teams gegen entsprechendes Entgelt zur Verfügung stellen. Umlageerhebungen von Brigaden und Kommune zusammen dürfen 20% der Akkumulationsfonds der Gruppen nicht überschreiten. Die Kader auf Kommuneebene werden vom Staat bezahlt, in der Tat leisten sie ja überwiegend staatliche Verwaltungsarbeit, während ihnen auf den unteren Ebenen Arbeitspunkte für ihre Tätigkeit gutgeschrieben werden.

Soweit Aufbau und Organisationsstruktur der Kommunen, wobei die erheblichen regionalen Differenzierungen im Auge behalten werden sollten.

Wir wenden uns nun der Frage zu, ob und warum die Kommunen in der Lage waren, sind und auch in Zukunft sein werden, das Rückgrat der chinesischen Wirtschaft zu bilden.

Die chinesische Bevölkerung ist in den 25 Jahren seit der Befreiung von 500 Mill. Menschen auf 800 Mill. gewachsen, während gleichzeitig der Getreideertrag von 108 Mill. t (bzw. 145 Mill. t des Jah-

res 1952) auf über 250 Mill. t gestiegen ist, d. h. daß im Durchschnitt die Nahrungsmittelproduktion rascher gewachsen ist als die Bevölkerung. Ausreichende Bevorratung und ein effizientes Verteilungssystem stellen sicher, daß auch bei schlechteren Ernten niemand zu hungern braucht. Wichtig ist dabei vor allem, daß immer mehr Gebiete zur Selbstversorgung in der Lage sind.

Allerdings ist China noch immer ein armes Land, gemessen am Standard der westlichen, entwickelten Welt. Die Ernährung ist zwar ausreichend, aber nicht eben überreichlich, und der Lebensstandard ist nach wie vor niedrig. Angesichts der relativ hohen Bevölkerungszuwachsrates von fast 2%/Jahr steht die Landwirtschaft vor dem schwierigen Problem, die Pro-Kopf-Produktion wenigstens nicht absinken zu lassen, wenn möglich aber zu steigern. Welches sind die technischen Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen:

1) Geburtenbeschränkung: Wohl sagt ein chinesisches Wort, daß ein Mensch nicht nur mit einem Mund geboren wird, um zu essen, sondern auch mit zwei Händen, mit denen er seine Nahrung produzieren kann, doch benötigt er dazu offenbar auch fruchtbaren Boden und andere Produktionsmittel, daher scheint auch langfristige Familienplanung eine wichtige Möglichkeit, Nahrungsangebot und -nachfrage in Übereinstimmung zu bringen.

2) Erschließung von Neuland, Urbarmachung bisher nicht genutzten Bodens: Mit 120 Mill. ha werden nur etwa 13% der Gesamtfläche Chinas bebaut, die Schätzung über potentiell nutzbares Land gehen aber weit auseinander, und nach dem derzeitigen Stand der Technik dürften diejenigen, die eine Verdoppelung des Ackerlandes für möglich halten, doch etwas zu optimistisch sein.

3) Bewässerungsanlagen: Während 1950 weniger als 20% des Ackerlandes bewässert waren, stieg dieser Anteil auf über 50% (nach vorsichtiger Schätzung) in der Gegenwart.

4) Kunstdünger: Während die Kunstdüngerproduktion 1952 188.000 t betrug, zu denen 137.000 t an Importen

kamen, wurden 1970 bereits 14 Mill. t erzeugt und weitere 6 Mill. t eingeführt. Allerdings verwenden die Chinesen damit immer noch lediglich $\frac{1}{4}$ der japanischen Kunstdüngemittel pro ha.

5) Mechanisierung: Aufgrund der speziellen Situation Chinas hat dabei die Mechanisierung der Drainage und Bewässerung Vorrang vor dem Einsatz der Traktoren. Doch sind auf diesem Gebiet die Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft.

6) Verbessertes Saatgut: 1957 wurde die Akademie für Agrarwissenschaft gegründet, deren Forschungsarbeiten auf sehr hohem Niveau stehen. Daneben gibt es ein Netzwerk lokaler Institute, die in enger Zusammenarbeit mit möglichst vielen Bauern neues Saatgut und neue Anbaumethoden erproben.

Die 6 angeführten Punkte zur Lösung des Nahrungsproblems dürften kaum umstritten und für alle Entwicklungsländer, und nicht nur diese, zutreffend sein. Welche Möglichkeiten aber bietet das chinesische System, d. h. die Kommune, um sie zu verwirklichen:

1) Geburtenkontrolle:

a) Das chinesische (ländliche) Gesundheitssystem, welches zu einem großen Teil auf dem Einsatz der „Barfußärzte“ beruht, legt sein Hauptgewicht auf die Prophylaxe. Dadurch, daß die Barfußärzte häufig aus den Reihen der Dorfbewohner hervorgehen, in jedem Fall aber in den Produktionsprozeß integriert sind, kennen sie nicht nur die Mentalität und Denkweise der ländlichen Bevölkerung genau, sondern werden von ihr auch eher akzeptiert als „fremde Experten“, die fallweise in die Dörfer gehen und gelehrte Vorträge über Familienplanung halten. Eine wichtige Barriere bei der Einführung von Empfängnisverhütungsmitteln fällt somit weg.

b) Das gut ausgebaute System der sozialen Sicherheit verringert die Bedeutung eines der Motive, viele Kinder zu haben, nämlich die Altersvorsorge.

c) Schließlich wurde durch die intensiven Schulungs- und Erziehungsbemühungen des Staates sowohl der Bildungsstand als auch das Bewußtsein der Bau-

ern entscheidend gehoben, ein Umstand, der auch für alle anderen oben genannten Punkte von Bedeutung ist. Insbesondere scheint es keine religiösen Hindernisse für den Gebrauch kontrazeptiver Mittel zu geben.

2) Die angeführten Punkte 2)–6) sind vielfach miteinander verknüpft, bedingen oder ergänzen einander und bedürfen zu ihrer Durchführung häufig der gleichen Voraussetzungen und Faktoren. Als deren wichtigster darf im gegenwärtigen Stadium wohl die Arbeitskraft genannt werden.

Die Motivation und das Bewußtsein der chinesischen Bauern scheinen hoch zu sein. Das Einkommen des einzelnen ist vom Gruppeneinkommen unmittelbar abhängig, und die Überschaubarkeit dieser Einheit bewirkt, daß sich jeder für jeden verantwortlich fühlt und offensichtlich asoziales Verhalten, d. h. mangelhafter Einsatz für die Gemeinschaft, relativ leicht verhindert werden kann. Auch der Umstand, daß das Verteilungssystem „gerecht“ ist, d. h. kaum Gelegenheit für persönliche Bereicherung bietet und die Partizipation aller am steigenden Wohlstand gewährleistet, wirkt stimulierend.

Das Ausbildungsniveau des ländlichen Arbeiters ist relativ gut und dürfte in den kommenden Jahren noch erheblich gesteigert werden. Dies ist zunächst auf die gewaltigen Anstrengungen für den Aufbau und die ständige Verbesserung des Schul- und Ausbildungssystems zurückzuführen, die bislang in der Tatsache ihren Niederschlag gefunden haben, daß bereits alle Chinesen, die 45 Jahre oder jünger sind, lesen und schreiben können, während die Analphabetenrate 1949 noch 95% betrug. Bedenkt man die speziellen Schwierigkeiten der chinesischen Schrift und Sprache, so ist diese Leistung in der Tat eindrucksvoll.

Die enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis, nicht nur in der Ausbildung, welche darin zum Ausdruck kommt, daß alle Schüler für eine bestimmte Zeit im Jahr in die Kommunen geschickt werden, um dort von den Bauern zu lernen, und daß alle Kader zeitweilig auf dem Land körperlich arbeiten, hilft allen Beteiligten, die Widersprüche

zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, zwischen Stadt und Land, zwischen Theorie und Praxis zu bewältigen. Die Bauern werden angeregt, gemäß den Anweisungen des Vorsitzenden Mao, wissenschaftliche Experimente durchzuführen, und die Intellektuellen und Wissenschaftler werden mit den Erfahrungen der Bauern vertraut und lernen die konkreten Bedingungen, unter denen ihre Erkenntnisse angewendet werden sollen, genau kennen.

Da in immer mehr Kommunen kleine und mittlere Produktionsbetriebe eingerichtet werden, ist es einer steigenden Zahl von Landarbeitern möglich, Erfahrungen in der industriellen Produktion zu sammeln. Dabei werden sie durch intensiven Erfahrungsaustausch unterstützt, wobei vor allem auch Arbeiter von größeren Produktionsbetrieben als Berater eingesetzt werden. Dies ist offensichtlich nur möglich, weil keine Konkurrenzsituation und somit kein Interesse an einem Informationsmonopol besteht. Jedenfalls erleichtern diese Erfahrungen den Einsatz und die Propagierung mechanischer Hilfsmittel in der Landwirtschaft.

Neben diesen qualitativen Aspekten spielt natürlich die Quantität der Arbeit bzw. deren optimaler Einsatz eine entscheidende Rolle. Gerade dafür bietet die Organisationsform der Kommune hervorragende Bedingungen. So stieg etwa die Zahl der Arbeitstage pro Jahr von 190 auf mehr als 250 für den durchschnittlichen, arbeitsfähigen Mann. Bei der Durchführung der großen Flußregulierungsprojekte stellten vorwiegend die Kommunen die Arbeitskräfte und kamen auch zu einem beträchtlichen Teil für ihre Lebenshaltungskosten auf, solchermaßen den Staat entlastend.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Motivationsstruktur der Bauern, hart zu arbeiten und ihr Bestes zu geben, vielversprechend ist, daß ihre Bereitschaft und Fähigkeit, fortschrittlichere Methoden anzuwenden, ja bei ihrer Entwicklung mitzuhelfen, bereits jetzt groß ist und weiter verbessert werden dürfte, und daß alle organisatorischen Voraussetzungen zur Nutzung der Arbeitskraft gegeben scheinen.

Jedoch ist die Arbeit nur ein Faktor, und die Bereitstellung von Kapital, d. h. von technischem Gerät und fortschrittlichen Produktionsmitteln ist, zumindest längerfristig, nicht minder wichtig.

Dabei spielen natürlich die großen staatlichen Fabriken eine entscheidende Rolle, und die offizielle Politik versucht, die Kommunen in die Lage zu versetzen, die Kapitalgüter zu erwerben und zum Einsatz zu bringen. Dies geschieht dadurch, daß die „Terms of Trade“ zwischen Landwirtschaft und Industrie zugunsten der ersteren verändert werden, d. h. die vom Staat gezahlten Preise für landwirtschaftliche Produkte werden von Zeit zu Zeit angehoben, während die Preise für Industriegüter konstant bleiben. Eine andere Möglichkeit ist die Gewährung von Krediten, von der allerdings möglichst sparsam Gebrauch gemacht wird.

Jedoch ist die Kapazität der großen Fabriken ebenso wie die der Transportmittel nach wie vor beschränkt, so daß die Kommunen seit dem großen Sprung vorwärts zur aktiven Selbsthilfe ermuntert werden. So wurden zahlreiche kleine und mittlere Produktionseinheiten geschaffen, in denen Kunstdünger, einfachere Geräte, Zement, Ziegel und andere Produkte hergestellt werden. Diese Fabriken sind arbeitsintensiv und haben nur eine sehr kurze Konstruktionsphase, d. h. sie können sehr rasch mit der Produktion beginnen. Da die Arbeit in der Landwirtschaft sehr ungleichmäßig anfällt, ist auch die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeiter in den Fabriken je nach Jahreszeit schwankend, so daß kapitalintensivere Produktionsmethoden zu längeren Perioden erheblicher Leerkapazitäten führen würden. Jedenfalls stellen die kommunalen Fabriken eine bedeutende Ergänzung der staatlichen Großbetriebe dar und dürften in Zukunft noch an Wichtigkeit gewinnen.

Wir sind der Meinung, daß in China die strukturellen und sozialen Voraussetzungen bereits vorhanden sind, um in einem langsamen, aber stetig voranschreitenden Prozeß die genannten 6 Punkte zu verwirklichen, und daß die technischen Faktoren bewältigt werden können. Unter der Voraussetzung, daß es

zu keinen größeren internationalen Konflikten kommt und daß sich die innenpolitische Szenerie nicht dramatisch ändert, d. h. daß im Kampf zwischen den Linien die revolutionäre siegreich bleibt und unvermeidliche Rückschläge nicht zur Resignation, sondern zu vermehrten Anstrengungen führen, wie dies in der Vergangenheit immer wieder der Fall war, so scheint folgende Entwicklung plausibel: Die Hauptanstrengungen gelten der Sicherung des bisher Erreichten, d. h. die Flußregulierungs- und Bewässerungssysteme werden weiter ausgebaut, gefestigt und mechanisiert, und die Bodenqualität wird verbessert. Die Neugewinnung von Ackerland beschränkt sich vorwiegend auf bislang ungenutzte Flächen im unmittelbaren Bereich der Brigade oder Kommune, wie das etwa in Dadschai oder in Sa Sch Ü (Produktionsbrigade Sandsteintal) so eindrucksvoll vorexerziert wurde. Gleichzeitig wird die Produktion von besserem Saatgut und von Kunstdünger forciert und in immer weiteren Teilen des Landes verbreitet. Dies führt zu Ertragssteigerungen, welche sowohl zu einer Hebung des Lebensniveaus als auch für eine Ausweitung der Investitionen genutzt werden. Diese können sowohl für den Ausbau der kommunalen Kleinindustrie als auch für die Mechanisierung der Landwirtschaft eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang werden die kommunalen Betriebe an Bedeutung weiter zunehmen, da sie ungemein ausbaufähig sind und auch bei einer maximalen Mechanisierung der Landwirtschaft, welche eine ganz erhebliche Freisetzung von Arbeitskräften bewirken würde, diese nutzbringend beschäftigen könnten. Dadurch würde aber auch das Problem der Landflucht, dem viele Länder hilflos gegenüberstehen, schon an seiner Entstehung gehindert und die Schwierigkeiten der Verstädterung vermieden.

Mit steigender Mechanisierung der Landwirtschaft wird vermutlich die Produktionsgruppe an Bedeutung verlieren. Für den rationellen Einsatz von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Geräten sind relativ große Felder notwendig, so daß die Produktionsbrigade

weitgehend die Rolle der Gruppen übernehmen wird. Dies wird verstärkt durch das immer stärkere Engagement der gegenwärtigen Bauern in industriellen Produktionsstätten, so daß der Anteil der unmittelbar in der Landwirtschaft Beschäftigten abnehmen wird. Dafür dürfte es zu einer Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen kommen, vor allem zu einem weiteren Ausbau des Gesundheitswesens sowie der Schulung und Erziehung.

Aufgrund der engen Verflechtung von landwirtschaftlicher und industrieller Produktion im Bereich der Kommune ist anzunehmen, daß dem Problem des Umweltschutzes die angemessene Bedeutung zugemessen wird. Sofern die Fabriken durch Abwässer, Abgase und sonstige Abfälle die landwirtschaftliche Produktion beeinträchtigen, beide aber von der Kommune unterhalten werden, ist die Möglichkeit eines effizienten Feedback gegeben, und die Gefahr individuellen Profitmaximierens ohne Rücksicht auf die natürliche und menschliche Umwelt ist zumindest verringert.

Oben skizzierte Entwicklung dürfte von jeder Kommune und jeder Provinz früher oder später durchgemacht werden. Allerdings sind die Ausgangsbedingungen verschieden, so daß der Zeitpunkt, zu dem diese Entwicklung einsetzt, nicht einheitlich ist. Dies hilft den staatlichen Großbetrieben, eine möglichst adäquate Versorgung der Landwirtschaft anzustreben, da die Nachfrage nach Kapitalgütern nicht schlagartig, sondern sukzessive auftritt. Andererseits eröffnet sich eine Möglichkeit der Gefahr von allzugroßen Einkommensunterschieden zwischen verschiedenen Kommunen bzw. Regionen, welche ohne staatliche Eingriffe die Tendenz hätten, sich zu vergrößern, entgegenzutreten, da die Industrie durch die Entwicklung weitgehend autonomer Kommunen oder zumindest Bezirke (autonom im wirtschaftlichen Sinn) entlastet würde und ihre Anstrengungen auf weniger entwickelte Gebiete konzentrieren könnte.

Es übersteigt aber bei weitem die Möglichkeiten des Verfassers, und nicht nur dessen, abzuschätzen, in welchem Zeitraum damit zu rechnen ist, daß die

Kommunen hochmechanisierte Einheiten sind, in denen landwirtschaftliche und industrielle Produktion eine integrierte Gesamtheit bilden und ein Lebensniveau erreicht wird, welches hoch genug ist, um den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus anzuzeigen. Angesichts der gegenwärtigen Situation ist es bereits ein großes Ziel, die Ernährung der Bevölkerung weiterhin zu sichern, das Lebensniveau zu steigern und „die Stra-

ße zum Sozialismus“ weiterzugehen. Die Kommunen dürften sehr wohl in der Lage sein, eine sozio-ökonomische Struktur zu bilden, welche stimulierend genug ist, weitere Fortschritte zu gewährleisten, welche fest genug ist, Rückschläge zu überwinden, und welche elastisch genug ist, auf veränderte Bedingungen entsprechend zu reagieren. Sie werden auch in absehbarer Zukunft, vielleicht für eine sehr lange Zeit, das Rückgrat der chinesischen Wirtschaft bilden.

Das „Österreichische China-Forschungsinstitut“ kann infolge der Beteiligung prominenter Politiker beider großen österreichischen Parteien sowie der Teilnahme von Angehörigen der Interessensvertretungen und sonstiger Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft auf eine breite gesamtösterreichische Basis hinweisen.

Im Rahmen seiner Bestrebungen, das Studium des gegenwärtigen Chinas zu fördern, ermöglicht das Institut das Erscheinen des „China-Report“. Die in dieser Zeitschrift geäußerten Meinungen sind die der jeweiligen Verfasser und sind dem Institut nicht zuzurechnen, da dieses insbesondere zu politischen Problemen keine eigene Stellungnahme bezieht.



Das „Österreichische China-Forschungsinstitut“ hat sich als Verein konstituiert. Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in: ordentliche, fördernde, korrespondierende Mitglieder (ausländische juristische oder physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts), außerordentliche Mitglieder (österreichische physische Personen, denen grundsätzlich die gleichen Rechte wie ordentlichen Mitgliedern zukommen, ausgenommen des aktiven und passiven Wahlrechts). Die Mitglieder erhalten kostenlos die Zeitschrift, die sonstigen Publikationen des Vereins zu Selbstkosten. Sie können Einrichtungen des Vereins, wie etwa Bibliothek, Archiv oder Statistiken nach Maßgabe der räumlichen und zeitlichen Möglichkeiten kostenlos benutzen.



GESPRÄCH MIT DEM JAPANISCHEN LIBERALDEMOKRATISCHEN POLITIKER UND MINISTER A.D. HIDEJI KAWASAKI vom 28. Juli 1975

Gerd Kaminski: Sie sind innerhalb der Liberaldemokratischen Partei Japans (LDP) einer der Pioniere für die Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China. Würden Sie bitte einen kurzen Überblick über die Entwicklung und die Art Ihrer Kontakte zu chinesischen Politikern, insbesondere zu Ministerpräsident Tschou En-lai, geben.

Hideji Kawasaki: Ich hatte mit dem bekannten japanischen Politiker Kenzo Matsumura ein enges Verhältnis, der seinerseits mit Ministerpräsident Tschou En-lai sehr gut befreundet war. Damals herrschte in der LDP noch eine ganz andere Meinung über die VR China. Am Anfang war Matsumura der einzige LDP-Abgeordnete, der für eine Normalisierung der Beziehungen zur VR China eintrat und alle anderen LDP-Abgeordneten waren dagegen. Als hingegen die Normalisierung der Beziehungen endlich beschlossen wurde, waren von 280 LDP-Abgeordneten 200 dafür. Das ist eine große Mehrheit, woran die 60-70 Mann starke Taiwan-Lobby in der LDP nichts ändern konnte und auch nicht die 2-3 prosovjatischen LDP-Abgeordneten. - Bis zu diesem Stand führte allerdings ein sehr langer Weg. Als ich 1964 mit der privaten Matsumura-Delegation nach China fuhr, war man innerhalb der LDP über diese Aktivität sehr aufgebracht. Damals traf ich zum ersten Mal mit Ministerpräsident Tschou En-lai zusammen und habe ihn danach in den Jahren 1970-75 noch neun weitere Male getroffen. Ich schätze ihn als sehr rationalen kommunistischen Politiker ein. Von großer Bedeutung sind seine Auslandserfahrungen und Flexibilität. Wir haben in Japan ein Sprichwort: "Man muß zuerst den Standpunkt des anderen kennen, um seine eigene Meinung zur Geltung zu bringen." Tschou En-lai ist ein Meister in der Anwendung dieser Maxime. Er ist stets kontaktfreudig und zu langen Gesprächen bereit.

Gerd Kaminski: Es ist von europäischen China-Spezialisten die Meinung vertreten worden, die chinesische Haltung zu den USA sei vergleichsweise viel weicher als die Haltung gegenüber Japan. Wie stehen Sie zu dieser Ansicht?

Hideji Kawasaki: Ich beurteile die chinesische Haltung gegenüber Japan nicht als hart. Gegenwärtig stellt natürlich der Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit China das Hauptproblem dar. Da im November 1974 die Sowjetunion gegen den in Aussicht genommenen Vertrag protestiert hat, da er als Militärbündnis gegen die Sowjetunion zu werten sei, ist die Entscheidung vom japanischen Premierminister verschoben worden. Daher hat der Präsident der Japanisch-Chinesischen Gesellschaft erst kürzlich erklärt, die japanisch-chinesischen Beziehungen seien an einem Tiefpunkt angelangt. Ich glaube aber, daß der japanische Premierminister nach in den USA mit Präsident Ford und Außenminister Kissinger geführten Gesprächen zu einer Entscheidung kommen wird. Was die USA betrifft, so nimmt China ihnen gegenüber daher eine im Vergleich zu Japan etwas besänftigendere Haltung ein, da es fürchtet, die Sowjetunion könnte in von den USA aufgegebenen Positionen nachrücken.

Gerd Kaminski: Gegenwärtig sind die japanisch-sowjetischen Beziehungen durch die Diskussion um die Rückgabe der Nordinseln getrübt. Andererseits gibt es auch eine japanisch-chinesische Meinungsverschiedenheit um eine Inselgruppe, nämlich die der (von japanischer Seite) so bezeichneten Senkaku-Inseln. Besteht hier nicht - vor allem unter Berücksichtigung der Interessen an den angeblich dort befindlichen Ölvorkommen - die Möglichkeit eines ernstern Konflikts?

Hideji Kawasaki: Ich sehe hier keine Wahrscheinlichkeit für einen künftigen Konflikt, da die Zugehörigkeit dieser Inselgruppe meiner Meinung nach kein wesentliches Problem darstellt. Nur der rechte Flügel der LDP nimmt in diesem Zusammenhang einen harten Standpunkt ein. Ich meine, daß der japanisch besiedelte Teil der Inselgruppe an Japan und der chinesisch besiedelte an China gehen sollte. Eine Analogie zu den japanischen Nordinseln kann weder der Nähe zum japanischen Territorium nach noch hinsichtlich der Zahl der Einwohner gezogen werden, da auf der nun sowjetisch okkupierten Insel Kunashiri vor dem 2. Weltkrieg 5.000 Japaner wohnten und auf Etorofu 3.000.

Was die Ölvorkommen betrifft, so scheinen sie sich neueren Erkundungen nach weniger im Bereich der Senkaku-Inseln zu konzentrieren, als im chinesischen Festlandsockel, etwa zwischen Tientsin und Tsingtao. Gruppen, die sich auf Okinawa zwecks Verteidigung von Ansprüchen auf sämtliche Senkaku-Inseln gebildet haben, sind sehr klein und haben keinen Einfluß auf die Entscheidung der japanischen Regierung.

Gerd Kaminski: Wie stehen Sie zu der in neuerer Zeit wiederum öfter zitierten Dominotheorie?

Hideji Kawasaki: Diese Theorie kann meiner Meinung nach nur auf China ganz nahe Staaten wie Kambodscha, Vietnam oder Laos angewandt werden. Für Südkorea etwa liegen die Dinge schon ganz anders.

Gerd Kaminski: Und Ihre Meinung zu einem Kollektiven Sicherheitssystem in Asien?

Hideji Kawasaki: Ich bin - und das ist natürlich meine private Meinung - gegen eine sowjetische Initiative in dieser Richtung. Ich betrachte die Sowjetunion nicht als asiatischen Staat. In asiatischen Fragen sollten China und Japan eine führende Rolle spielen. Eine einschlägige japanische Initiative würde aber die Kritik anderer asiatischer Staaten auslösen. Daher sollte eine solche Initiative wohl am besten von einem Staat wie Thailand ausgehen. Ich glaube, daß nach Ende der Europäischen Sicherheitskonferenz auch in Asien Überlegungen angestellt werden müßten. Ich meine aber, daß nichts überhastet werden soll und dies keine für die jetzige japanische Regierung unmittelbar anstehende Aufgabe ist.

Gerd Kaminski: Von einigen japanischen Professoren und anderen Intellektuellen ist kritisiert worden, daß in Japan trotz Normalisierung der japanisch-chinesischen Beziehungen innerstaatlich für eine Verbesserung des Images von China noch zu wenig Sorge getragen worden sei. So vermißt man etwa entsprechende Änderungen in den Lehrplänen der Volks- und Mittelschulen. Wie beurteilen Sie diese Kritik und wie schätzen sie die gegenwärtige Stimmung der Japaner gegenüber China ein?

Hideji Kawasaki: Im Prinzip ist der geäußerten Kritik weitgehend recht zu geben. Tatsächlich sind noch Verbesserungen im Schulunterricht notwendig. Andererseits hat sich die Haltung der japanischen Presse China gegenüber sehr geändert. Sie bringt mehr Berichte - und durchaus positive Berichte - über China als z.B. über die USA und dadurch ist trotz der genannten Mängel eine gute Information über China gegeben. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß der frühere japanische Premierminister Sato, der über China immer eine ganz andere Meinung vertreten hat, eine Woche vor seinem Tode äußerte, Japan hege gegenüber China freundschaftliche Gefühle. Er wies auf die langen historischen Beziehungen Japans zu China hin und meinte, im Verhältnis zu China und der Sowjetunion müsse die Dichte der jeweiligen historischen Beziehungen berücksichtigt und davon das allgemeine Gefühl geleitet werden. Wir haben in Japan ein Sprichwort: 'Jeder sagt vor seinem Tod etwas Gutes'.

Harry Sichrovsky, Außenpolitischer Redakteur des ORF

DOMINOTHEORIE - PHANTOM ODER REALITÄT ?

Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Chinaforschung, Palais Palffy, 18. Juni 1975

Es war am 7. April 1954, als der damalige amerikanische Präsident Eisenhower seine beiläufige Bemerkung machte, vermutlich ohne zu ahnen, damit eine weltpolitische Doktrin aufgestellt zu haben:

"You have a row of dominoes set up, you knock over the first one, and what will happen to the last is that it will go over very quickly."

Also etwa: Man hat eine Reihe Dominosteine aufgestellt. Man werfe den ersten Stein um, und was geschehen wird, ist, daß auch der letzte sehr schnell umgefallen sein wird.

Diese Bemerkung Eisenhowers war damals auf Vietnam gezielt, es waren die letzten Wochen des ersten Vietnamkrieges und die Bedeutung war unmißverständlich. Wenn Vietnam fällt, es war damals nur von Nordvietnam die Rede, würde Schritt für Schritt ein indochinesischer, schließlich ein asiatischer Staat nach dem anderen dem Kommunismus zum Opfer fallen.

Die Dominotheorie hat sogar, das läßt sich aus den Schriften amerikanischer Politiker und Militärs erkennen, Eingang in die offizielle politische und militärische Strategie der USA gefunden. Dennoch war es in 20 Jahren verhältnismäßig still um diese Theorie geworden und erst jetzt wurde sie wieder zum Leben erweckt - aus erklärlichen Gründen. Der Sieg der Roten Khmer in Kambodscha, unmittelbar gefolgt von der Kapitulation des Regime Thieu in Saigon erscheint auf den ersten Blick als Bestätigung der Dominotheorie, als schlüssiger Beweis, daß Präsident Eisenhower mit seiner damaligen Bemerkungen die politische Entwicklung treffend charakterisiert hat.

Wie aber präsentiert sich die Stichhaltigkeit dieser Theorie bei näherer Betrachtung und sorgfältiger Untersuchung?

1. Rufen wir vorerst in Erinnerung, daß Präsident Eisenhowers Ausspruch genau einen Monat vor Dien Bien Phu erfolgte. Am 7. Mai 1954 kapitulierte die Dschungelfestung, für Frankreich war der Vietnamkrieg zu Ende, die Herrschaft Ho Tschih Minhs in Nordvietnam war endgültig gesichert. Für den Westen also ein besonders defaitistischer Moment, vielleicht auch eine Warnung für die Teilnehmer der Genfer Konferenz, daß sie damit die Weichen für weitere Siege der Kommunisten stellten.
2. Die zweite Tatsache, die zu berücksichtigen ist - zwischen dem Ausspruch Eisenhowers und der Beendigung des Indochinakrieges durch den Sieg der Kommunisten in Kambodscha und Südvietnam liegen immerhin 21 Jahre. Von einer Kettenreaktion, wie sie Eisenhower mit dem bildhaften Vergleich von den fallenden Dominosteinen angekündigt hatte, kann also keine Rede sein. Historisch gesehen ist das die Zeitspanne einer Generation. Und wenn wir die politische Landkarte betrachten - und eine Bilanz der Veränderungen in Asien und Afrika ziehen würden - dazu fehlt leider hier die Zeit - etwa der Entlassung so vieler Staaten in die Unabhängigkeit, der Veränderungen im Nahen Osten, in den portugiesischen Kolonien in Afrika, dann sehen wir, daß während der Dauer dieses Positionskrieges in Indochina bedeutende Ereignisse in der Weltpolitik zu verzeichnen sind, die keinesfalls durch die Dominotheorie gedeckt werden können. Denn es müssen auch Entwicklungen anderer Art berücksichtigt werden - etwa der Militärputsch in Indonesien mit dem nachfolgenden antikommunistischen Massaker oder die Zerschlagung der starken kommunistischen Partisanenarmee in Malaysia, einer weniger starken, aber aktive Untergrundbewegung auf den Philippinen usw.
3. Damit möchte ich vor allem auf einen dritten Umstand hinweisen: die Dominotheorie setzt eine Automatik voraus, die es in der politischen Entwicklung einfach nicht gibt. Sie geht davon aus, daß die politische Geschichte auf Knopfdruck der Großmächte oder geheimer Zentralen, wie eben der des Weltkommunismus abrollt. Eisenhower hat bei diesem Ausspruch die Widersprüchlichkeit der Entwicklung, die unberechenbaren Faktoren, die Veränderungen innerhalb von Jahrzehnten nicht berücksichtigt. Auch nicht in Erwägung gezogen, daß diese politische Entwicklung ein Konglomerat von Vorstößen und Rückschlägen für beide Widersacher auf der weltpolitischen Bühne ist, eine Entwicklung mit immer mehr unvorhersehbaren

Faktoren, je mehr die kleinen Verbündeten, die sogenannten Satelliten, ein Eigenleben entwickeln, das von den Projektoren längst nicht mehr zu kontrollieren ist. Ich glaube, dafür gibt uns die jüngste politische Geschichte genügend Beispiele.

Ein asiatischer Journalist sagte mir - die Dominotheorie hätte gleich von Anfang an ad acta gelegt werden sollen, weil sie nur schwarz und weiß berücksichtigt, nicht aber die ganze Farbpalette der internationalen Politik.

4. Sehen wir uns weiter die Prüfung der Dominothese an, dann kommen wir viertens zu der Feststellung, daß diese zwei Grundlagen hatte, die heute nicht mehr bestehen, die chinafeindliche Politik Washingtons und die Existenz eines monolithischen kommunistischen Blocks von der Elbe bis zum Gelben Meer, der die Weltpolitik nach Belieben beeinflussen, sogar in eine bestimmte Richtung lenken und Revolutionen, Regimewechsel auf Kommando auslösen würde. Die ganze amerikanische Politik in Asien, das Engagement der USA in Indochina war auf dem Prinzip des sogenannten "Containment of China", der Eindämmung eines im State Department und im Pentagon grassierenden Gespensts vom aggressiven China aufgebaut, das über kurz oder lang ganz Indochina, später ganz Südostasien und endlich den gesamten Kontinent verschlingen würde. Diesem Ziel der antichinesischen Politik der Vereinigten Staaten diente der Koreakrieg, das Engagement in Indochina mit einer halben Million Soldaten, die Gründung der SEATO nach der Genfer Indochina Konferenz von 1954 und schließlich die Errichtung einer Kette von Stützpunkten für die 7. Flotte im Pazifik.

Doch im Augenblick der Detente mit China, mit dem Besuch Präsident Nixons in Peking und mit der grundlegenden Veränderung der amerikanischen China-Politik hörte die Basis des amerikanischen Asien-Engagements zu bestehen auf. Damit hätte eigentlich die amerikanische Verwicklung in den Indochinakrieg beendet werden müssen. Jedenfalls bestand damit die Grundlage für die Dominotheorie nicht mehr.

Die zweite Komponente, der monolithische kommunistische Block, war schon lange vor dem, bereits Anfang der Sechzigerjahre nicht mehr vorhanden. Die anfangs ideologischen Differenzen zwischen China und der Sowjetunion verschärften sich zur staatlichen Konfrontation und in einer solchen Situation war die Dominotheorie nicht mehr anwendbar. Denn sie war ein Kind des Kalten Krieges. Ihre Kalkulationen basierten auf einer klaren Konfrontation zwischen der sogenannten Freien Welt und der kommunistischen Welt. Diese statische Auffassung konnte die Zersplitterung der kommunistischen Welt nicht einkalkulieren. Und die Tatsache, daß Südostasien einst zum Kampfplatz einer künftigen sowjetisch-chinesischen Rivalität werden würde - einer Entwicklung, deren Beginn wir soeben erleben - war nicht voraussehbar. Zumindest nicht im Augenblick der Formulierung der Dominotheorie.

Schließlich könnte man noch ein Argument ins Treffen führen, das wohl geographisch weitab liegt, aber für die Haltbarkeit der Dominotheorie oder vielmehr für deren Unhaltbarkeit seine Bedeutung hat. In Kuba hat sich vor 16 Jahren ein kommunistisches Regime etabliert, das bekanntlich noch dazu einer dramatischen Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion führte - die Raketenkrise von 1962. Auch hier war im Einklang mit der Dominotheorie von deren Anhängern erwartet worden, daß Kuba zum revolutionären Stützpunkt, zum Exerzierfeld der lateinamerikanischen Revolution würde. Kuba würde die revolutionären Stoßtrupps der verschiedenen lateinamerikanischen Länder ausbilden, sie in ihre Heimatländer zurücksenden und dort deren Revolution materiell, finanziell und moralisch unterstützen. Die Aktion Che Guevaras in Bolivien schien diese These nur noch zu bestätigen. In Wirklichkeit hat gerade das Abenteuer Guevara auch die Dominotheorie ad absurdum geführt. Ihr Fehlschlag war ein Beweis mehr dafür, daß die Existenz eines kommunistischen Staates in einer Region, einem Kontinent, allein nicht genügt, um die Dominosteine fallen zu lassen. Hier zeigt sich eben die Fehlkalkulation der Automatik, der Aberglauben an die Revolution auf Knopfdruck. Politische Prognosen dieser Art müssen fehlschlagen, wenn sie einmal die Verschiedenheit der Länder, der Situationen, des politischen Hintergrunds nicht berücksichtigen und zweitens - es ist wohl noch wichtiger - nicht erkennen, daß eine soziale, eine nationale, eine gesellschaftliche Situation reif sein muß für Veränderungen, um eine revolutionäre, eine explosive Ausgangslage zu schaffen, die dann von eigenen Kräften getragen, vom Ausland her ideologisch, materiell, finanziell, militärisch unterstützt - oder unterdrückt wird.

Denn man muß in diesen Sektor sowohl die sowjetische und chinesische Unterstützung für die Vietnamesen aufnehmen, wie auch den Versuch der Amerikaner, diese kommunistische Unterstützung durch militärische Aktionen zu unterbinden. Aber auch die Zerschlagung des Experiments Allende in Chile durch die USA gehört in dieses Kapitel - aber auch die Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968 dürfen nicht ausgenommen werden - denn auch hier haben sich nicht weniger notwendige gesellschaftliche Veränderungen in wahrhaft explosiven Charakter angekündigt - und wurden durch den Militärapparat einer Supermacht im Keim erstickt.

Wenden wir uns aber nun der Situation heute in Südostasien zu, der Atmosphäre in der Region nach dem Zusammenbruch der Regime in Kambodscha und Vietnam. Diese Stimmung zu ergründen, die Zukunft der Region abzuschätzen war ja auch der Zweck meiner Mission und meiner Gespräche mit Politikern dieser Länder.

Um es gleich vorweg zu nehmen - ich habe in diesen Ländern - ich habe Malaysia, Singapur, die Philippinen und Thailand besucht - alles andere als Panik, Verzweiflung und Mutlosigkeit gefunden. Diese Staaten starren nicht mit der lähmenden Faszination des Kaninchens auf die Schlange, auf Vietnam, in Angst, ob sie heute, morgen oder in 3 Jahren von der neuen Macht in Indochina verschluckt werden. Vielmehr ist ein Gefühl der Beruhigung darüber festzustellen, daß die Staaten Südasiens nun endlich unter sich sein würden, daß sie instande sein würden, ihr Leben einzurichten, ihre Probleme zu lösen ohne Einmischung der Großmächte - und daß die nunmehr eingetretene Zweiteilung in nicht-kommunistische und kommunistische Staaten in der Region nicht zur Konfrontation, sondern zur Kooperation, zur Koexistenz unter Anerkennung der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten führen würde. Mag auch hier vielleicht vielfach der Wunsch Vater des Gedankens sein und die kasuelle Politik sich als viel komplizierter herausstellen als die Perspektive - das vorherrschende Gefühl ist, daß der furchtbare Krieg endlich zu Ende gegangen ist und Südostasien einer Periode des Friedens entgegengehen kann.

Diese Grundeinstellung kommt in den Reden und Äußerungen aller Politiker zum Ausdruck, einschließlich jener, die aus ihrer vehement antikommunistischen Haltung nie ein Hehl gemacht haben, wie etwa Ministerpräsident Abdul Razak von Malaysia, der vor der Außenministerkonferenz der ASEAN der Assoziation südostasiatischer Staaten, im Mai dieses Jahres in Kuala Lumpur erklärte:

"Als südostasiatische Brüder sind wir glücklich darüber, daß die Geschütze des Krieges in Indochina endlich verstummt sind und daß die indochinesischen Völker, die mehr als drei Jahrzehnte lang keinen Frieden gekannt haben, hoffnungsvoll einer Periode des Aufbaus und der nationalen Konsolidierung entgegensehen können. Wir bieten den Regierungen und Völkern dieser Staaten Freundschaft und guten Willen."

Und der malaysische Regierungschef, der schon bei früheren Anlässen die Dominotheorie zurückgewiesen hatte, distanzierte sich zumindest indirekt davon, als er erklärte:

"Wie sollen wir diese historische Gelegenheit nützen? Sollen wir uns mit Vorhaltungen über die Vergangenheit beschäftigen? Sollen wir veraltete Gefahren wiederbeleben, die aus dem kalten Krieg geboren wurden oder eine Politik verfolgen, die uns entzweit und Südostasien aufsplittert? Oder sollen wir in die Zukunft blicken, im Bewußtsein, daß es viel mehr gibt, das uns eint, und dies viel wichtiger ist, als das, was uns in der Vergangenheit entzweit hat - nämlich der Wunsch, die Einmischung der Großmächte zu vermeiden und ein starkes, festgefügtes Südostasien zu schaffen...."

Die Ablehnung der Dominotheorie in Südostasien ist allgemein und übersteigt alle Grenzen der politischen, religiösen oder sozialen Standorte der Politiker. Noch kann man in dieser Haltung eine Art Zweckpropaganda sehen, um eine Ausbreitung des Defaitismus etwa zu verhindern. Nein, hier sehe ich eine echte Überzeugung, die auf echten Argumenten basiert. Ich möchte hier als erste Stimme die des malaysischen Innenministers Gazali Shafie anführen, weil er die erste theoretische Arbeit zur Zerschlagung der Dominotheorie geliefert hat. In 31 Thesen setzt sich Shafie mit dem Problem auseinander und kommt dabei zu recht interessanten und nicht weniger überraschenden Schlußfolgerungen.

Der Minister untersucht vorerst das Dogma von der Unvermeidlichkeit kommunistischer Siege, die eine der Grundlagen der Dominotheorie bilden und verweist auf die Nachkriegsgeschichte Europas, aber auch Südasiens selbst, um sie zu widerlegen. Diese These läßt vor allem außer acht, daß die Staaten nicht gleichförmig sind, eine Erkenntnis, die wir in Europa leider sehr oft außer acht lassen. Für uns sind die asiatischen Länder, erst recht jene Südasiens, wie die Philippinen, Indonesien, Malaysia, die wir weniger kennen, eine einheitliche Masse - während in Wahrheit hier ebenso solche Unterschiede in Geographie, Geschichte, Tradition, Kultur, Religion, Wirtschaft und Politik herrschen wie in West- und Mitteleuropa, vielleicht noch mehr. Nicht einmal Indochina selbst ist eine Einheit und in Zukunft werden wir Zeuge grundlegender Differenzen zwischen Kambodia, Laos und Vietnam- und selbst zwischen den beiden Teilen Vietnams sein. Anzeichen dafür sind bereits vorhanden und das ist eine Prophezeiung, die man getrost wagen kann.

Die Basis der Dominotheorie ist laut Mr. Shafie weniger in der internen Situation der betroffenen Länder zu suchen als vielmehr in der amerikanischen Politik selbst, die sich in der Rolle des Weltgendams gefiel, auch dort, wo die amerikanische Sicherheit niemals unmittelbar betroffen war - wie gerade in Vietnam. Der Dominomythos wird heute noch immer von Präsident Ford und Außenminister Kissinger am Leben erhalten und dies läßt befürchten, daß selbst nach den jüngsten Niederlagen, die USA noch immer glauben, alle politischen, sozialen und nationalen Probleme seien durch den Einsatz militärischer Machtmittel zu lösen.

Dieser Umstand aber führt den malaysischen Innenminister zu einigen wichtigen Schlußfolgerungen: Erstens, die Dominotheorie ist nur auf die amerikanische Politik anwendbar, mit anderen Worten, es sind amerikanische Dominos, die hier gefallen sind. Daraus aber folgert er: Der Zusammenbruch der amerikanischen Politik in Indochina ist nicht entscheidend für die Zukunft der inneren Ordnung in den anderen südostasiatischen Staaten - mit der Ausnahme, und dafür ist Südvietnam das klassische Beispiel - nur jene Staaten sind durch einen Rückschlag für die USA gefährdet, deren innere Ordnung von der amerikanischen Unterstützung abhängt. Daher: ob ein Staat der Subversion unterliegt, hänge nicht von Erfolg oder Mißerfolg der amerikanischen Außenpolitik ab, sondern von Erfolg oder Mißerfolg der Innenpolitik des betreffenden Landes.

Die Dominotheorie wird zu einem Anachronismus, weil die Probleme der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit, die die internationalen Beziehungen im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts beherrschen, nicht mehr mit militärischen Mitteln zu lösen sind. Das zentrale Problem für die Vereinigten Staaten ist also, so Shafie, daß noch immer versucht wird, diese Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft mit einer politischen- und militärischen - Arznei der Vergangenheit zu kurieren. Die Amerikaner müssen diese Realität erkennen. Dann werden sie feststellen, daß der Fall militärischer Dominos nicht unbedingt den Fall politischer Dominos zur Folge haben muß. Das Trauma der Vietnamniederlage der USA muß nicht unbedingt zu einer Flucht der USA aus der Region führen. Aber dazu ist es notwendig, daß Washington erkennt, daß auch ohne Militärpakte, ohne Stützpunkte und ohne die Präsenz der 7. Flotte im Pazifik amerikanische Politik in Asien zu machen ist. Der Vietnam-Schock hat dazu geführt, daß die Staaten der Region heute vor dem amerikanischen Schutz zurückschrecken, anstatt sich ihm anzuvertrauen - weil dieser amerikanischen Schutz nicht nur nicht hilft, sondern die Konflikte verschärft. Und weil die Existenz amerikanischer Stützpunkte Staaten gegen ihren Willen und ohne ihre Schuld zum Ziel von Aggression machen können.

Diese Erkenntnis bestimmt heute vor allem die Außenpolitik der Philippinen, dem einzigen Land Südasiens, in dem sich noch Stützpunkte von großer Bedeutung befinden - Subic Bay in der Bucht von Manila für die USA-Flotte und Clark Airbase für die Luftflotte. Die scharfe Wende in der philippinischen Außenpolitik, die harte Kritik von höchster Stelle an der amerikanischen Verteidigungspolitik und die Forderung nach Abzug der Amerikaner hat in den USA einen Schock ausgelöst - der an die Bedeutung des Vietnam-Schocks heranreicht - das ist zumindest mein Eindruck nach Gesprächen mit amerikanischen Diplomaten der Region.

Die Philippinen waren lange Zeit ein Symbol der Bündnistreue

zu Amerika, ein Bollwerk des Antikommunismus. Der einzige christliche Staat der Region mit 80 Prozent katholischer Bevölkerung. Ein Land, in dem der American Way of Life nach einem halben Jahrhundert direkter amerikanischer Kolonialherrschaft ausgeprägter ist als irgendwo in Asien. Und vielleicht gerade deshalb ein Staat, der heute vehementer als andere den Anschluß an ein neues Asien sucht. So ist es zu verstehen, wenn Präsident Marcos vor einer Woche bei seinem Besuch in Peking sagte "Wir sind Asiaten, wir leben in Asien, unsere Zukunft liegt in Asien. Die alten Denkformen helfen weder uns noch jeder anderen asiatischen Nation weiter!"

Bereits am 16. April, zwei Wochen vor dem Fall Südvietnams hat Präsident Marcos in einer Rede, die seither als programmatisch verbreitet wird, die Frage aufgeworfen, wie wirksam der amerikanisch-philippinische Verteidigungspakt überhaupt noch ist. Denn nach den Erfahrungen mit Südvietnam hänge es ja vom guten Willen des Kongresses ab, ob einem Land geholfen wird oder nicht. Und wie sich zeigt, könne ein Land längst zu bestehen aufgehört haben, ehe Washington sich zu einer Entscheidung durchringe. Die Verträge betreffen ausdrücklich nur einen Angriff auf die US-Streitkräfte und deren Stützpunkte. Sie decken also keinesfalls die Philippinen, falls die Stützpunkte nicht betroffen sind.

Der philippinische Außenminister General Romulo, der große alte Mann der asiatischen Politik und erster asiatischer Präsident der UNO-Generalversammlung, hat in einem Gespräch mit mir sehr deutlich darauf hingewiesen und erklärt:

"Ich stamme aus der Provinz Tarlac, dort gibt es keine amerikanischen Stützpunkte, daher würde das Eingreifen der USA keine Automatik zur Folge haben. Es gibt nur eine Lösung im Sinne unserer Souveränität" - so Minister Romulo - "alle militärischen Einrichtungen gehören unter unsere Kontrolle, auf den Stützpunkten darf nur die Philippinische Flagge wehen."

Doch Präsident Marcos ging in seiner Rede, gehalten während meines Aufenthaltes in Manila Ende Mai einen Schritt weiter, indem er auch den umgekehrten Fall zumindest hypothetisch zur Debatte stellte: daß nämlich die Philippinen durch die Existenz der amerikanischen Stützpunkte in einen Krieg hineingezogen werden könnten, von Mächten, die den Philippinen gar nicht feindlich gesinnt sein mögen, und daß durch die Stützpunkte nicht nur keinen Schutz, sondern eine Gefahr darstellen. Sie werden zu einer Belastung und zur Quelle von Spannungen. Marcos stellte in dramatischer Rhetorik die Frage nach dem schieren Überleben der Nation und sprach von der Bedrohung der Existenz der Philippinen. Die Stützpunkte hätten ihren Wert verloren, ihre Zeit sei abgelaufen. Und endlich sogar: im Lichte der Ereignisse in Indochina sei zu fragen, ob der Verteidigungspakt mit den USA nicht zu einem toten Buchstaben, zu einem wertlosen Papier geworden sei, das nur Mißtrauen im eigenen Volk und bei den asiatischen Nachbarn auslöse.....

Etwas anders präsentiert sich die Situation im Stadtstaat Singapur. Bemerkenswert, daß hier der sehr deutlich sprechende - und als harter Antikommunist bekannte Ministerpräsident Li Kuan Ju die Dominotheorie ebenfalls verworfen hat. Singapur kommt in jeder künftigen Neuordnung Südostasiens als größte Flottenbasis eine Schlüsselstellung zu. Der Stadtstaat kontrolliert die Straße von Malakka, die von jeder Flotte passiert werden muß, die zwischen dem Indischen Ozean und dem Pazifik kreuzt. Singapur ist Auf-tankstation für Öl und Wasser, es besitzt heute die größten und modernsten Schiffsreparaturanlagen, Trockendocks, Krankenanlagen und Lagerhäuser Asiens.

Li hat die Amerikaner vor einem allzu schnellen Rückzug aus der Region gewarnt, weil dies der Sowjetflotte Gelegenheit bieten würde, in das Vakuum vorzustoßen und dadurch die Konfrontation mit Peking zu verschärfen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich in diesem Punkt zumindest die vorläufigen Interessen Chinas und der USA decken. In seiner ihm eigenen Terminologie nannte Ministerpräsident Li Kuan Ju China die gutartigste der kommunistischen Mächte, die keinerlei Gebietsansprüche in Südostasien stelle. Singapur werde sich nicht an eine neue Großmacht verkaufen. Es werde weder den Amerikanern noch den Russen Stützpunkte gewähren, sondern verstehe sich als neutrale, internationale Stadt, die allen offen stehe und zur Neutralisierung und Kooperation der Staaten der Region beitragen möchte.

Was aber die Einschätzung der Dominotheorie betrifft, so geht Singapur auch hier konform mit der Auffassung, daß keine noch so starke militärische Unterstützung eine Entwicklung verhindern oder fördern kann, sondern nur die Fähigkeit jedes Staates, mit seinen inneren Problemen fertig zu werden. So Außenminister Rajaratnam auf der ASEAN-Konferenz:

"Die Lektion für uns lautet - Südvietnam ist nicht deshalb zusammengebrochen, weil es militärisch schwach war. Im Gegenteil, Saigon hatte die stärkste Armee der Region, gut ausgerüstet und gut ausgebildet. Und obendrein unterstützt und versorgt von der größten Militärmacht, den USA. Trotzdem brach Südvietnam zusammen, weil das Regime nicht instande war, die Unterstützung der Bevölkerung durch notwendige wirtschaftliche, soziale und politische Reformen zu gewinnen."

Und in ähnlichem Sinne der philippinische Außenminister Romulo in dem schon erwähnten Gespräch: die Dominotheorie habe sich überlebt und sei diskreditiert. Auch Romulo stellte in den Mittelpunkt den Widerstandswillen der betreffenden Nation, der im Fall Indochina nicht mehr vorhanden war. Auch die politische Überzeugung fehlte, für eine Sache Opfer zu bringen. In den anderen Staaten der Region aber seien sowohl Widerstandswillen als auch politische Überzeugung vorhanden.

Wie repräsentiert sich schließlich Thailand. Neben den Philippinen war auch dieses Land bisher in enger Verteidigungsgemeinschaft mit den USA, wenn auch ohne Bündnisvertrag. Aber der Luftwaffenstützpunkt Utapao, durch die Mayaguez Affäre berühmt geworden, war entscheidend für den amerikanischen Luftwaffeneinsatz im Vietnamkrieg und besitzt Pisten für B-52 Bombenflugzeuge, der Marinestützpunkt Sattahip verfügt über modernste und umfangreiche technische Anlagen.

Was sagen die Thai zur Dominotheorie: Außenminister Tschatschai Tschunhawan, der jahrelang Botschafter seines Landes in Wien war, entwickelte in einem Gespräch in seinem Haus in Bangkok eigenwillige Thesen, die sich jedoch mit der in Südostasien allgemeinen Auffassung weitgehend decken. Er meinte, daß die Dominotheorie nur auf die von Großmächten kolonisierten Staaten anwendbar sei, weil in diesen das revolutionäre Element schon als Widerstandsbewegung zur Kolonialzeit entstand. Zudem komme noch der Umstand, daß alle drei indochinesischen Staaten unter französischer Herrschaft standen. Sie teilten das gleiche Schicksal und sie hatten auch das gleiche Ziel - die Befreiung. Und gerade diese wurde ihnen zuerst von den Franzosen, später von den Japanern, dann wieder von den Franzosen und schließlich von den Amerikanern verwehrt. Sie teilten also das gleiche Schicksal und gingen denselben Weg in die Zukunft. Thailand aber war niemals Kolonie. Die Entwicklung verlief ganz anders und daher seien auch die Perspektiven andere. Der Minister wollte damit ausdrücken, daß Thailand - eine Tatsache die zu verzeichnen ist - als einziges Land der Region seine Unabhängigkeit bewahrte, übrigens durch einen Balanceakt als Puffer zwischen den beiden Kolonialmächten der Region - Frankreich, das sich in Indochina etablierte und Großbritannien, dessen Juwel Indien und Birma war. Die Thai haben also große Erfahrung darin, das Gleichgewicht durch die Ausnutzung der Gegensätze zwischen den Mächten zu erhalten. Sie sind ein bißchen die Österreicher Südostasiens, sie beherrschen die Kunst der Anpassung und des Fortwurschtelns.

Thailand, einst der unsinkbare Flugzeugträger der USA in der Region, ist heute im Begriff, den Weg der Philippinen zu gehen - Abbau der amerikanischen Stützpunkte und Rückzug der Truppen. Als einziger demokratischer Staat Südostasiens seit der Studentenrevolte, die im Oktober 1973 zum Sturz der Militärdiktatur führte - hat Thailand schon lange vor den dramatischen Entwicklungen in Indochina den Abzug der amerikanischen Truppen verlangt. Von den 26.000 Mann sollen 7000 im Juli abgezogen werden, der Rest bis zum März 1976. Auch hier wieder gilt auf die Frage, wer dann Thailand verteidigen soll die These: Wer garantiert uns, daß die Amerikaner wirklich eingreifen, wenn wir bedroht sind. Und auch hier die Überzeugung, daß für ein neues Verhältnis zu den Nachbarn eben der Boden rein von ausländischen Stützpunkten und Truppen sein müsse, weil dies sonst immer wieder Konfliktstoff erzeuge, gerade mit den Nachbarn, mit denen man in Frieden leben wolle. Delegation aus Hanoi und Saigon waren schon in Bangkok. Eine Thai-Delegation ist gestern nach Peking abgereist, Minister-

präsident Kukrit Pramoj beginnt sich auf einer Südostasienreise.

Die Entwicklung in Thailand ist übrigens durch die Mayaguez Affäre beschleunigt worden. Nichts hat den Nationalstolz der Thais so sehr verletzt wie die Tatsache, daß die Amerikaner ihre Marines ohne Einverständnis und vor allem ohne vorherige Verständigung der Regierung Thailands gelandet haben.

Außenminister Tschunhawan hat mir gegenüber die Überzeugung vertreten, daß sich die Beziehungen zu den USA bessern würden, sobald die Truppen abgezogen sein werden. Man könne dann mit den Amerikanern auf einer ganz anderen Basis verkehren, eben auf der Grundlage der Gleichberechtigung und ohne das Gefühl, in der Verteidigung abhängig von einer Großmacht zu sein. In Bangkok herrscht die Überzeugung, daß sich das Volk, im Falle einer Aggression wie ein Mann erheben und hinter seinen König stellen würde. Aber gleichzeitig wird immer wieder unterstrichen, daß Thailand nichts zu fürchten habe von seinen Nachbarn. Die Länder Indochinas wären vom Krieg total zerstört, ihre erste Aufgabe sei nun der Wiederaufbau, mit demsie für Jahrzehnte hinaus beschäftigt sein würden. Niemand denke heute in Saigon oder Hanoi daran, weiterzumarschieren, um das Reich auf gewaltsame Weise zu vergrößern. Und wenn es nicht viele andere Gründe gebe - so sei allein deshalb der Gedanke absurd, weil ein solcher Feldzug keine ausländische Unterstützung finden würde, auch nicht von Moskau oder Peking.....

Aus den verschiedenen Analysen über Zukunftsperspektiven für Südostasien treten immer wieder die drei großen Probleme hervor, die das Schicksal der Region weitgehend bestimmen werden - die künftige Rolle Chinas, die Möglichkeit einer verschärften Konfrontation zwischen China und der Sowjetunion - und schließlich die Neuordnung der amerikanischen Asienpolitik, also die künftige Rolle der USA.

Ich habe bereits die Äußerungen des Ministerpräsidenten Li Kuan Ju von Singapur zur Frage China erwähnt und sie decken sich weitgehend mit den Ansichten der Politiker der anderen Staaten. So wie etwa Außenminister Tschunhawan von Thailand, der nicht an eine chinesische Einmischung in Südostasien glaubt, sondern vielmehr an das chinesische Interesse an der Erhaltung des Status quo in der Region.

Carlos Romulo in Manila sprach von der Gefahr, daß andere Mächte versuchen würden, das durch den Abzug der Amerikaner entstehende Vakuum zu füllen, schloß aber auch eine aggressive Politik Chinas aus. Jedenfalls würde China in der Zukunft die kommende Macht in Asien darstellen.

Deutlicher wieder sprach Präsident Marcos in Peking von einem neuen Brückenschlag des Realismus und der historischen Erfahrung. China sei mit seiner moralischen Empörung über die politischen und sozialen Ungerechtigkeiten von Gestern und Heute der natürliche Führer der dritten Welt, meinte Marcos. Wobei er allerdings gleichzeitig das Recht der Staaten Südostasiens auf eigenständige Entwicklung und die Wahl ihres gesellschaftlichen Systems anmeldete. Aber auch China, so Marcos, habe ein Interesse daran, die Länder Südostasiens stark und unabhängig zu sehen.

Ich darf auch zu diesem Thema wieder Li Kuan Ju aus Singapur heranziehen, der in einem Interview erklärte, daß China in 20 oder 30 Jahren die entscheidende Macht und Kraft in Asien darstellen werde. Das bedeutet, für China werde Südostasien so etwas wie die Caribische See für die USA oder Osteuropa für die Sowjetunion sein. Und wir würden dann Beziehungen zu China von der Art, wie sie die USA mit den karibischen Ländern, mit Mexiko oder Venezuela unterhalten, jenen vorziehen, die Osteuropa mit der Sowjetunion, mit dem Comecon oder dem Warschauer Pakt unterhält, meinte Li. Gewiss, die Vergleiche und Argumente des Ministerpräsidenten stehen der Kritik offen. Aber es ist klar, was er damit meint.

China unternimmt als Kontinentalstaat keinerlei bemerkenswerte Anstrengungen zum Aufbau einer starken Marine. Das aber heißt, China hegt keine Absichten, sich zu einer Interventionsmacht im Pazifik zu entwickeln. China stellt auch keinerlei Bedingungen bei der Aufnahme neuer diplomatischer Beziehungen, mit Ausnahme des Verlangens nach Abbruch der Kontakte mit Taiwan. Das ist für China eine Frage des nationalen Prinzips. Peking aber kümmert sich nicht um die Beziehungen der Länder Südostasiens zu den Amerikanern, um etwaige Verteidigungsverpflichtungen

oder um regionale Vereinbarungen der Nachbarstaaten. Das heikle Problem der chinesischen Minderheiten in vielen Ländern Südostasiens versucht China zu entschärfen. Etwa durch den ausdrücklichen Hinweis im Komunique mit Malaysia daß jene Bürger chinesischer Abkunft, die sich in Malaysia niedergelassen haben und dessen Staatsbürgerschaft akzeptieren, ihrer neuen Heimat absolute Loyalität zollen müssen. Ein ähnlicher Hinweis ist in Formulierungen über die Ablehnung jeder, auch indirekten Form der Einmischung in innere Angelegenheiten, in den Vereinbarungen zwischen Peking und Manila enthalten.

Diese konziliante Haltung Pekings hat bereits zu einer fühlbaren Annäherung zwischen China und den Südostasiatischen Staaten geführt. Man erzählt sich in der Region, China könne heute eine solche Politik einschlagen, weil sich die chinesische These vom amerikanischen Papiertiger nicht nur bestätigt, sondern sogar überboten habe. Denn die USA seien heute nicht einmal mehr das, sondern nur noch Papier, ohne Tiger. Eine wortspielhafte Übertreibung, denn die amerikanischen Militärmacht, vor allem die Flottenpräsenz in Asien, ist nach wie vor vorhanden und die USA werden auch in Zukunft ihre Rolle in der Region zu spielen haben.

Der Sinn der Anekdote liegt in einer anderen Richtung. Peking will darauf achten und ist bemüht zu verhindern, daß dieses vom amerikanischen Papiertiger geräumte Revier zur Wildbahn anderer Raubtiere werde, vor allem nicht zum Tummelplatz des sibirischen Wolfes. Die sowjetische Flotte hat heute schon 55 große Einheiten in den Gewässern des Pazifik und des Indischen Ozeans stationiert, gegenüber 45 Einheiten der USA. Und nach Schätzungen stehen in diesen Regionen 1000 sowjetische Flugzeuge nur 240 amerikanischen Maschinen gegenüber.

Nachrichten über die sowjetischen Bemühungen, Marinestützungspunkte in Vietnam zu erlangen, sind kürzlich durch die Welt gegangen. Ob sie den Tatsachen entsprechen, ist vorläufig nicht zu beweisen. Möglicherweise wurden sie von interessierter Seite in die Welt gesetzt, um gerade eine solche Entwicklung zu verhindern. Viel wird in dieser Hinsicht von der künftigen vietnamesischen Politik abhängen, einem delikaten Balanceakt zwischen Moskau und Peking....

Was die amerikanische Politik betrifft, so hat Unterstaatssekretär Habib während seiner jüngsten Südostasienreise betont, die USA würden ihre Truppen nicht aus der Region ziehen. Wenn man aber, wie Habib betonte, die Reduzierung auf Taiwan, den vereinbarten Rückzug aus Thailand und den gewiß künftigen Rückzug von den Philippinen ausnimmt, reduziert sich die amerikanische Präsenz auf die sogenannte neue Verteidigungslinie an der Peripherie von Japan über Südkorea, Taiwan, den Philippinen, Singapur nach Australien und Neuseeland, mit denen die USA im sogenannten ANZUS Pakt verbunden ist. Aber diese Kette weist bereits, sozusagen vor ihrer Einweihung Bruchstellen auf. Die Philippinen und Singapur werden aus den hier ausführlich dargelegten Gründen absolut keinen Wert darauf legen, ohne ihr Befragen in einen neuen amerikanischen Verteidigungsring einbezogen zu werden. Und selbst in Australien und Neuseeland hat es bereits harte Kritik an den amerikanischen Versuchen gegeben, auf der britischen Insel Diego Garcia im Indischen Ozean eine neue Flottenbasis zu errichten.

Das bedeutet allerdings nicht, daß die Länder Südostasiens wirklich an einem raschen oder totalen Abzug der Amerikaner interessiert sind. Sie sehen ihren Segen in der Vielfalt und können dabei zumindest des stillschweigenden Wohlwollens Chinas sicher sein. Hier hat wohl der Außenminister Rajaratnam von Singapur für alle gesprochen, wenn er erklärte: "Je mehr Großmächte in diesem Gebiet verbleiben, umso besser für die kleinen Staaten. Das Leben würde schwierig werden, wenn wir nur zwischen zwei Großmächten zu wählen hätten - aber es würde zur Katastrophe werden, wenn uns keine andere Wahl bliebe als uns mit nur einer Großmacht arrangieren zu müssen...."

Die Ideallösung für die Region liegt in der Neutralität. Und hier ist für die ASEAN, die Vereinigung südostasiatischer Staaten eine Sternstunde gekommen, die sie zu nützen verstehen muß. Das Projekt einer atomwaffenfreien Zone des Friedens, der Freiheit und Neutralität wurde bereits 1967 von Malaysia, dem Pionier dieser Idee vorgelegt. Was damals wie ein ferner Traum, eine Idealvorstellung anzusehen war, ist heute aktuelle politische Notwendigkeit geworden. Vor allem als Alternative zu dem von Breschnjew

576/75

AIR FRANCE

OFFERiert
ALS ERSTE EUROPÄISCHE
FLUGGESELLSCHAFT
DIE RASCHESTE VERBINDUNG
NACH PEKING.

PARIS-PEKING

2x wöchentlich

JEDEN SONNTAG

Sonntag	ab Wien	10.55	Uhr	AF 783
	an Paris	12.55	Uhr	
Montag	ab Paris	11	Uhr	AF 178
Dienstag	an Peking	11.25	Uhr	

JEDEN SAMSTAG

Samstag	ab Wien	11.35	Uhr	OS 871
	an Athen	15.45	Uhr	
	ab Athen	16.50	Uhr	AF 178
	an Peking	11.25	Uhr	

RÜCKFLUG

Montag	ab Peking	18.20	Uhr	AF 179
Dienstag	an Paris	6	Uhr	
	ab Paris	8.15	Uhr	AF 782
	an Wien	10.15	Uhr	

Mittwoch	ab Peking	18.20	Uhr	AF 179
Donnerstag	an Paris	6	Uhr	
	ab Paris	8.15	Uhr	AF 782
	an Wien	10.15	Uhr	

propagierten asiatischen kollektiven Sicherheitspakt, in dem die Staaten Südostasiens nicht ohne Grund eine anti-chinesische Allianz sehen und den Beitritt verweigern. Bei ihrer jüngsten Tagung in Kuala Lumpur haben die Außenminister der ASEAN eine zumindest indirekte Einladung an Indochina gerichtet. Die Staatengruppe stellt heute schon eine bedeutende wirtschaftliche, politische und strategische Macht dar. Sie beherrscht wichtige Häfen und Wasserstraßen. ASEAN, das heißt 85 % Weltproduktion von Rohgummi, 62 % an Zinn, 84 % der Kokosprodukte der Welt, 90 % der Pfefferausfuhr, 62 % des Reishandels. Denken wir nur einen Augenblick daran, was geschehen würde, welches politische Gewicht es hätte, wenn diese Staaten wie die OPEC diesen Reichtum als politische Waffe einsetzen würden.

Auf die indirekte Einladung, ASEAN auf 10 Staaten zu erweitern, durch den Anschluß von Birma, Laos, Kambodscha und der beiden Vietnam, ist vor wenigen Tagen auch eine indirekte Antwort gekommen. In der Form eines Leitartikels im nordvietnamesischen Parteiorgan Nanh Danh, der in mehr als einer Hinsicht interessant ist: denn hier wird nicht mehr und nicht weniger vorgeschlagen als die Schaffung eines gemeinsamen Marktes der Länder Südostasiens. Diese Region, so heißt es hier, umfasse 4,5 Mio km² und 300 Mio Einwohner. Sie sei von großer strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Mit ihren unerschöpflichen Reichtümern könnten die Länder Südostasiens bei freundschaftlicher Zusammenarbeit ihren Völkern ein gutes Leben sichern, meint das Blatt aus Hanoi. Und kreiert in einem Satz etwas, das man als Losung, als eine Art Kampfruf für Morgen betrachten könnte: Südostasien gehört einzig und allein den Südostasiaten. Hier ist nicht von Asiaten und nicht vom Sozialismus die Rede. Südostasien den Südostasiaten! Hier liegt wohl die Basis für die Zukunft der Region. Die Losung läßt sich einordnen in die Bilanz des eingangs erwähnten malaysischen Innenministers Gazali Shafie, mit der wir wieder an den Ausgangspunkt zurückkehren: "Die Dominotheorie ist ein Mythos, den man endlich begraben sollte, damit wir in Südostasien auf der Basis der Realitäten von heute, ein Morgen ohne Angst und Sorge bauen können...!"

Unleugbar ist, daß Südostasien in den kommenden Jahren zu einer Schlüsselstellung der Weltpolitik werden wird. Mehr kann nicht vorhergesagt werden. Denn viel wird auch davon abhängen, wie die Staaten damit fertig werden, ihre zahlreichen sozialen und nationalen Probleme zu lösen, ein Aspekt, der hier nicht behandelt werden konnte.

Eines aber erscheint mir nach diesen kurzen Erfahrungen klar: Die Staaten Südostasiens brauchen Zeit und Ruhe, um selbst ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen. Jede Einmischung alter oder neuer Großmächte kann hier nur zu neuen Konflikten, zu neuem Blutvergießen führen. Darüber haben wir keine Kontrolle.

Wohl aber kann unser kleines Österreich - dies als Schlußbemerkung - in bescheidenem Ausmaß auch in dieser Region eine Rolle spielen zu Frieden und Konsolidierung beitragen. In dreifacher Hinsicht: als ein von kolonialer Vergangenheit unbelastetes Land, als angesehenener neutraler Staat, in einem Augenblick, da die Neutralität in Südostasien höchste Aktualität erlangt und endlich als Staat, der mit allen Großmächten und Mächten gute Beziehungen unterhält.

Univ. Prof. Saburo Matsumoto, Tokio

CHINAS POLITIK GEGENÜBER SÜDOSTASIEN NACH DER KULTUR-REVOLUTION - die zukünftigen Aussichten

Es ist noch nicht klar, ob die "Pi-Lin-Pi-Kong"-Bewegung, welche sich seit dem Herbst 1973 in China entwickelt hat, die Außenpolitik Chinas in irgendeiner Weise beeinflussen wird. Jedenfalls stoßen die verschiedenen außenpolitischen Artikel 1), die von Renmin Ribao, Hongqi und Hsinhua nach dem 10. Parteitag veröffentlicht worden sind, nicht die Hauptlinie des Politischen Berichtes Tschou En-lais auf dem Parteitag um und Anzeichen bezüglich eines Wechsels zu einer neuen Linie sind bis jetzt nicht zu sehen.

Es ist klar, daß China die zwei Widersprüche, die jetzt in der Welt international gegeben sind, in folgenden Schwerpunkten zusammenfaßt. Und zwar 1. die heftigen Streitigkeiten zwischen den USA und der UdSSR um die Hegemonie, die sich zwar kurzfristig untereinander einigen, deren Konkurrenz und Konflikt aber absolut und langfristig sind. 2. der Kampf der unterdrückten Völker im Wege volksdemokratischer Revolutionen gegen die beiden Imperialismen. Durch diese Einschätzung ist China zu Beginn der siebziger Jahre von der Grundlinie des Kampfes gegen die drei Übel der Kulturrevolutionszeit zur neuen pragmatischen Linie des Kampfes gegen das eine Übel gewechselt. Diese Linie hat zwei Pfeiler. Nämlich den festen Widerstand gegen den sowjetrevisionistischen Sozialimperialismus, der in der sowjetischen Hauptlinie gesehen wird und der gegen die beiden Supermächte gerichtete Machtanspruch, wie er in der Ansprache Teng Hsiao-pings auf der UN-Rohstoff-Konferenz im April dieses Jahres gesehen wurde. - Die dritte Welt inklusive China als Zentrum und die zweite Welt mit kapitalistischen Ländern wie den europäischen und Japan. Die vereinigte Schlachtlinie gegen die USA und UdSSR ist der andere Pfeiler. 2)

Die Möglichkeit, daß es wichtige Änderungen der chinesischen Außenpolitik geben wird und China wiederum in eine revolutionäre Aufschwungsperiode eintritt, ist jetzt, da es kein Anzeichen für die Verbesserung der Beziehungen und keine große Änderung in der internationalen Lage gibt, gering. Man kann annehmen, daß die Verstärkung der "Pi-Lin-Pi-Kong"-Bewegung, von der berichtet worden ist, nur eine innere politische Bewegung bleibt. Was die nahe Zukunft betrifft - obwohl Elemente der Unsicherheit bleiben und obwohl ich glaube, daß es in Zukunft bei der Außenpolitik die Schwingungen zwischen hart und weich geben wird, - so muß doch das jetzige Prinzip, welches den Aufbau des Sozialismus wichtig nimmt, fortgesetzt werden. - Und wenn es so ist, so ergibt sich die Notwendigkeit der Steigerung von Importen an know how und Waren aus kapitalistischen Ländern wie Japan, den USA und den europäischen Ländern in Zukunft noch mehr. Ebenso wird die Forderung nach freundschaftlichen Beziehungen mit Hongkong und den südostasiatischen Ländern wichtig genommen werden müssen, da jene wichtige Devisenquellen für den Import darstellen.

Auch militärisch und politisch gesehen wird die Südostasien-Politik Chinas wegen der Vorsicht gegenüber der UdSSR, die nach dem Rückzug der USA das Vorrücken in Südostasien plant und wegen des Zieles der Verhinderung des von der UdSSR seit 1969 angestrebten Asiatischen Sicherheitspaktes Neutralitäts- und Antigroßmachtstendenzen unterstützen sowie die freundschaftlichen, friedlichen und von Koexistenz geprägten Beziehungen vermehren. 3)

Solange China nicht den Fehler der sechziger Jahre, Südostasien seine Weltanschauung aufzuzwingen, nicht wiederholen wird, wird meiner Meinung nach der Einfluß Chinas in Südostasien größer werden.

1) Der Imperialismus ist der Vorabend der Sozialrevolution der proletarischen Klasse, Hong-qi Heft 9, 1973; "Die Hegemonie kann nicht den Lauf der Weltgeschichte entscheiden", Hong-qi, Heft 10, 1973; Qiao Kuanhuas Rede vor der UN-Generalversammlung vom 2.10.1973; "Die Welt marschiert im Aufruhr vorwärts"; Beijing Zhoubao, Nr. 1, 1974; der gemeinsame Neujahrartikel der drei Zeitungen vom 1. Januar 1974; der Hsinhua-Kommentar vom 8. Januar 1974 "Die Welt - große Unordnung, ausgezeichnete Lage"; der Hsinhua-Kommentar vom 22. Januar 1974, "Die Dritte Welt erwacht und erstarkt im gemeinsamen Kampf."

- 2) Man kann sagen, daß die Leitlinie der jetzigen chinesischen Außenpolitik (Dritte Welt-Theorie) sich auf dem geforderten Kurs (der Zwischenzonentheorie) befindet. Der zu Grunde liegende Gedanke wird durch die von Teng Hsiao-Ping gegenüber Saionji am 5. Juni 1974 gemachte Äußerung gezeigt: "China hat immer den Standpunkt vertreten, daß die internationale Lage durch das kapitalistische und sozialistische Lager und die große Zwischenzone bestimmt wird. Aber bei Erscheinen des Sozialimperialismus ist das sozialistische Lager in Unordnung gebracht worden und auch im imperialistischen und kapitalistischen Lager haben sich innere Spaltungen und Widersprüche ereignet. Die Beziehungen zwischen den USA und den anderen Ländern des kapitalistischen Lagers haben sich von der Unterordnung zur Gleichberechtigung entwickelt. Bei der Änderung der internationalen Lage ist es nicht möglich, auf aktuelle Probleme ohne neue Ideen und Regeln zu reagieren."
- 3) Die neuliche Normalisierung der Beziehungen zu Malaysia wird meiner Meinung nach großen Einfluß auf die anderen ost- und südasiatischen Staaten haben, weil es das Land in Asien ist, welches China gegenüber immer große Vorsicht walten gelassen hat und daher auch bei politischen Kontakten immer sehr behutsam vorgegangen war.

Autorisierter Auszug aus einem von Prof. Matsumoto für die Novembernummer 1974 von Ajia Keizai verfaßten Artikel. Übersetzung: Etsuko Yoshimichi

Helmut Opletal, Peking

BRIEFE AUS PEKING

Neue Experimente an der Hochschule

Die Pekinger Universität ist wieder einmal Gegenstand gesellschaftlicher Experimente, die auf lange Sicht den Unterschied zwischen Kopf- und Handarbeit aufheben sollen.

Während im Zentrum der politischen Aktivität derzeit die Kampagne zur "Stärkung der Diktatur des Proletariats" läuft, und die chinesischen Studenten einen großen Teil ihrer Zeit mit dem Studium der relevanten Schriften, insbesondere von Lenin und Mao, verbringen, ist im Bereich der Hochschulbildung eine politische Nebenfront eröffnet worden. Unter der Losung "Von Chaoyang lernen" soll die höhere Bildung noch stärker an den Bedürfnissen der "Arbeiter, Bauern und Soldaten" orientiert werden.

Chaoyang ist ein ländlicher Bezirk in Nordostchina, nicht weit von der Stadt Shenyang. Die landwirtschaftliche Hochschule, die früher in Shenyang beheimatet war, wurde vor einigen Jahren in einen relativ unwirtschaftlichen Teil des Bezirks Chaoyang verlegt und bekam gleichzeitig die Aufgabe gestellt, das umliegende Land zu erschließen und die Ausbildung der zukünftigen Agronomen mit der praktischen landwirtschaftlichen Tätigkeit zu verbinden. Seit Dezember und Jänner werden die Erfolge dieses landwirtschaftlichen Instituts in den Zeitungen als Beispiel herausgestellt, von dem andere Hochschulen in China lernen sollen.

Für technische und landwirtschaftliche Fächer ist es an und für sich einigermaßen leicht sich vorzustellen, wie eine Verbindung des Unterrichts mit praktischer Tätigkeit sein könnte. Als mittelfristiges Ziel wird hier die Errichtung von "Wirtschaftsschulen" in jedem Bezirk des Landes (also insgesamt mehrere tausend) genannt, die in Verbindung mit praktischer Tätigkeit vor allem jene vier Fächer unterrichten sollen, die im Augenblick vorrangig gefördert werden: Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Medizin und Lehrerausbildung ("nong-lin-yi-shi"). Die Studenten werden in der Regel in die gleiche Einheit zurückgehen, aus der sie gekommen sind, und in der sie schon im gleichen Fachbereich gearbeitet haben. Das Ziel ist also vor allem eine Dezentralisierung und quantitative Förderung des Studiums.

Die Peking-Universität bekam von der zentralen Bildungsbehörde die Aufgabe gestellt, experimentell zu erproben, wie diese Verbindung mit der Praxis in den

geisteswissenschaftlichen Fächern durchgeführt werden kann. Ende Jänner und Anfang Februar wurde dann an allen Fakultäten die praktische Durchführung des Experiments diskutiert. Die Meinungen waren recht unterschiedlich:

- Einerseits gab es ziemlich enthusiastische Studenten, die möglichst lange mit ihrer Klasse auf Land oder in die Fabrik gehen wollten, um dort den Unterricht in direkter Umgebung von Arbeitern und Bauern fortzusetzen. Sie stellten die Universität als Zentrum der höheren Ausbildung prinzipiell in Frage. In Wandsprüchen erklärten sie, daß sie "mit 17 Jahren revisionistischer Herrschaft an der Universität brechen" wollten und kritisierten, daß hier in erster Linie "Bücherwürmer" und "Geistesaristokraten" gezüchtet wurden.
- Eine zweite Gruppe von Lehrern und Studenten hatte eher Bedenken, daß die Qualität des Unterrichts und der wissenschaftlichen Forschung (soweit diese noch an den herkömmlichen Universitäten betrieben wird und nicht schon an eigenen Instituten) durch die lange Trennung von der Universität leide. Nur hier hätte man die notwendigen Studieneinrichtungen und Bibliotheken zur Verfügung, und die Zeit, die für das Studium selbst aufgewendet wird, würde noch weiter reduziert werden.
- Eine dritte Gruppe plädierte eher dafür, daß man wie bisher regelmäßig für kürzere Zeit aufs Land oder in die Fabrik geht und dort gleichzeitig gewisse Sonderaufgaben erfüllt, z.B. politischen Unterricht gibt, eine "Sozialstudie" anfertigt oder in einer Theoriegruppe mitarbeitet.

In der Diskussion stieß man dann auch auf die Frage, was die Hochschulabsolventen der Geisteswissenschaften (z.B. Historiker, Archäologen, Literatur- und Sprachstudenten) den "Arbeitern, Bauern und Soldaten" überhaupt zu bieten hätten, und es gab eine allgemeine Verunsicherung über die Funktion der Geisteswissenschaften. (Dazu ist zu bemerken, daß - wenigstens an der Pekinger Universität - zahlreiche gesellschaftswissenschaftliche Fächer, z.B. Soziologie, Psychologie, Journalistik und Recht, keine eigenen Abteilungen unterhalten oder zumindest keinen regulären, mehrjährigen Unterricht betreiben, sondern nur noch mehrmonatige Kurse für Berufstätige durchführen.)

Die Diskussionsergebnisse werden schließlich zusammengefaßt und den übergeordneten Partei- und Revolutionskomitees zur Entscheidung vorgelegt. Ende Februar, nach den Winterferien, ist ein Großteil der Universität schon im Aufbruch.

Die ersten Jahrgänge mehrerer Fakultäten, also jene Studenten, die soeben erst von ihrer dreijährigen obligatorischen Fabriks- oder Kommunepraxis an die Universität gekommen sind, werden auf längere Zeit aufs Land gehen, wahrscheinlich mindestens ein Jahr. Ein Teil geht auf die Staatsfarm Daxing im Süden von Peking, wo die Universität ihre eigene "Kaderschule" unterhält und wohin sie schon vorher zahlreiche Lehrer und Studenten zur körperlichen Arbeit entsandt hat.

Ein anderer Teil, darunter auch die Sprachstudenten, geht auf ein Stück Ödland in den nördlichen Außenbezirken der Hauptstadt, wird sich dort seine eigenen Häuser bauen und soll das Land fruchtbar machen, das heißt in dieser Gegend Terrassen anlegen, Erde aufschütten und ein Bewässerungssystem schaffen. Unter dem Motto "Auf eigene Kraft vertrauen" werden sich die Studenten vorerst nur von "Mantou" (chinesisches Dampfbrot) und Weißkohl von den Bauern ernähren und im Herbst zum ersten Mal ihr eigenes Getreide und Gemüse ernten.

"Zur Hälfte arbeiten, zur Hälfte studieren" wurde als neues Schlagwort geprägt, denn die Studenten sollen gleichzeitig ihren Unterricht fortsetzen. In beiden Fällen aber werden Lehrer und Studenten im wesentlichen unter sich sein und nur sporadisch mit den alteingesessenen Kommunebauern der Umgebung Kontakt haben.

Die zweiten und dritten Jahrgänge gehen nur für kürzere Zeit - zwei bis drei Monate - hinaus und werden "fachbezogene" Aufgaben übernehmen. Geschichtsstudenten sind auf verschiedene Kommunen und Fabriken verteilt und werden politischen Unterricht (über die Diktatur des Proletariats, im Rahmen der neuen Massenbewegung) geben, die Studenten der Archäologie fahren nach Xi'an, das lange Zeit die Hauptstadt Chinas war und zahlreiche Ausgrabungsstätten besitzt.

Das Ganze ist wie gesamt ein Experiment, in dem erprobt werden soll, ob es möglich ist, an Stelle der herkömmlichen Hochschulen "ein neues fortschrittliches Bildungssystem einzuführen, in dem gleichzeitig die Bedürfnisse der materiellen Basis erfüllt werden." (So formulierte es ein Lehrer) Die Studenten (und Intellektuellen) sollen gleichzeitig Arbeiter und Bauern sein, die regelmäßig (im Falle des Experimentes halb/halb, während es bisher im allgemeinen einen Arbeitstag in der Woche gab) körperliche Arbeit betreiben. Das Fernziel ist die Schaffung des "gebildeten Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein", der die Trennung (nicht nur die unterschiedliche gesellschaftliche Wertschätzung!) zwischen Hand- und Kopfarbeiter aufheben soll.

Wei Ping, Peking

DER NATIONALE VOLKSKONGRESS IN DER VOLKSREPUBLIK CHINA

Die erste Sitzung des Vierten Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China wurde in Peking vom 13. bis zum 17. Jänner 1975 abgehalten. Der Kongreß tagte zu einem Zeitpunkt, zu dem in China die sozialistische Revolution und der Aufbau des Sozialismus großartige Fortschritte zu verzeichnen hatten, insbesondere hatte die Große Proletarische Kulturrevolution große Siege errungen, die Bewegung zur Kritik an Lin Piao und Konfuzius war äußerst erfolgreich gewesen und die Situation im In- und Ausland war ausgezeichnet.

Was ist der Volkskongreß? Was sind seine Aufgaben und Befugnisse? Wie werden seine Abgeordneten bestellt? Wie übt das chinesische Volk durch den Nationalen Volkskongreß seine demokratischen Rechte aus?

Die Volksrepublik China ist ein von der Arbeiterklasse geführter sozialistischer Staat der Diktatur des Proletariats mit dem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern als Grundlage. Der Nationale Volkskongreß ist das höchste Organ der Staatsgewalt unter der Führung der kommunistischen Partei Chinas.

Der Nationale Volkskongreß hat die folgenden Aufgaben und Befugnisse: die Verfassung abzuändern, Gesetze zu beschließen, den Premierminister und die Mitglieder des Staatsrates auf Vorschlag des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas zu ernennen oder abzuordnen, den nationalen Wirtschaftsplan sowie auch das Staatsbudget und den Rechenschaftsbericht anzunehmen sowie alle anderen Aufgaben und Befugnisse auszuüben, die dem Nationalen Volkskongreß erforderlich erscheinen.

Der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses ist das ständige Organ des Nationalen Volkskongresses. Er setzt sich aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertretenden Vorsitzenden und anderen Mitgliedern zusammen, die alle vom Nationalen Volkskongreß gewählt werden und von diesem auch abberufen werden können. Seine Aufgaben und Befugnisse sind die Einberufung der Sitzungen des Nationalen Volkskongresses, die Auslegung der Gesetze, der Erlaß von Verordnungen, die Entsendung von bevollmächtigten Vertretern ins Ausland bzw. deren Abberufung, der Empfang ausländischer Diplomaten, die Ratifizierung oder Kündigung von Verträgen mit dem Ausland, sowie die Ausübung aller anderen Befugnisse, die ihm vom Nationalen Volkskongreß übertragen werden.

Der Staatsrat ist die Zentrale Volksregierung. Er ist dem Nationalen Volkskongreß und dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Der Oberste Volksgerichtshof ist dem Nationalen Volkskongreß und seinem Ständigen Ausschuß verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Der Präsident des Obersten Volksgerichtshofes wird vom Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses bestellt bzw. abberufen.

Die örtlichen Volkskongresse der verschiedenen Stufen sind die örtlichen Organe der Staatsmacht. Die örtlichen Revolutionskomitees der verschiedenen Stufen, die während der Großen Proletarischen Kulturrevolution geschaffen wurden, sind die ständigen Organe der örtlichen Volkskongresse und gleichzeitig die örtlichen Volksregierungen

der verschiedenen Stufen. Die örtlichen Revolutionskomitees der verschiedenen Stufen sind dem Volkskongreß der gleichen Ebene und dem Organ des Staates auf nächsthöherer Ebene verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Die örtlichen Volksgerichtshöfe der verschiedenen Stufen sind den Volkskongressen und ihren ständigen Organen der entsprechenden Stufen verantwortlich und rechenschaftspflichtig.

Die autonomen Bezirke, die autonomen Regionen und die autonomen Kreise sind autonome Gebiete der Nationalitäten. Ihre Organe der Selbstverwaltung sind Volkskongresse und Revolutionskomitees.

Die neue Verfassung, die vom Vierten Nationalen Volkskongreß promulgiert wurde, setzt fest: "Alle Macht in der Volksrepublik China liegt beim Volk. Die Organe, mit deren Hilfe das Volk seine Macht ausübt, sind die Volkskongresse aller Stufen, deren Kern die Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten sind."

Die Abgeordneten zu den Volkskongressen werden durch demokratische Beratungen gewählt. Alle Staatsbürger, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, mit Ausnahme von Personen, denen diese Rechte gesetzlich aberkannt wurden, besitzen das aktive und passive Wahlrecht. Der Staat entzieht Großgrundbesitzern, reichen Bauern, reaktionären Kapitalisten und anderen üblen Elementen für eine vom Gesetz festgelegte Zeit die politischen Rechte, gleichzeitig gibt er ihnen aber die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sodaß sie durch die Arbeit zu gesetzestreuern Bürgern, die sich durch ihre eigene Arbeit erhalten, gebessert werden können.

Der Nationale Volkskongreß setzt sich aus Abgeordneten zusammen, die von den Provinzen, autonomen Bezirken, regierungsunmittelbaren Städten (Peking, Shanghai, Tientsin; D. Übers.) und von der Volksbefreiungsarmee gewählt werden. Wenn nötig, kann zusätzlich eine gewisse Anzahl von patriotischen Persönlichkeiten eingeladen werden, als Abgeordnete teilzunehmen.

In Vorbereitung der Einberufung des Vierten Nationalen Volkskongresses wurden nach ausgedehnten demokratischen Beratungen und wiederholten Diskussionen 2.885 Abgeordnete aus allen Teilen des Landes gewählt. Unter den Abgeordneten gab es Industriearbeiter, Bauern, andere Werktätige, Angehörige der Volksbefreiungsarmee, revolutionäre Kader, revolutionäre Intellektuelle, patriotische Persönlichkeiten und heimgekehrte Auslandschinesen. 72 % aller Abgeordneten waren Arbeiter, Bauern und Soldaten. Früher wurden die arbeitenden Frauen am stärksten unterdrückt. Heute, im neuen China, erfreuen sich die Frauen der gleichen politischen Rechte wie die Männer. Über 22 % der Abgesandten zum Vierten Nationalen Volkskongreß sind Frauen.

China ist ein geeinter sozialistischer Staat vieler Nationalitäten, deren Mehrheit die Han-Nationalität bildet. Obwohl die 54 nationalen Minderheiten Chinas insgesamt nur etwa 6 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, entsendet jede von ihnen Abgeordnete zum Vierten Nationalen Volkskongreß. Unter den beim Kongreß anwesenden Abgeordneten waren 12 Landsleute aus der Provinz Taiwan. Die Zusammensetzung des Vierten Nationalen Volkskongresses zeigt deutlich die große Einheit der Angehörigen aller Nationalitäten Chinas, die, geführt von der Arbeiterklasse und auf dem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern beruhend, patriotische demokratische Parteien, patriotische Persönlichkeiten, patriotische Auslandschinesen und Landsleute aus Hongkong und Macao umfaßt

Der Nationale Volkskongreß wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Seine Amtszeit kann unter besonderen Umständen verlängert werden. Der Nationale Volkskongreß hält jedes Jahr eine Sitzung ab. Falls es notwendig ist, kann die Sitzung vorverlegt oder auf später verschoben werden.

Die Volkskongresse der Provinzen und regierungsunmittelbaren Städte werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Die Volkskongresse der Regionen, Städte und Kreise werden für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Volkskongresse der ländlichen Volkskommunen und Städte werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt.

Die Wahleinheiten und Wähler haben das Recht, die Abgeordneten, die sie wählen, zu beaufsichtigen und jederzeit, gemäß den gesetzlichen Bestimmungen durch andere zu ersetzen.

Die Volkskongresse aller Stufen und alle anderen Organe des Staates üben den demokratischen Zentralismus aus.

Das System des Volkskongresses ist das politische System, das für China am besten geeignet ist. Unter der Führung der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao und der vereinten Führung der Kommunistischen Partei Chinas, schließt es die Angehörigen aller Nationalitäten des Landes eng zusammen und sichert so den siegreichen Vormarsch der Volksrepublik China auf dem Weg des Sozialismus.

CHRONIK DER ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

9. Jänner 1975

Vorstand und Kuratorium der Österreichischen Gesellschaft für China-Forschung laden anlässlich der Verabschiedung des designierten österreichischen Botschafters in der Volksrepublik China, Dr. Eduard Tschöp und seiner Gattin zu einem Cocktail ein. Unter den zahlreichen Gästen befinden sich der chinesische Botschafter in Österreich Yü Pei-wen, diplomatische Vertreter anderer Staaten, hohe Beamte des österreichischen Außenministeriums und anderer Ministerien sowie prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

24. Jänner 1975

Der österreichische Botschafter in China, Dr. Eduard Tschöp, trifft mit dem chinesischen Außenminister Tschiao Guanhua zusammen. Dazu der Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur:

012410 -- chinese foreign minister meets new austrian ambassador

peking, january 24, 1975 (hsinhua) -- chinese foreign minister chiao kuan-hua today met with eduard tschoep, new ambassador extraordinary and plenipotentiary of the republic of austria to china. they discussed matters relating to the presentation of the ambassador's credentials.

the new austrian ambassador arrived here on january 21. end item

27. Jänner 1975

Botschafter Dr. Eduard Tschöp überreicht in Peking sein Beglaubigungsschreiben. Dazu der Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur:

012707 -- new austrian ambassador to china presents credentials to chairman chu teh

peking, january 27, 1975 (hsinhua) -- eduard tschoep, new ambassador extraordinary and plenipotentiary of the republic of austria to the people's republic of china, today presented his credentials to chu teh, chairman of the standing committee of the national people's congress.

present on the occasion were chinese vice-foreign minister ho ying, director of protocol chu chuan-hsien, and deputy director of the west european affairs department hsu wei-chin, of the ministry of foreign affairs.

also present was arnold moebius, minister of the austrian embassy here. end item

28. Jänner 1975

Auf Einladung der ÖGCF beginnt der Direktor des Instituts für Zeitgenössische China-Forschung in Frankfurt, Chen Yu-hui, eine Vortragsreise in Österreich in Wien mit dem Vortrag: "Die Revolution des Erziehungswesens in Österreich." Zu diesem Thema spricht er auch am 29. Jänner vor der Zweigstelle der ÖGCF in Graz und referiert am 30. Jänner vor der Zweigstelle der ÖGCF in Wiener Neustadt über "Die Zukunft der Insel Taiwan."

8. Februar 1975

Der österreichische Bundespräsident und der österreichische Bundeskanzler beglückwünschen den Vorsitzenden des Natio-

nen Volkskongresses der Volksrepublik China, Tschu De bzw. den Vorsitzenden des Staatsrates, Tschou En-lai, zu ihrer Wahl. Dazu der Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur:

020825 -- austrian president greets chairman chu teh

peking, february 8, 1975 (hsinhua) -- rudolf kirchschlaeger, federal president of the republic of austria, sent a message yesterday to chairman chu teh, extending sincere congratulations on his reelection as chairman of the national people's congress of the people's republic of china. the message reads:

on the occasion of the reelection of your excellency as chairman of the standing committee of the national people's congress of the people's republic of china i should like to convey to you my sincere congratulations together with the expression of my best wishes for further success in your high mission which will certainly strengthen the friendly relations existing between our two countries. end item

020826 -- austrian federal chancellor greets premier chou en-lai

peking, february 8, 1975 (hsinhua) -- austrian federal chancellor bruno kreisky sent a message to premier chou en-lai yesterday, sincerely congratulating him on his reappointment as premier of the state council of the people's republic of china. the message reads:

on the occasion of your reelection as premier of the state council of the people's republic of china, i convey to you, in my own name and on behalf of the austrian government, my sincere wishes. end item

10. Februar 1975

Der österreichische Botschafter in Peking, Dr. Eduard Tschöp trifft mit dem chinesischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsien-nien zusammen. Dazu der Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur:

020911 -- chinese vice-premier li hsien-nien meets new austrian ambassador to china

peking, february 9, 1975 (hsinhua) -- chinese vice-premier li hsien-nien this afternoon met and had a friendly conversation with eduard tschoep, new austrian ambassador to china.

present on the occasion were deputy director hsu wei-chin of the west european affairs department and deputy director kao chien-chung of the protocol department of the foreign ministry. end item

20. Februar 1975

Der österreichische Außenminister drückt seinem chinesischen Amtskollegen das Mitgefühl hinsichtlich der Erdbebenkatastrophe in der Provinz Liaoning aus. Dazu der Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur:

021921 -- austrian foreign minister's message of sympathy on china's earthquake

peking, february 19, 1975 (hsinhua) -- erich bielka, foreign minister of the republic of austria, has sent a message to chinese foreign minister chiao kuan-hua, expressing deep sympathy with people affected by the earthquake in china's liaoning province. the message reads:

on the occasion of the violent earthquake in liaoning province, i extend to you austria's deep sympathy and my personal condolences to the people of the disaster area. end item

20. Februar 1975

Das von der ÖGCF veranstaltete Frühlingfest wird von etwa 400 Personen, darunter der chinesische Botschafter Yü Pei-wan, zahlreiche österreichische Abgeordnete und andere Vertreter des öffentlichen Lebens, besucht. Nach der Begrüßung durch Vizkanzler a.D. Dr. Pittermann, den Vorsitzenden der ÖGCF, findet neben den musikalisch-folkloristischen Darbietungen und der Vorführung chinesischer Malerei und Kalligraphie vor allem der Wettbewerb österreichischer Politikergattinnen mit dem Bambusdiabolo Beachtung.

22. Februar 1975

Die ÖGCF nimmt an der zwischen 22. Februar und 7. März in der Volkshalle des Wiener Rathauses von den Österreich-Ausländischen Gesellschaften veranstalteten internationalen Reiseausstellung "Bunte weite Welt" mit einer eigenen Informationskoje teil. Unter den ca 2000 Besuchern ist ein reges Interesse zu verzeichnen.

23. Februar 1975

Die chinesische Nachrichtenagentur berichtet über ein Glückwunschtelegramm der Gruppe revolutionärer Arbeiter Österreichs anlässlich der Session des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China:

022232 -- austrian revolutionary workers' association (m-l) greets fourth national people's congress of china

peking, february 23, 1975 (hsinhua) -- the austrian revolutionary workers' association (marxist-leninist) has sent a letter to the central committee of the communist party of china, extending warm congratulations on the successful convocation of the first session of the fourth national people's congress of china.

the letter says that "the documents and resolutions of the people's congress, first of all the new constitution of the people's republic of china, are a manifestation and basic foundation of the consolidation of the great successes of the great proletarian cultural revolution" as well as "a starting point for the continuation of socialist revolution and a new leap forward of socialist construction".

the letter adds that the constitution of the people's republic of china expresses the determination that china will uphold proletarian internationalism, fight against the hegemonism of the two superpowers and never seek to be a superpower. "all this," it says, "is a great help to the world-wide struggle of the oppressed people and nations." end item

3. März 1975

Die chinesische Nachrichtenagentur bringt über die Situation im Donauraum folgenden Bericht:

030208 -- apprehensions along the danube -- austria worried by superpower rivalry

vienna, march 1, 1975 (hsinhua correspondent) -- europe is seething with turmoil in spite of its apparent peace and tranquillity. the turbulent undercurrent has aroused many europeans to observe and size things up. as the multiple contradictions unfold themselves in the march of events, all thinking people have come to realize that the atmosphere of "detente", once prevailing in europe, is only a false, superficial phenomenon, whereas the stern reality of superpower rivalry lies at the heart of the situation in europe. this new awareness is also noticeable in this neutral state in central europe.

for more than a year now, one can see here, from public sentiment as well as from press comments, that more and more people have become doubtful about or even repudiated such grandiloquence as "detente", "disarmament" and "security". a growing number of people have seen the danger of the two superpowers' arm race and war preparations and become apprehensive of europe's possible involvement in a new war; they began to see the need for austria to fortify her national defence against any eventuality. the danube flows on silently while the apprehensions and watchfulness of the austria are mounting.

the austria are sensitive to the developments in europe as their land forms part of the outpost for rivalry between the two superpowers, the soviet union and the united states. vienna is the venue of the central european troops reduction conference which is designed to give a false impression of "military detente", because one of the superpowers vigorously calls for the supplement of "political detente" by "military detente". but the 15-month old negotiations have been bogged down, with the strength of troops not cut even by a single soldier. meanwhile, one often reads in austria papers that in the past year or so, the soviet union has time and again reinforced its arms and men in eastern europe.

the austria paper "neue freie zeitung" pointed out apprehensively that the soviet union had reinforced its troops in an area close to austria. it wrote that while the soviet delegates to the conference on troop reduction in central europe talked glibly about the need for world peace, "the soviet army was showing its strength in a place less than two hours' drive from vienna".

in february last year, the austria magazine "profil" published a report under the title "moscow's plan for a march on austria", revealing in detail a soviet plan of operation against austria and another country. the disclosure aroused serious concern.

austria journals have been discussing the threat confronting austria and the policy to cope with it. speaking about austria as a neutral country, "die wochenpresse" said that it is not enough for her "to have well intentions only", "for neutrality itself is not a guarantee of security". "neue kronen zeitung" demanded: "one hundred wars have taken place since 1945 -- are we really living in a peaceful time?" it said that "crisis is always possible" and austria must be prepared against it. the paper added that political troubles in the world showed that "militarily we austria are not living on a blissful island; we must certainly be prepared to defend ourselves in case of threat".

since last year, government leaders have time and again emphasized the need to enhance austria's defence. in a speech delivered at the military academy in wiener neustadt last september 22, president rudolf kirchschlaeger said that national defence founded on the neutrality of austria is the mainstay of the country. defence minister karl luetgendorf said in a speech that the plan for a possible attack on austria "must be taken seriously". he emphasized that "in an emergency the (austria) federal army will resist and counter-attack immediately. this is a matter of course." general bach, commander of the second corps of the federal army, wrote in an article that "in keeping with her strategic position, austria's national defence must be geared to cope with the threat posed by latent aggressors who are greatly superior both in number and in material".

several military exercises were held in austria last year. during the military manoeuvres in the province of steiermark last march, federal army commander general emil spannocchi told reporters, "we must be able to protect our frontiers and must also make this credible to any aggressor." in september, an exercise was held in lower austria, some 30 kilometres from the frontier. in november, the biggest military exercise since 1955 was held in three eastern states and the western state of tirol. president kirch-

MONDAY, MARCH 3, 1975

chlaeger watched the exercise in the capacity of general commander-in-chief of the federal army.

talks about "detente" find dwindling credence among the people. a worker said that the russians are stretching their hands to snatch when others are off their guard. an employee stated, "the russians are shouting about 'detente' and 'security'. but if they are sincere, why don't they withdraw their troops from czechoslovakia and other countries?" an austria citizen pointed out that the austria people regard the "friendship" and "cooperation" trumpeted by brezhnev and company as a deceitful "peace melody".

what will be the outcome of the intense rivalry between the two superpowers in europe? according to a "public opinion poll" conducted by the austria institute for empiric social research, last year saw an increase in the number of persons who believe that austria will be involved in a war in the next few years. in 1973, 31 per cent of those inquired did not believe austria would be involved in a war. the figure dropped to 17 per cent last year. as pointed out by "arbeiter zeitung", the austria's apprehensions about an eventual outbreak of war in central europe increased markedly last year. end item

10. März 1975

Eine Vorstandsdelegation der ÖGCF reist unter der Leitung von Minister a.D. Dr. Alois Mock auf Einladung der Gesellschaft des chinesischen Volkes für Freundschaft mit dem Ausland nach Peking ab.

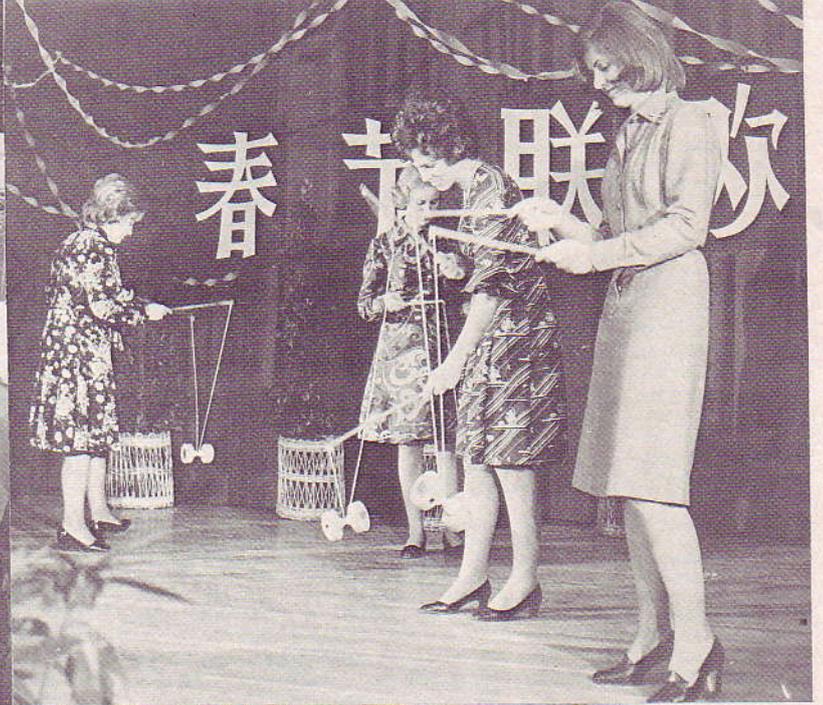
Die weiteren Mitglieder sind: Ing. Erich Amerer, Leiter der Zweigstelle der ÖGCF in Graz; Labg. Zentralsekretär Helmut Braun; Dr. Edith Mock; Sektionschef Dr. Herbert Pindur; Labg. Dir. Hermann Ritzinger; Landesamtspräsident Dr. Alfons Tropper; Elsa Unterrieder, stellvertretender Generalsekretär der PGCF.

Zur Verabschiedung haben sich der chinesische Botschafter in Österreich, YU Pei-wan mit anderen Vertretern der Botschaft, der Vorsitzende der PGCF, DDr. Bruno Pittermann, sowie der Direktor von Air France in Österreich, Robert Puyatier, eingefunden.

Dazu die Berichte der chinesischen Nachrichtenagentur:

031318 -- president of chinese amity association fetes austria delegation

peking, march 13, 1975 (hsinhua) -- chai tse-min, president of the chinese people's association for



friendship with foreign countries, gave a dinner here today in honour of all members of the delegation of the austrian china-research institute led by dr. alois mock.

present were austrian ambassador to china eduard tschoep and his wife, and leading members of chinese departments concerned hsu wei-chin and chung han-chiu.

the austrian guests arrived in peking yesterday at the invitation of the chinese amity association. end item

032810 -- chinese foreign minister meets delegation of austrian china-research institute

peking, march 28, 1975 (hsinhua) -- foreign minister chiao kuan-hua today met and had a friendly conversation with the eight-member delegation of the austrian china-research institute led by dr. alois mock.

present on the occasion were chao tse-min, president of the chinese people's association for friendship with foreign countries, and arnold moelius, charge d'affaires ad interim of the austrian embassy here. end item

033116 -- delegation of austrian china-research institute leaves peking for home

peking, march 31, 1975 (hsinhua) -- the delegation of the austrian china-research institute led by dr. alois mock left here for home by air on march 29 after winding up a friendly visit to china.

present at the airport to see the delegation off were chung han-chiu, standing council member of the chinese people's association for friendship with foreign countries, and arnold moelius, charge d'affaires ad interim of the austrian embassy here. end item

4. April 1975

Beginnend mit diesem Tage gehen in Prkung und bei der chinesischen Botschaft in Wien anlässlich des Ablebens des stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Tung Pi-wu zahlreiche österreichische Kondolenzbezeugungen ein.

040547 -- president of austrian national assembly mourns death of comrade tung pi-wu

peking, april 5, 1975 (hsinhua) -- anton benya, president of the austrian national assembly, yesterday sent a message to chu ter, chairman of the standing committee of the national people's congress of the people's republic of china, expressing sincere condolences on the death of comrade tung pi-wu. the message reads:

shocked to learn of the death of mr. tung pi-wu, vice-chairman of the standing committee of the national people's congress of the people's republic of china, please accept the sincere condolences of myself and the national assembly of the republic of austria. end item

0408103 -- austrian officials mourn death of tung pi-wu

vienna, april 9, 1975 (hsinhua) -- president of the austrian national council anton benya, president of the federal council georg schreiner and vice-director of the presidential office wilhelm korab representing president of the republic rudolf kirchschlaeger called at the chinese embassy here yesterday to express condolences on the death of comrade tung pi-wu.

other austrian government officials who visited the chinese embassy to mourn over the death of comrade tung pi-wu were: deputy secretary general of the ministry of foreign affairs ludwig steiner; director of the office of the ministry of defence rainund truxa representing defence minister karl luetjendorf; departmental director leo kovesi representing minister of education fred sinowitz and minister of science and research mrs. hertha firnberg; and departmental director hans krenn representing the ministry of social affairs and the ministry of health and environment.

responsible member of the austrian revolutionary workers' association (marxist-leninist) alfred jocha also visited the chinese embassy to express condolences.

foreign policy spokesman of the austrian people's party franz karasek, vienna state chairman of the people's party franz bauer, vice-chairman of the austrian research institute on china franz mack and other friendly personages as well as diplomatic envoys of various countries accredited to austria and ranking officials of the united nations industrial development organization also called at the chinese embassy to express condolences. end item

040946 -- president of austrian federal council sends message of condolence on comrade tung pi-wu's death

peking, april 9, 1975 (hsinhua) -- georg schreiner, president of the bundesrat (federal council) of the republic of austria, yesterday sent a message to chu ter, chairman of the standing committee of the national people's congress of the people's republic of china, expressing deep condolences on the death of comrade tung pi-wu. the message reads:

the death of mr. tung pi-wu, member of the central committee and member of the standing committee of the political bureau of the central committee of the communist party of china, and vice-chairman of the standing committee of the national people's congress of the people's republic of china, has brought a great loss to the chinese people. on this occasion, i, on behalf of the austrian bundesrat and in my own name, extend to you deep condolences, and item

041222 -- austrian president sends message of condolence on death of tung pi-wu

peking, april 12, 1975 (hsinhua) -- rudolf kirchschlaeger, federal president of the republic of austria, sent a message yesterday to chu ter, chairman of the standing committee of the national people's congress of the people's republic of china, expressing profound condolences on the death of comrade tung pi-wu. the message reads:

shocked to learn of the death of mr. tung pi-wu, vice-chairman of the standing committee of the national people's congress of the people's republic of china, i, on behalf of the austrian people and in my own name, beg you to accept our profound condolences. end item

041241 -- marxist-leninist party of austria condoles on death of tung pi-wu

peking, april 12, 1975 (hsinhua) -- the central committee of the marxist-leninist party of austria has sent a message to the central committee of the communist party of china condoling on the death of comrade tung pi-wu. the message reads:

on the occasion of the passing away of comrade tung pi-wu, we, in the name of our entire party, convey to you our deep sympathy and closest revolutionary solidarity. end item

041242 -- austrian revolutionary workers' association (m-l) mourns death of comrade tung pi-wu

peking, april 12, 1975 (hsinhua) -- alfred jocha, chairman of the austrian revolutionary workers' association (marxist-leninist) has sent a message to the central committee of the communist party of china, expressing condolences on the death of comrade tung pi-wu.

the message says: "comrade tung pi-wu was one of the founders of the communist party of china." "he had persistently fought for the realization of the correct proletarian revolutionary line of chairman mao tsetung and deserves to be called a staunch communist and a model vanguard in the great chinese revolution."

"we express together with you our sorrow on this heavy loss, and will long remember comrade tung pi-wu as an outstanding proletarian revolutionary. we will learn from his revolutionary spirit and are ready to translate our sorrow into strength", the message concludes. end item

24. April 1975

Der Österreichische Vizekanzler a.D. Dr. Fritz Bock trifft mit dem Vorsitzenden des China Council for the Promotion of International Trade, Wang Yao-ting, zusammen. Dazu der Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur:

042406 -- chairman wang yao-ting meets and fetes austrian guests

peking, april 24, 1975 (hsinhua) -- wang yao-ting, chairman of the china council for the promotion of international trade, met with and feted here yesterday mr. fritz bock, president of the international economic relationship organization, chairman of the supervisory board of the creditanstalt-bankverein and former vice-chancellor of austria, and his assistant a.e.

sowie der Bericht über das Zusammentreffen Dr. Bocks mit dem chinesischen stellvertretenden Außenhandelsminister Yao Yi-lin:

042523 -- chinese vice-minister yao yi-lin meets austrian guests

peking, april 25, 1975 (hsinhua) -- chinese vice-minister of foreign trade yao yi-lin met and had a friendly talk here this afternoon with fritz back, president of the international economic relationship organization, chairman of the supervisory board of the creditanstalt-bankverein and former vice-chancellor of austria, and his assistant a.e. meckman.

austrian ambassador to china eduard tschoep and commercial counsellor of the embassy peter jenly were present on the occasion.

present were leading members of chinese departments concerned li chuan, cheng to-pin and cheng hung-yeh. end item

27./28. April 1975

Im Rahmen der Lehr- und Forschungstätigkeit des von der ÖGCF betriebenen Österreichischen China-Forschungsinstitutes (im Sommersemester 1975 gab es Seminaryzyklen über "Die Außenpolitik der Volksrepublik China - China und seine Grenzen", "Das Gesundheitswesen in der Volksrepublik China", "Chinesische Naturwissenschaft und Technik" sowie "Ausgewählte Themen chinesischer Kunst") findet im Haus der Begegnung in Döbling ein zweitägiges Seminar über "Das Entwicklungsmodell China" statt. Nach der Eröffnung, die vom Vorstandsmitglied der ÖGCF, Prof. Vivien Pick, im Beisein von Zentralsekretär Braun und des Bezirksvorstehers von Döbling, Richard Stockinger, vorgenommen wird, referieren:

Uwe G. Fabritzek, München über:
"Chinas eigener Weg - Grundlagen seiner Entwicklung seit 1949"

Peter J. Opitz, München, über:
"Entwicklung ohne Bürokratisierung"

Udo Weiß, Heidelberg, über:
"Das Entwicklungsmodell Chinas in Theorie und Praxis".

An der Schlußdiskussion wirkt Han Su-yin, Lausanne, mit, die außerdem am 29. April einen vielbeachteten ergänzenden Vortrag über "China aktuell - Bevölkerungsplanung in China" hält.

Zu den Veranstaltungen dieses Spezialseminars finden sich zahlreiche Besucher - unter ihnen auch namhafte Experten - ein.

Für Frau Han Su-yin bzw. die anderen Seminarteilnehmer werden vom chinesischen Botschafter Yü Pei-wen, dem Mitglied der Wiener Landesregierung, Univ. Prof. Dr. Stacher, und dem Generalsekretär der ÖGCF, Dr. Kaminski, Essen gegeben.

30. April 1975

Die chinesische Nachrichtenagentur berichtet über einen Artikel im Organ der Vereinigung revolutionärer Arbeiter Österreichs in folgender Weise:

050129 -- austrian journal exposes soviet hypocritical attitude toward cambodian people

vienna, april 30, 1975 (hsinhua) -- "für die volksmacht", organ of the austrian revolutionary workers' association (marxist-leninist), in an article exposes the hypocritical attitude of the soviet revisionists toward the cambodian people.

the article carried in the latest issue is entitled "false friend". it says that moscow has for long refused to recognize the royal government of national union of cambodia. "the gentlemen of kremlin still recognized the bankrupt puppet government as 'the cambodian government' even after other capitalist countries withdrew their embassies from besieged phnompenh. but now they shamelessly assert that the soviet union has always stood on the side of the cambodian people and will continue to do so."

by giving a series of facts, the article exposes the soviet revisionists' real collaboration with the lon nol clique and sham support to the cambodian people. the article says, on may 14, 1970, when the coup d'etat had taken place for almost two months, the soviet union still maintained "diplomatic" relations with the lon nol clique which follows the united states. on january 29, 1971, radio moscow called cambodian head of state samdech norodom sihanouk "former head of state of cambodia". it clearly shows that the soviet union stands on the side

of lon nol. at the 17th session of the united nations educational, scientific and cultural organization in october 1972, the soviet union even voted in favour of the lon nol clique's attendance at the session as the cambodian "representative".

afterwards, the article points out, the soviet social-imperialists identified themselves with the united states, boasting about settlement of the cambodian question through "negotiation" in an attempt to compel the cambodian people's national liberation armed forces to "reconcile" with the traitorous clique in phnompenh.

in conclusion, the article says, facts show that the soviet social-imperialists have never supported the cambodian people's struggle for liberation. on the contrary, they remain "loyal" to lon nol. only when they saw lon nol's certain defeat did they hurriedly expel the "ambassy" of the lon nol clique from moscow, asserting that they themselves were "enemy" of the puppet government and "friends" of the cambodian people, for such political corpses as lon nol are now in fact of no use to the soviet revisionists. by so doing, they have paved the way for future intervention in the cambodian people's affairs as "real friends" of cambodia. end item

18. Mai 1975

Eine chinesische Badminton-Mannschaft trifft auf Einladung des österreichischen Badminton-Verbandes zur Absolvierung von Freundschaftsspielen in Österreich ein. Dazu die Berichte der chinesischen Nachrichtenagentur:

043015 -- chinese badminton team leaves peking for tour of federal republic of germany and austria

peking, april 30, 1975 (hsinhua) -- a chinese badminton team with sun lan as team leader left here by air yesterday for a friendly match tour of the federal republic of germany and austria at the invitation of the badminton associations of the federal republic of germany and austria. end item

052701 -- chinese youth badminton team leaves austria for belgium

vienna, may 26, 1975 (hsinhua) -- the chinese youth badminton team led by sun lan ended its friendly visit to austria today and left for belgium.

the chinese players arrived here on may 18 as guests of the austrian badminton association. they engaged in friendly contests in linz, vienna, moedling and klagenfurt, to the keen delight of the austrian people.

chinese ambassador to austria yu pei-wen gave a reception here yesterday in honour of the occasion. end item

2. Juni 1975

Auf Einladung der ÖGCF sprechen der stellvertretende Präsident des Kuratoriums der ÖGCF, Minister a.D. Dr. Alois Mock und das Vorstandsmitglied LAbg. Zentralsekretär Helmut Braun über die 1975 auf Einladung der Gesellschaft des chinesischen Volkes für die Freundschaft mit dem Ausland in China durchgeführte Vorstandsdelegationsreise. Beide Vortragende heben die herzliche Atmosphäre des Besuches und die eindrucksvollen Leistungen der chinesischen Volkes hervor.

Unter den Besuchern des Vortrags befinden sich neben dem chinesischen Botschafter Yü Pei-wen und diplomatischen Vertretern anderer Staaten auch zahlreiche prominente Vertreter des österreichischen öffentlichen Lebens.

13. - 15. Juni 1975

Unter dem Ehrenpräsidium von

Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
Dr. Hertha Firnberg

Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
Dr. Ingrid Leodolter

Herrn Bürgermeister der Stadt Wien
Leopold Gratz

findet in Wien die zweite Französisch-Italienisch-Österreichische Tagung für Information über Akupunktur und Auriculotherapie statt, veranstaltet von:

Ludwiz Boltzmann-Institut für Akupunktur (Leiter:
Dr.J.Bischko)
Österreichische Gesellschaft für Akupunktur und Auriculo-
therapie
Internationale Gesellschaft zur Erforschung der Grenz-
gebiete der Medizin
Société internationale d'auriculothérapie, Groupe lyonnais
des études médicales
Società italiana die ricerche sull'agopuntura e lauriculo-
terapia.

in conclusion, it pledges support for all actions
that help to bring about european union and fortify
europe against superpower hegemonism, and for all efforts
at home for safeguarding the independence and neutrality
of austria and peace on her border. end item

18.Juni 1975

Auf Einladung der ÖGCF spricht der kurz vorher aus
Südostasien zurückgekehrte außenpolitische Redakteur
des ÖFF, Harry Sichrovsky, über "Die Dominotheorie -
Phantom oder Realität".
Der Vortrag, der - darunter von vielen Experten und Ver-
tretern des öffentlichen Lebens - sehr gut besucht ist,
findet starke Beachtung (Text im Hauptteil dieses Heftes).

24.Juni 1975

Ein Artikel der österreichischen Tageszeitung "Die Presse"
wird von der chinesischen Nachrichtenagentur in folgender-
Weise zitiert:

062508 -- c.s.c.e. brings no peace and security,
points out austrian paper

vienna, june 24, 1975 (hsinhua) -- the conference
on security and cooperation in europe (c.s.c.e.) energetically
advertised by the soviet union will bring no peace
and security to europe, the austrian paper "die presse"
points out in a commentary today.

the commentary says that the soviet union proposed
to convene a summit meeting of the conference in
helsinki on july 22 with the aim of consolidating its
rule in eastern europe and edging out u.s. influence in
europe.

to save europe from the threats of cold and hot
wars, the soviet union should make corresponding
contributions instead of only fixing the state of its
occupation of eastern europe, the commentary says.

judging by the course of events today, the helsinki
summit meeting would certainly bring no peace and security
to europe, on which we must not deceive ourselves,
the commentary concludes. end item

27.Juni 1975

Ein Artikel des Organs der Vereinigung revolutionärer
Arbeiter Österreichs wird von der chinesischen Nachrichten-
agentur in folgender Weise zitiert:

062816 -- austrian paper denounces soviet-u.s. rivalry
for hegemony in europe

vienna, june 27, 1975 (hsinhua) -- intensifying
soviet rivalry with the united states for domination of
europe is denounced by an article carried in the latest
issue of "für die volksmacht", organ of the austrian
revolutionary workers' association (m-l).

the russian social-imperialists, the article says,
are trying to avert their crisis by bringing ever more
economic, political and military pressure to bear upon
the countries under their domination. on the other
hand, trying to "save themselves from doom by employing
the tactic of defence by attacking used by hitler in
his days, they are launching a global offensive against
the positions of their 'partner' -- u.s.a. which has
been forced into the defensive after a series of
defeats," the article notes.

it continues, "russia and the united states are
engaged in a global fight for spheres of influence and
hegemonic positions. and the middle east and europe
are the focus (of the fight). europe, by virtue of
its industrial potentials, is particularly crucial
to the two superpowers' contention for world hegemony."

"to seize western europe, the russian social-
imperialists have resorted to all tactics they believe
useful, the carrot as well as the stick. while engaged
in frantic military preparations to enhance the combat
strength of their troops in europe, they are using
economic baits to allure the west european countries
so as to facilitate the achievement of their own political
aims," the article states.

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre meinen Beitritt zum „Österreichischen China-Forschungsinstitut“ als ordentliches (Jahresbeitrag ö. S. 500,—), förderndes (Jahresbeitrag ö. S. 5000,— oder Leistung eines einmaligen Beitrages, der dem 100fachen des Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes entspricht. Juristische Personen können nur als fördernde Mitglieder beitreten. Wissenschaftliche Institutionen können bereits durch Bezahlung des doppelten Beitrages eines ordentlichen Mitgliedes als fördernde Mitglieder aufgenommen werden), korrespondierendes (ausländische physische — ö. S. 500,— — oder juristische Personen — ö. S. 5000,— — ausländische wissenschaftliche Institutionen — ö. S. 1000,—), außerordentliches Mitglied (inländische physische Personen — ö. S. 200,—).

Meinen Beitrag von ö. S. werde ich jährlich bis zum 30. 6. auf das Konto „Österreichisches China-Forschungsinstitut“ Giro 00-66276-7, Bank für Arbeit und Wirtschaft AG., Seitzer-gasse 2-4, 1010 Wien, einzahlen.

Datum _____

Name _____

Adresse _____

Unterschrift

Bitte ausschneiden und zusenden an:

Österreichisches China-Forschungsinstitut 1010 Wien, Tuchlauben 8, Tel. 63 04 76

Ich bestelle ein Jahresabonnement der Zeitschrift „China-Report“ zum Preis von ö. S. 200,— (6 Nummern).

Datum _____

Name _____

Adresse _____

Unterschrift

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältigung:
Österreichisches China-Forschungsinstitut
Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Gerd Kaminski
Alle: 1010 Wien, Tuchlauben 8, 1. Stock, Tel.: 63 04 76

